



Plenarprotokoll

55. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 26. März 1998

Regierungserklärung zum Thema „Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenwachsenden Europas“

Antrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1389

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1395

Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	3870
Martin Kayenburg [CDU]	3876
Ute Erdsiek-Rave [SPD]	3880
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3884
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	3887
Anke Spoorendonk [SSW].....	3889
Thomas Stritzl [CDU]	3891, 3895
Uwe Döring [SPD]	3892
Jost de Jager [CDU].....	3894
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3894

Beschluß: Überweisung des Antrages
Drucksache 14/1389 an den Finanz-
ausschuß und den Europaausschuß...

Gemeinsame Beratung

a) Einführung des Euro in der Steuer- verwaltung und im Landeshaushalt

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1362

b) Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung in Schles- wig-Holstein

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1346	
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	3896
Thomas Stritzl [CDU]	3898
Uwe Döring [SPD]	3899
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3902
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	3904
Anke Spoorendonk [SSW].....	3906
Jost de Jager [CDU]	3907
Beschluß: 1. Überweisung des Antrages Drucksache 14/1362 an den Finanz- ausschuß und den Europaausschuß	
2. Bericht Drucksache 14/1346 für erledigt erklärt	3908

Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig- Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1373	
Renate Gröpel [SPD].....	3908
Herlich Marie Todsen [CDU]	3910
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3911
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	3913
Peter Gerckens [SSW].....	3914

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten.....	3915	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3950
Beschluß: Überweisung an den Umweltausschuß, den Sozialausschuß, den Wirtschaftsausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß und den Agrarausschuß	3916	Martin Kayenburg [CDU]	3951
		Ursula Röper [CDU]	3952
		Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß	3952
Erste Lesung des Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes		Bericht zur politischen Bildung in Schleswig-Holstein	
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.		Antrag der Fraktion der CDU	
Drucksache 14/1372		Drucksache 14/1334	
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	3917, 3927	Änderungsantrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ingrid Franzen [SPD]	3919	Drucksache 14/1390	
Herlich Marie Todsen [CDU].....	3921	Angelika Volquartz [CDU]	3952
Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3924	Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD].....	3953
Peter Gerckens [SSW].....	3926	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3955
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten.....	3928	Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	3956, 3958
Beschluß: Überweisung an den Umweltausschuß.....	3930	Anke Spoerendonk [SSW].....	3957
		Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	3957
Weitergabe von Unterlagen		Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/1390	3959
Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.			
Drucksache 14/1332			
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	3930		***
Martin Kayenburg [CDU]	3931		
Holger Astrup [SPD].....	3932	Regierungsbank:	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3933	Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	3934	Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten	
Anke Spoerendonk [SSW].....	3935	Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Beschluß: Für erledigt erklärt	3937	Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister	
Gleichbehandlung der Schularten		Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau	
Antrag der Fraktion der CDU		Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	
Drucksache 14/1333		Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	
Angelika Volquartz [CDU]	3937, 3947	Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus	
Sabine Schröder [SPD].....	3939	Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3941	Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	3943		
Anke Spoerendonk [SSW].....	3944		
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	3945		
Günter Neugebauer [SPD].....	3948		
Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD].....	3949		

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung.

Erkrankt ist Herr Abgeordneter Peter Jensen-Nissen, dem wir von hier aus gute Besserung wünschen.

(Beifall)

Beurlaubt ist Herr Abgeordneter Klaus-Dieter Müller.

Ich möchte bekanntgeben, daß sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, die Tagesordnungspunkte 19 und 27 ohne Aussprache zu behandeln.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich sehr herzlich Besuchergruppen der Realschule Owschlag und der Grone-Schule Plön.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Regierungserklärung zum Thema „Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenwachsenden Europas“

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1389

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1395

Ich erteile Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Der nächste große Schritt hin zur **Wirtschafts- und Währungsunion** steht unmittelbar bevor. Gestern wurde der Konvergenzbericht des Europäischen Währungsinstituts und der Europäischen Kommission veröffentlicht und die Mitgliedsländer genannt, die am **Euro** teilhaben werden. Diese bewerten die Frage, welche Länder die Kriterien erfüllt haben - und auch höchstwahrscheinlich langfristig und dauerhaft erfüllen werden -, die im Maastricht-Vertrag als Voraussetzung für eine Teilnahme an der WWU festgelegt worden sind.

Nach den Vorschlägen der EU-Kommission soll die Währungsunion am 1. Januar 1999 mit 11 der 15 EU-Mitgliedstaaten beginnen. Die Länder werden die Empfehlungen der EU-Kommission, den Bericht des EWI sowie die dann vorliegende fachliche Stellungnahme der Bundesbank und die Stellungnahme der Bundesregierung sorgfältig prüfen. In knapp einem Monat, am 24. April, wird der Bundesrat seine politische Empfehlung für das Stimmverhalten der Bundes-

regierung abgeben. Die endgültige Entscheidung fällt aber nicht im Bundesrat, sondern Anfang Mai in der Runde der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, und zwar mit qualifizierter Mehrheit.

Europa steht somit kurz vor einem historisch bedeutsamen Einschnitt. An der Schwelle zu einem weiteren Zusammenwachsen Europas ist es angebracht, sich der Rolle des eigenen Landes zu vergewissern. Und diese Rolle läßt sich vor allem an zwei Aussagen festmachen. Erstens: Die Länder, und damit auch **Schleswig-Holstein**, brauchen ein starkes **Europa**. Zweitens: Das zusammenwachsende Europa braucht in **Deutschland** starke Länder.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein, ja, sogar das größer gewordene Deutschland, sind heute zu klein, um alle Probleme allein lösen zu können. In Zeiten, in denen immer mehr Firmen weltweit operieren, in denen Informationen sekundenschnell rund um den Globus ausgetauscht werden können, in denen internationale Geldanleger ganze Volkswirtschaften ins Trudeln bringen können, in solchen Zeiten ist kein Raum mehr für eine isolierte Wirtschafts-, Wechselkurs- und Finanzpolitik einzelner Staaten.

Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Antwort auf diese Entwicklung. Die gemeinsame Währung hat gute Chancen, eine der weltweit wichtigsten und stabilsten Handelswährungen zu werden. Europäische Airbusse, die nach Japan verkauft werden, müssen dann hoffentlich nicht mehr auf einer schwankenden Dollarbasis abgerechnet werden. Von einer einheitlichen europäischen Währung profitiert die deutsche Wirtschaft, die über 50 % ihrer Waren und Dienstleistungen in andere EU-Staaten verkauft, in ganz besonderem Maße.

Der Euro eröffnet Chancen, aber er ist kein Allheilmittel. Er ist kein Allheilmittel gegen die Massenarbeitslosigkeit. Die gemeinsame Währung führt nur dann zu mehr Wohlstand und Beschäftigung für möglichst viele Menschen, wenn die Teilnehmerstaaten eine umfassende gemeinsame Politik in und für Europa entwickeln. Dazu gehört vor allem eine gemeinsame Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik für die Europäische Union. Sie muß die Grundlagen dafür schaffen, daß **Menschen** Arbeit bekommen. Sie muß erreichen, daß die Vorteile des **Euro** für die **Wirtschaft** auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern zugute kommt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie muß Mindeststandards schaffen, die die einen vor Ausbeutung und die anderen vor unlauterer Konkurrenz schützen. Und sie muß den Steuernkungswettlauf beenden, der zur Handlungsunfähigkeit vieler Gemeinwesen - auch unserer Kommunen - in der Bundesrepublik Deutschland führt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solch ein Europa wünschen wir uns für Schleswig-Holstein. Solch ein Europa trägt dazu bei, die Probleme zu lösen, die wir allein nicht mehr lösen können. Solch ein Europa wird langfristig auch die Zustimmung der Menschen finden.

Starke Länder sind in Deutschland die Voraussetzung für das Zusammenwachsen Europas. Die Diskussion über die letzte Phase der Einführung des Euro hat mancherlei zutage gebracht. In der Zwischenzeit sind wir alle Fachleute in „Drei-Punkt-Landungen“.

Die Sorgen und Ängste der Menschen, die bald den Euro im Portemonnaie und hoffentlich auch auf der hohen Kante haben werden, sind dabei leider etwas zu kurz gekommen. Die Auseinandersetzung, die von der CSU, von Herrn Stoiber und Herrn Professor Biedenkopf betrieben wird, wird nicht dazu beitragen, diese Ängste zu beruhigen.

Europa ist nämlich kein Selbstgänger. Schon gar nicht, wenn im Zuge dieser Entwicklung Symbole der nationalen Eigenständigkeit und der wirtschaftlichen Stärke, des Stolzes auf die eigene Leistung aufgegeben werden.

Das **Zusammenwachsen Europas** ist ein Prozeß, in dem die Menschen nicht ihren Halt verlieren dürfen. Je mehr Kompetenzen die Mitgliedstaaten an die EU abgeben, desto notwendiger brauchen die Menschen einen Nahbereich, in dem sie überschaubar und mit Aussicht auf erkennbare Resultate handeln, mitbestimmen und mitgestalten können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind bei uns in **Deutschland** in erster Linie die **Länder** und die **Kommunen**. Erst auf der Basis eines überschaubaren Gemeinwesens lassen sich Grenzen öffnen und Aufgaben, die regional nicht mehr angemessen bewältigt werden können, auf höhere, entferntere politische Ebenen übertragen.

Europa ist kein Land, in das man hineingeboren wird. Europa ist eine Idee, die verwirklicht werden muß, politisch und sozial.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn diese Idee Europa tragen soll, dann muß Europa von unten wachsen und von den Menschen akzeptiert werden.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Dann müssen Menschen erleben, was es ganz praktisch bedeutet, wenn sie ihre Probleme zusammen mit Menschen aus anderen Ländern, aus ihren Nachbarländern lösen. Dafür bedarf es politischer Akteure, die unabhängig von nationalen Grenzen ein **Zugehörigkeitsgefühl** zu einer gemeinsamen **Großregion** entwickeln. Einer dieser Akteure ist - darauf sind wir alle stolz - das Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und die Gemeinde Bordesholm!)

- Auch die Gemeinde Bordesholm. Ich denke an die besonderen Beziehungen, die der Bürgermeister zusammen mit den Gemeindevorstellern, den Vereinen und der Gesamtbevölkerung seit mehreren Jahren mit der Gemeinde Kekava in Litauen pflegt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist für mich übrigens ein gutes Beispiel für Kooperation in Europa von unten. Das wäre Ihrer Aufmerksamkeit anzuempfehlen, Herr Kubicki! Sie sollten sich einmal durchlesen, was Menschen dort schon seit mehreren Jahren jedes Jahr aufs neue auf die Beine stellen.

(Konrad Nabel [SPD]: Gutes Vorbild für die Gemeinde Strande!)

- Richtig!

Die **Kooperation im Ostseeraum** ist - man kann es gar nicht oft genug feststellen - nicht von Bonn, auch nicht von Brüssel aus wiederbelebt worden, sondern allein von Schleswig-Holstein, und das schon vor vielen Jahren - unter meinem Vorgänger Björn Engholm erstmals formuliert.

(Beifall bei der SPD)

Es war das Land Schleswig-Holstein, das vor jetzt fast zehn Jahren die ersten Initiativen für eine neue europäische Großregion rund um die Ostsee entwickelt hat. Es war das Land Schleswig-Holstein, das sich von deutscher Seite maßgeblich an der Entwicklung eines europäischen Förderprogramms für die Ostseeregion beteiligt hat. Es ist das Land Schleswig-Holstein, das mit seiner Investitionsbank das passende Instrument zur Verfügung stellt, um das neue EU-Förderprogramm INTERREG II c abzuwickeln.

Nicht auf nationaler Ebene, sondern in den Regionen ist das Wissen über gemeinsame **Traditionen**, ge-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

meinsame **Kultur** und gemeinsame Interessen der Menschen diessseits und jenseits von Grenzen vorhanden. Wenn sich Künstler und Besucher aus dem gesamten Ostseeraum zur Ars Baltica oder zur Jazz Baltica treffen, wenn Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Dänemark und Schweden in Fragen der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz kooperieren, wenn Schulen aus der gesamten Ostseeregion ein Netzwerk zur Umweltbildung knüpfen, wenn die Fachhochschule Flensburg und die Handelshøjskole im dänischen Sønderborg gemeinsame Studiengänge entwickeln, wenn es möglich ist, daß Sønderjylland und der Landesteil Schleswig eine gemeinsame Euroregion bilden, dann und nur so entsteht ein Europa der Verständigung und des gemeinsamen Handelns aus gemeinsamen Interessen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Stärkung der Ostseeregion und die Kooperation Schleswig-Holsteins mit den Ostseeanrainern bleibt eine der zentralen Aufgaben dieser Regierung. Die Landesregierung unterstützt alle Aktivitäten, egal auf welcher Ebene sie stattfinden, die diesen Zielen dienen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Polen und die baltischen Staaten gehören selbstverständlich zu unseren Partnern in der Ostseeregion. Schleswig-Holstein wird sie auf ihrem Weg in die europäische Gemeinschaft im Rahmen seiner Möglichkeiten tatkräftig unterstützen, auch wenn sich Schwierigkeiten auftun sollten.

Die Landesregierung hat noch ein weiteres besonders ehrgeiziges Ziel. Die **Ostseeregion** soll ein Paradebeispiel dafür werden, wie sich die kommende europäische **Informationsgesellschaft** im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gestalten lässt. Wir haben hier schon lange verstanden: Schleswig-Holstein ist unsere Heimat, die Ostseeregion unsere Zukunft in einem vereinten Europa, und diese Zukunft wollen wir gemeinsam gestalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich zu meinem nächsten Punkt. Die Länder müssen an der Gestaltung Europas mitwirken, aber **Europa** verträgt keine überbordende Beteiligungsbürokratie, wie es eigentlich überhaupt keine **Bürokratie** verträgt. Dazu gehören nach meiner Einschätzung auch die Sprache und die geheimnisvollen Abkürzungen für die Institutionen der Europäischen

Union, mit denen eigentlich kaum einer etwas anfangen kann, die auch nur wenig Freude und Feuer in einem Menschen entfachen, wenn er sie um die Ohren geschlagen bekommt.

Europa kann sich weder einen rigiden **Zentralismus** noch eine **Kleinstaaterei** leisten. Europa muß die Balance von regionalen Eigenständigkeiten und notwendiger Einheit finden. Dann läßt sich die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer politischen Union, unserem langfristigen Ziel, ausbauen.

Der Vertrag von Maastricht und Artikel 23 unseres Grundgesetzes geben den **Ländern** ein umfassendes Instrumentarium zur **Mitwirkung** und **Mitentscheidung** in EU-Angelegenheiten. Die Länder sind in der Pflicht, dieses Instrument angemessen einzusetzen. Aber die Mitwirkung der Länder darf die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik in der Europapolitik und die Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union nicht gefährden - Mitwirkung ja, Provinzialismus nein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Die Frage, auf welcher Ebene anstehende Aufgaben bewältigt werden können, muß stets neu beantwortet werden. Das wird zu der Erkenntnis führen, daß die EU in einigen Bereichen mehr tun muß als bisher, zum Beispiel im **Umweltschutz**, bei der **Entwicklung sozialer Mindeststandards** oder in der **Beschäftigungspolitik**. Die kritische Analyse wird aber auch dazu führen, daß sich die EU in einigen Bereichen zurücknimmt und Abschied von ihrem Hang nimmt, alles in die Hand zu nehmen. Das geschieht heute Gott sei Dank bereits schon. Europa darf gern darauf verzichten, die Anzahl der Toiletten auf Baustellen oder den Neigungswinkel der Kennzeichen an Fahrrädern mit Hilfsmotoren vorzuschreiben. Ich glaube, das können die Menschen selber regeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manches muß in Europa auch anders geregelt werden als bisher. Dies gilt unstreitig für den europäischen **Agrarmarkt**. Notwendig ist hier eine Reform, die es den landwirtschaftlichen Betrieben ermöglicht, umweltschonend, artgerecht und konkurrenzfähig gegenüber Mitbewerbern außerhalb der EU zu produzieren. Gleichzeitig muß das jetzt hochkomplizierte System der Ausgleichszahlungen vereinfacht werden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vorschläge der EU-Kommission werden diesen Anforderungen noch nicht gerecht. Unseren Land-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

wirten drohen hohe Einkommensverluste und in mancherlei Hinsicht sogar mehr Bürokratie als bisher. Hier muß dringend nachgebessert werden. Schleswig-Holstein wird sich dafür einsetzen, daß die Landwirtschaft in unserem Land eine vernünftige und kalkulierbare Existenzgrundlage behält.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Positiv an den Vorschlägen aus Brüssel ist, daß die EU den Mitgliedsstaaten mehr Einfluß auf die Verteilung der EU-Agrarmittel einräumen will. Das entspricht einer langjährigen Forderung der Länder. Wir wollen den Spielraum politisch nutzen, um besser als bisher die Faktoren Arbeit und Umwelt in der Agrarpolitik zu berücksichtigen. Wir sind gern bereit, dafür hinterher auch den Kopf hinzuhalten; jedenfalls lieber als jetzt den Kopf für etwas hinzuhalten, was woanders bestimmt worden ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Ziel muß sein: So viel **Kompetenz** wie möglich für die **Länder** und die **Regionen**, so viel Kompetenz wie nötig für die **Zentrale** in Brüssel. Brüssel ist gut beraten, daß es dieser Leitlinie nun auch verstärkt in der Strukturförderung folgen will. Auch im Rahmen der Reform der Regionalförderung will die EU-Kommission den Regionen mehr Gestaltungsfreiheit einräumen. Das würde manchen Zündstoff, wie wir ihn in Sachsen und anderswo erlebt haben, aus dem Wege räumen.

Die Fördermittel für den Ausbau der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** im Ostseeraum und in anderen europäischen Großregionen werden bereits dezentral in den Regionen verwaltet. Für die Ostseeregion hat die Investitionsbank des Landes Schleswig-Holstein diese Aufgabe übertragen bekommen, und das Vertrauen ihr gegenüber in der Region ist groß. Auch das ist eine Anerkennung unserer Ostseepolitik, und nebenbei: es ist auch eine Anerkennung dafür, daß wir das richtige Instrumentarium geschaffen haben.

Die Landesregierung begrüßt es ausdrücklich, daß die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch in Zukunft ein Schwerpunkt der regionalen Förderpolitik der EU bleiben wird.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Das sichert eine wichtige Voraussetzung unserer Zusammenarbeit mit Dänemark und in der Ostseeregion. Insgesamt bedeuten die von Brüssel geplanten **Änderungen der Regionalförderung** allerdings, daß Schleswig-Holstein, wie auch die anderen westdeut-

schen Länder, ab dem Jahr 2006 voraussichtlich mit weniger EU-Mitteln auskommen muß. Das ist wohl schmerhaft, aber - man kommt nicht darum herum anzuerkennen -, höchstwahrscheinlich auch notwendig. Wer die Osterweiterung der Europäischen Union will, außerdem die Kosten der Europäischen Union in einem vertretbaren Rahmen halten und den deutschen Transferzahlungen einen Deckel aufsetzen will - wie wir das jetzt aus Bonn bekommen -, muß eine Konzentration und Effizienzsteigerung des Mitteleinsatzes akzeptieren.

(Beifall der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist auch politisch akzeptabel, wenn man dabei mitsprechen und mitgestalten darf.

Wer - wie der bayrische Ministerpräsident Stoiber - fordert, die EU solle weniger Geld ausgeben, aber bloß nicht bei ihm, der muß entweder die Grundrechenarten nicht verstehen, einen Wahlkampf vor der Tür haben oder sonst irgendwo irgend etwas nicht ganz verstanden haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein trägt die Reform der EU-Regionalförderung im Grundsatz mit. Im einzelnen wird sich die Landesregierung aber dafür einsetzen, daß es vernünftige Übergangslösungen für die Gebiete gibt, die aus der Förderung herausfallen, und daß auch zukünftig eine Förderung für strukturschwache Regionen möglich ist, die sich im wirtschaftlichen Wandel befinden.

Aus diesem Grund setzt sich die Landesregierung auch weiterhin dafür ein, daß die **Förderung der ländlichen Räume** ein Ziel der Regionalförderung der EU bleibt. Es kann nicht angehen, daß dort mit einem Schlag der Hammer - „Aus“! - herunterfällt.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Starke Länder für Europa - das verlangt nach einer **Stärkung der Länder** in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Man muß es ja immer wieder wiederholen: Die föderale Struktur war Grundlage des Wiederaufbaus eines demokratischen deutschen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Zentralgewalt sollten nach den schrecklichen Erfahrungen des Dritten Reiches selbstbewußte Länder als Partner und Korrektiv gegenüberstehen. Diese zusätzlichen Elemente der Gewaltenteilung haben sich bewährt und sind aus unse-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

rer Demokratie nicht mehr wegzudenken. Die Macht in Deutschland ist unwiderruflich geteilt.

Das ist in vielerlei Hinsicht gut so. Die Metropolen in den Ländern sind Zentren des geistigen und kulturellen Lebens in Deutschland, und zwar überall in Deutschland und nicht - wie bei unseren Nachbarn - in einer großen Zentrale. Der föderale Aufbau sorgt für eine im internationalen Vergleich ungewöhnliche Vielfalt und gleichmäßige Verteilung von Theatern, Museen, Forschungseinrichtungen, Bildungseinrichtungen und Freizeiteinrichtungen.

Die **Strukturpolitik der Länder** fördert einen konstruktiven Wettstreit um die wirtschaftliche Entwicklung in den Teilstaaten. Der dezentrale Ansatz macht es möglich, die ganz speziellen Stärken und Eigenheiten einer Region herauszuarbeiten, weiterzuentwickeln und im gesunden Wettbewerb mit den anderen zu versuchen, einen Punkt weiterzukommen.

Nicht zuletzt fördert die **Eigenständigkeit der Länder** das Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft und Verbänden bei der Lösung von Problemen vor Ort. Die „Kieler Runde“ und das schleswig-holsteinische „Bündnis für Ausbildung und Arbeit“ sind dafür die besten Belege.

Obwohl sich also unser föderales System in über 50 Jahren gut bewährt hat - bei notwendigen Korrekturen hie und da -, wird es heute von zwei Seiten angegriffen, zum einen von denen, die die Mitsprachebefugnis der Länder über den Bundesrat am liebsten streichen wollen - das konzentriert sich immer auf bestimmte Termine innerhalb einer Legislaturperiode -, zum anderen aber von jenen, die die Eigenständigkeit der einzelnen Länder so weit treiben wollen, daß kaum noch etwas übrig bleibt, was den Zusammenhang eigentlich lohnen würde. Wenn man erst einmal einen Paß braucht, um nach München zu kommen, ist es allerdings mit dem Föderalismus auch ein bißchen schwierig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was verbindet denn eigentlich die Menschen in Bayern mit denen in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern, wenn die Sozialversicherungssysteme „regionalisiert werden“, wie es so schön heißt? Das bedeutet doch im Klartext, daß die Menschen in den neuen Ländern selbst zusehen sollen, wie sie ihre Vorsorge vor Krankheit und Arbeitslosigkeit finanzieren, und das bedeutet letztlich das Hinaustreiben von Betrieben aus diesen Regionen, weil die Lohnnebenkosten noch mehr steigen und noch höher werden, als sie es heute schon sind.

Was bleibt übrig von dem Gedanken der Solidarität, wenn die Bayern vor allem jenen Ländern, die anders als sie nicht 40 Jahre lang von unserem Länderfinanzausgleich profitieren konnten, jetzt den Geldhahn ein gutes Stück zudrehen wollen? Den Föderalismus so weit zu treiben, nachdem man selbst fast 40 Jahre lang davon profitiert hat, heißt, ihn dann allerdings endgültig kaputtzumachen.

Ich behaupte nicht, daß der **Föderalismus** in Deutschland sozusagen schon der Idealstatus sei. Im Verhältnis zwischen Bund und Ländern besteht durchaus **Korrekturbedarf**. Aus der ursprünglich eindeutigen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern hat sich - mit Zustimmung der Länder; das muß durchaus betont werden - eine komplizierte Gemengelage entwickelt. Sie führt zu aufwendigen Abstimmungs- und Einigungsverfahren, die widerrufen werden können oder von vorn angefangen werden können, sie schränkt die Handlungsspielräume von Ländern und Bund ein, führt zu erhöhter Bürokratie und macht es den Bürgerinnen und Bürgern schwer, am Ende die Verantwortung für politische Entscheidungen und deren Folgen nachzuvollziehen und die handelnden Personen danach zu fragen, was sie sich dabei gedacht haben.

Korrekturbedarf besteht in der Verteilung der **Ge setzgebungskompetenz** zwischen Bund und Ländern. Aber einfache oder schnelle Lösungen wird es hier nicht geben, wenn es darum geht, die Grundlagen unseres Föderalismus zu bewahren und sie zu verbessern. Notwendig wäre eine grundlegende Diskussion, welches Maß an Verschiedenheit der Lebensverhältnisse wir wollen beziehungsweise wir uns auf Dauer leisten können. Je unterschiedlicher die Lebensverhältnisse zum Beispiel auch im Bildungssystem sind, desto schwieriger wird die vielbeschworene und zum Teil gewünschte Mobilität der Menschen.

Notwendig ist außerdem eine gründliche Kleinarbeit, in welchen Fällen bundesrechtliche Vorgaben zurückgeschraubt werden könnten oder Bundeskompetenz ganz aufgehoben werden könnte.

(Ursula Kähler [SPD]: Eine wichtige Voraussetzung!)

Mit dieser Frage sind die Länder im Moment gerade befaßt. Schleswig-Holstein befürwortet unter anderem die Rückübertragung von Kompetenzen im Bauordnungsrecht, im Krankenhausfinanzierungsrecht und im Versammlungsrecht.

Korrekturbedarf besteht schließlich hinsichtlich der **Folgen gesetzgeberischer Entscheidungen**. Wir müssen weg von der jetzt allzu häufig praktizierten

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Arbeitsteilung: Der Bund ordnet an - die Länder und Kommunen zahlen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Korrekturbedarf besteht auch bei der bundesstaatlichen **Finanzverfassung**. Auf den Prüfstand müssen das ausufernde System der Mischfinanzierung, die fehlende Steuerautonomie der Länder und in gewissem Umfang auch der Finanzausgleich zwischen den Ländern einerseits und zwischen Ländern und Bund andererseits.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

- Bevor jetzt Jubel ausbricht, möchte ich wiederholen: Ich habe gesagt „in gewissem Umfang“, nicht „in totalem Umfang“.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das haben wir gehört!)

Wie manches andere in diesem Land muß dieses System einfacher und transparenter, in Einzelpunkten auch gerechter werden.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig!)

Aber Grund zur Hektik, dies alles noch vor dem September zu machen, besteht nun wirklich nicht. Die jetzigen Regelungen des Finanzausgleichs sind gerade mal drei Jahre alt

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

und mit Zustimmung aller Länder in mühevollen Verhandlungen beschlossen worden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im übrigen bewegen sie sich auf der Grundlage des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts, um dies noch einmal ausdrücklich festzuhalten.

Bis zum Jahre 2004 garantiert das jetzige Ausgleichssystem die finanzielle Basis für die Entwicklungsperpektiven der neuen Länder. Immerhin kommen Ostdeutschland rund 90 % des Umverteilungsvolumens zugute. Wer die jetzige Vereinbarung kündigen will, der muß uns allerdings sagen, ob er den Aufbau Ost abwürgen will oder ob er den Ländern West die restlichen 10 % wegnehmen möchte, damit das System für denjenigen, der kündigen will, positive Effekte zeigt.

Wir sollten **Reformen** beraten, aber nur mit dem Ziel einer Neuregelung nach dem Jahre 2004. Das würde uns genügend Zeit geben, während der Verhandlungen alle Zahlen, die auf den Tisch kommen müssen - nicht

nur diejenigen, die von den Ländern Bayern und Baden-Württemberg gerade in Auftrag gegeben worden sind -, in Ruhe zu bewerten und zu diskutieren. Die von diesen beiden Ländern immer und immer wieder vorgetragene Argumentation, der **Länderfinanzausgleich** mache arme Länder reich und reiche Länder arm, klingt im ersten Moment himmelschreien ungerecht. Wenn das so ist - so fragt man sich -, warum haben dann Herr Stoiber und Herr Teufel vor drei Jahren diesem System zugestimmt, und warum vergessen Sie immer zu sagen, daß sie in die Berechnungen auch die Bundesausgleichszahlungen einbeziehen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und warum sagen Sie uns nicht, wieviel sie selbst aus Bundeskassen bekommen, zum Beispiel für die Bezahlung von Großforschungseinrichtungen und anderen Institutionen, die ihnen ja gegönnt wären, wenn sie uns ebenfalls ein bißchen davon gönnen würden?

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Oder der ICE!)

Geht man diesen Fragen nach, kommt man zu dem Ergebnis, daß die Behauptung sachlich falsch ist. Der reine **Länderfinanzausgleich** ändert grundsätzlich nichts an der Reihenfolge der Länder. Erst wenn man die Ausgleichszahlungen des Bundes an die Länder - die Ergänzungszuweisungen und ähnliches für spezielle Lasten - hinzuzählt und wenn man die anderen Finanzierungsströme hinzunimmt, ändert sich das Bild - dann allerdings dramatisch. Diese Sonderbedarfe sind von den anderen Ländern zunächst ausdrücklich anerkannt worden. Wer das nicht möchte, muß den Hamburger sagen, daß sie nicht mehr auf 135 % im **Länderfinanzausgleich** kommen, müßte dann allerdings auch Bremen und Hamburg die Hafenlasten abnehmen, müßte den Städten Bremen, Hamburg und Berlin den Sonderstatus als Großmetropole nehmen, müßte die Aufgaben der besonders strukturschwachen Länder zurückfahren und so weiter - eine Reihe von Problemen, die man nicht durch einen Schuß aus der Hüfte heraus lösen kann.

Und warum sollen eigentlich nur diese Zahlungen des Bundes an die Länder für die Berechnung der Finanzkraft herangezogen werden? Warum gilt das nicht zum Beispiel auch für EU-Ausgaben und warum nicht für die zum Teil regional höchst unterschiedlich verteilten Bundesmittel für Forschung, für Verteidigung oder für die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben?

Wer also für eine Überprüfung unseres Systems des Finanzausgleichs ist - und ich bin grundsätzlich nicht

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

dagegen -, der muß dafür sein, daß diese Überprüfung offen und sachlich geschieht und daß alle - aber wirklich alle - Zahlen in diesem Zusammenhang genannt, gegeneinander aufgewogen und bewertet werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Ziel muß es sein, allen Ländern eine ausreichende finanzielle Basis zu sichern. Wer das nicht tut, der reicht den internen Wanderungsbewegungen die Hand, die wir nicht wollen, oder schaut zu, wie sich bestimmte Regionen - insbesondere in den fünf neuen Ländern - nie mehr entwickeln werden und ewig die Armutshäuser unserer Bundesrepublik sein werden, was wir jedenfalls nicht wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, **Europa** ist viel lebendiger als die Diskussion um den Euro mit seinen zwei Punkten, die man da erreichen muß, einen glauben macht. Es ist spannender und aufregender, als die 3 % oder die 60 % uns vorgaukeln wollen. Es ist eine Aufgabe, die auf Dauer zu lösen ist und nicht nur durch das einmalige Erreichen dieser beiden Zahlen, die man ja durchaus durch mit Verwaltungskunst erreichen kann.

Europa ist aber nicht das Ergebnis von Verwaltungskunst, sondern es ist ein ganz klein bißchen mehr. Europa, das ist mehr als die finanzielle Förderung aus Brüssel für den Agrarbereich, für Forschungsarbeiten an der Christian-Albrechts-Universität oder in Geomar oder für den Kulturwanderweg Bordesholm. Wenn Sie vorhin nicht Bordesholm gesagt hätten, wäre es nun nicht zum zweiten Mal im Protokoll erschienen; ich danke Ihnen, Herr Kubicki!

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Europa ist die Kooperation, die wir mit unseren Nachbarn im Ostseeraum aufgebaut haben und weiter ausbauen wollen, eine **Kooperation für Frieden und Entwicklung** in Europa. Europa ist eine Idee, die an vielen Stellen und von vielen Menschen mit Leben erfüllt wird und als eine positive Herausforderung verstanden werden soll. An der Verwirklichung dieser Idee und an der Meisterung dieser Herausforderung wollen wir weiter arbeiten und uns beteiligen.

Dafür brauchen wir Länder in Deutschland, die selbstbewußt genug sind, um nicht nur Kompetenzen zu beanspruchen, die der Handlungsfähigkeit Deutschlands und Europas unter Umständen schaden, sondern Länder, die auch in der Lage sind, an Europa mitzubauen. Wir brauchen Länder, die stark genug sind, um

in Europa zusammen mit den Kommunen von unten mitzuarbeiten und dieses Europa zu gestalten, damit die nächste Generation ein einiges, ein starkes, ein friedvolles und ein sozial gerechtes Europa vorfindet.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort dem Herrn Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich das Thema Ihrer Regierungserklärung erstmals las, Frau Simonis, habe ich mich gefragt, was Sie uns unter diesem Thema eigentlich mitteilen wollten und warum zu diesem Zeitpunkt. Der Konvergenzbericht kann es jedenfalls nicht gewesen sein, weil dieser bei der Abfassung Ihrer Rede noch nicht vorgelegen hat.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Aber er war zu erwarten!)

- Dann geht die Frau Ministerpräsidentin offenbar jetzt unter die Hellseher.

Nachdem ich nun Ihre **Regierungserklärung** gehört habe, muß ich allerdings sagen, daß auch der Inhalt unseres Anspruches an eine Regierungserklärung kaum gerecht wird.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben wenig Konkretes formuliert: Sie setzen sich ein, Sie sind dafür, Sie wollen fordern, Korrekturbedarf und Föderalismus werden angemeldet, und das ist es dann auch. An einer Stelle werden Sie allerdings etwas konkreter, nämlich da, wo es um die Kompetenzverlagerung geht. Da können wir Ihnen auch zustimmen. Allerdings frage ich mich an dieser Stelle auch gleich, was dort das Versammlungsrecht zu suchen hat. Oder wollen Sie damit ein eigenes Demonstrationsrecht schaffen?

Zwischen den Zeilen jedenfalls gibt es einige Positionen, Frau Simonis, die uns aufhorchen lassen. Ich frage mich, warum wir nicht schon in der Vergangenheit zum Beispiel zu einer **Korrektur im Steuerrecht** gekommen sind. Warum haben wir die Steuerreform nicht bekommen, wenn - so wie jetzt - zumindest ansatzweise Verbesserungsvorschläge von Ihnen gemacht werden. Warum haben Sie eigentlich blockiert?

(Beifall bei der CDU)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Und warum wehren Sie sich so sehr gegen die Vorstellungen Bayerns und Baden-Württembergs, wenn Sie selbst der Auffassung sind, daß es Veränderungsbedarf gibt, daß **Korrekturen im Finanzausgleich** der Länder notwendig sind?

Was mir in Ihrer Regierungserklärung übrigens völlig fehlt, ist die Definition eines „starken“ Landes. Was eigentlich stellen Sie sich unter einem starken Schleswig-Holstein im Kreis der Bundesländer vor?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eine Armee!)

Wie kann Schleswig-Holstein Teil einer starken Basis in einem zusammenwachsenden Europa werden? - Die Antwort auf diese Fragen bleiben Sie schuldig.

Ihre Ausführungen bleiben allgemein, vage und oft auch nebensächlich. Forderungen und Floskeln, ohne eine eigene Position zu beziehen und ohne konkrete Änderungsvorschläge, sind in meinen Augen keine Regierungserklärung.

(Beifall bei der CDU)

Nach meiner Auffassung müßte gerade jetzt, nachdem die Diskussion um die Erreichung der Konvergenzkriterien und damit die Teilnahme am **Euro** im Grunde gelaufen ist, einmal in die Zukunft geschaut werden. Es muß geklärt werden, wie die zukünftige Härte dieser gemeinsamen Währung abgesichert werden kann. Es ist zu regeln, wie in allen beteiligten Ländern der EU auch in Zukunft die **Konvergenzkriterien** eingehalten werden können beziehungsweise wie eine weitere Annäherung an die geforderten Werte erreicht werden kann. Es ist zu berücksichtigen, daß - wie im Fall der Gesamtverschuldung - natürlich auch die deutschen Länder eine Rolle spielen und nicht nur der Bund. Und auch die Nachhaltigkeitsdebatte zu diesem Thema steht noch aus.

In der Öffentlichkeit wird nach meiner Meinung bisher nicht genug beachtet, daß in die Berechnung der Konvergenzkriterien nicht nur die Werte des Bundeshaushaltes, sondern auch die aller Landes- und Kommunalaushalte sowie der Haushalte der staatlichen Sozialversicherungsträger eingehen. Auch dies verschweigen Sie, um von der Mitverantwortung der Länder abzulernen.

Die Konvergenzkriterien sind also nicht eindimensional, sie haben eine vielschichtige Grundstruktur. Viele Akteure sind eingebunden gewesen, andere müssen noch eingebunden werden. Ich meine, es ist eine bewußte Verdummung der Bürger, wenn Sie, Frau Ministerpräsidentin, und Ihre Kollegen immer nur auf den Bundeshaushalt verweisen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Außerdem verschweigen Sie bewußt - oder vergessen in Ihrer Argumentation -, daß gerade der Bund die Hauptlast der deutschen Wiedervereinigung getragen hat und auch noch trägt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alle haben das zu tragen!)

Bei der **Einhaltung der Konvergenzkriterien** ist also besonders die Verantwortung der Länder gefragt, die ihrerseits über den kommunalen Finanzausgleich und über die Schlüsselzuweisungen eine hohe Verantwortung für die kommunalen Haushalte haben. Von den **Ländern** und den **Kommunen** muß daher genauso viel finanzpolitische Disziplin gefordert werden wie vom **Bund**. Das kann keine Einbahnstraße sein.

Wenn ich mir allerdings die schleswig-holsteinischen Finanzdaten ansehe, sehe ich diese Disziplin bisher nicht. Der jährliche Anstieg der Verschuldung ist erschreckend. Am Ende dieses Jahres werden wir circa 30 Milliarden DM Schulden haben, die sich nach Einführung des Euro mit einem Verhältnis von etwa 2 : 1 auf 15 Milliarden Euro reduzieren. Das klingt zwar manierlicher, aber der eigentliche Wert bleibt natürlich unverändert, und vor allem ändert sich damit nichts an der Positionierung Schleswig-Holsteins unter den Schuldnerländern. Wir bleiben bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von 11.000 DM pro Bürger, und daran ändern später 5.500 Euro auch nichts. Wir stehen an zweiter Stelle der Flächenländer hinter dem unrühmlichen Spitzenreiter Lafontaine-Land.

Der enorme Anstieg der Verschuldung um 13 Milliarden DM seit dem Regierungsantritt ihrer Partei, Frau Simonis, macht unser Land fast manövriertunfähig. Sie unternehmen nichts, den Haushalt grundlegend zu sanieren. Ihr eigener mittelfristiger Finanzplan spricht von einem Auseinanderdriften der Ausgaben und Einnahmen vom Jahr 2001 an, wenn die Mittel aus dem geplanten Immobiliendeal verfrühtstückt sein werden. So, wie Sie jetzt handeln, wird **Schleswig-Holstein** auf keinen Fall ein starkes Land in der deutschen Länderriege.

(Beifall bei der CDU)

Im Gegenteil, es wird weiter abrutschen. Ich kann Sie nur auffordern: Lassen Sie doch erst einmal die Schularbeiten machen, wenn Sie sie nicht selbst machen wollen, bevor Sie sich an den Euro heranwagen.

Es ist daher auch Augenwischerei, wenn Sie immer Ihre Position als Geberland im **Länderfinanzausgleich** herausstellen, wie es Staatssekretär Lohmann gerade wieder in einer Presseerklärung getan hat. Wo ständen Sie denn, wenn es die neuen Bundesländer

(Martin Kayenburg)

nicht gäbe? Sie wären doch weiterhin am untersten Ende der Länderskala und nach wie vor ein großes Nehmerland. Nur die neuen Länder haben Ihnen zu dieser Mittelposition verholfen und haben bewirkt, daß Schleswig-Holstein mal Geber- und mal Nehmerland ist. Im Grunde ist dies also eine Veränderung der Position aufgrund einer anderen statistischen Ausgangslage, aber weiß Gott keine eigene Leistung.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Nichts hat sich - auf das Land selbst bezogen - an den finanzpolitischen Zahlen geändert. Ganz im Gegenteil.

Auch die wirtschaftspolitischen Zahlen für Schleswig-Holstein sind nach wie vor schlechter als der Bundesdurchschnitt. Mit schöner Regelmäßigkeit verbreitet der Wirtschaftsminister zwar Zahlen über neu angesiedelte Unternehmen und die damit hinzugewonnenen neuen Arbeitsplätze.

(Wirtschaftsminister Peer Steinbrück: Ja!)

Auch die Selbstbeweihräucherung bezüglich der Neugründung von Hightech-Unternehmen der Informationsbranche oder über die Zahl der Neugründungen wird langsam unerträglich. Denn Sie als Regierung können uns demgegenüber keine Antwort auf unsere Fragen geben, wie viele **Unternehmen** denn abgewandert sind - der Saldo ist wichtig -, wie viele der ins Land geholten Firmen Bestand haben oder auch nur, wie viele Neugründungen wieder aufgegeben werden, und das nicht einmal für die Firmen, die einmal in einem der Gründerzentren angefangen haben.

Auch können Sie uns keine Antwort auf die Frage geben, wieviel **Arbeitsplätze** durch die steigenden Konurse im Land endgültig verlorengehen. Sie verfügen also nicht einmal über gesicherte Grunddaten für die Wirtschaftsförderung und deren Effektivität. Das ist unprofessionell, ja, ich denke, es ist blamabel. Sie haben heute Schleswig-Holstein in den Reigen des Euro und der europäischen Länder gestellt. Wer sich so schlecht auf Europa vorbereitet, Frau Simonis, hat keinen Anspruch darauf, anderen Ratschläge zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Schlaglichter auf die wahre wirtschaftliche Situation im Land werfen die allmonatlich steigenden Arbeitslosenzahlen, die gegenüber dem Bundesdurchschnitt Monat für Monat steigen. Bringen Sie erst einmal unser eigenes Land auf den richtigen Weg, bevor Sie Europa Ratschläge geben!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Darüber hinaus haben wir neben den wirtschaftspolitischen Problemen auch ein geographisches Problem.

Das können wir zugegebenermaßen nicht selber beeinflussen. Aber wir haben sehr wohl Einfluß auf **verkehrliche Anbindungen** in unserem Land. Was wir täglich darüber von dieser Landesregierung hören, ist erschreckend. Die Landesregierung bietet in ihrer Verkehrspolitik zur Zeit keine Perspektiven für eine Verbesserung der Anbindung des Landes an die internationalen Verkehrsströme. Der Standort wird auf Dauer für Unternehmen unattraktiv.

Darüber darf auch nicht die neueste Umfrage der Unternehmensverbände hinwegtäuschen. Denn die dort geäußerte Meinung ist nach meiner Auffassung ein psychologischer Steinbrück-Effekt. Objektiv wird geäußert, daß die Verkehrsverbindungen, Wirtschaftsförderungen und Energiekosten kritisch zu betrachten sind. Daß Sie selber diese Problematik noch nicht richtig begriffen haben

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

- offenbar auch Sie nicht, Frau Erdsiek-Rave -, beweist auch die Ostseelastigkeit der Regierungserklärung.

Schleswig-Holstein kann nur dann ein starkes Land werden, wenn wir im Verkehrsbereich Rahmenbedingungen schaffen, die die Abgelegenheit von den großen Wirtschaftszentren Europas einigermaßen ausgleichen. Diese liegen nun einmal im Westen. Wir brauchen für Straßen-, Schienen- und Luftverkehr einen zügigen Ausbau von Kapazitäten.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ach, Ihre Vogel-Strauß-Politik, Herr Hentschel, hilft doch überhaupt nicht weiter. Stecken Sie Ihren Kopf weiter ins Watt, und zählen Sie dort die Mikroben, die da herumlaufen. Sie halten dies ja ohnehin für das Wichtigste der Welt. So jedenfalls kann man den Anschluß an Europa nach meiner Auffassung nicht schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Es muß auch die Borniertheit der Grünen und vor allem ihres Umweltministers beim Bau der A 20 bekämpft werden. Ich denke, das haben wir gestern deutlich gemacht. Jetzt ist es nämlich die A 20, dann wird es der Ausbau der A 7 sein, dann der Transrapid und dann der Flughafen Kaltenkirchen. Sie behindern jeglichen Infrastrukturausbau nach dem Motto: Wenn alle Verkehrsteilnehmer erst einmal genügend gestreßt sind, werden sie schon zu Hause bleiben. Dabei übersehen Sie ganz wichtige Rahmendaten für unser

(Martin Kayenburg)

Land. Denn die Arbeitslosigkeit würde damit weiter ansteigen.

Die wirtschaftliche Stärke unseres Landes ist ja nach wie vor auch im Fremdenverkehr zu Hause, allerdings, wie Sie wissen, mit sinkenden Übernachtungszahlen. Ohne die mit dem Auto anreisenden Touristen wäre der Fremdenverkehr in der jetzigen Größenordnung überhaupt nicht möglich. Irgendwann wird der so durch Verkehrsverhinderungsmaßnahmen gestreifte Tourist zu Hause bleiben und seinen Urlaub woanders verbringen, jedenfalls nicht in Schleswig-Holstein. Aber vielleicht ist dies ja auch das Ziel Ihrer grünen Ökodiktatur, Herr Hentschel.

Wenn Ihre Partei, Frau Fröhlich, jetzt einen **Benzinpreis** von 5 DM fordert, so bekommt dies nicht nur das gesamte Tankstellengewerbe in Schleswig-Holstein zu spüren; denn dann lohnt es sich, auch aus weiter entfernten Regionen über die Grenze unseres Landes nach Dänemark zum Tanken zu fahren. Aber die Leute werden dort nicht nur tanken, sondern auch einkaufen. Unsere Einzelhandelsumsätze werden zurückgehen. Das ist das, was Sie in einem zusammenwachsenden Europa für die Zukunft Schleswig-Holsteins parat haben.

Wenn dann noch die Steuer auf Kerosin vervierfacht werden soll, dann bekommen die Flughäfen ein Problem. Sie wissen selber: Schon heute fahren genug Bürger von Schleswig-Holstein nach Billund. Das ist für viele schon heute nicht zu weit.

Machen Sie nur so weiter. Diese Region wird dann jedenfalls zu einer der ärmsten in Europa werden!

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden völlig an der Realität vorbei!)

Starke Länder in Deutschland mit roter oder rot-grüner Politik kann ich jedenfalls nicht erkennen, weder hier in Schleswig-Holstein noch sonstwo in Deutschland. Im Gegenteil, Sie tun alles dafür, daß Schleswig-Holstein schwächer wird.

Dies gilt auch für den **Umweltbereich**. Sie strangulieren mit Ihrem Landschaftsprogramm unsere Landwirtschaft, die die Basis für die Ernährungswirtschaft unseres Landes ist, dies immerhin mit einem Anteil von 14 % der Beschäftigten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden völlig am Thema vorbei!)

Sie strangulieren damit die wirtschaftliche Entwicklung und erschweren die Schaffung von Gewerbegebieten. Außerdem wird die Planungshoheit unserer Gemeinden beinträchtigt. Jeglicher Unternehmungs-

geist wird im Keim ersticken. Dadurch werden wir kein starkes Land. Natur pur reicht eben nicht.

Zunehmende Schwäche von immer mehr Ländern - dazu gehören nun einmal vor allem die SPD-regierten - wird natürlich die großen Geberländer immer stärker dazu reizen, den **Länderfinanzausgleich** in seiner jetzigen Form in Frage zu stellen oder sogar abzuschaffen. Noch sind es nur zwei Länder. Aber schauen Sie einmal genau hin: Der Landesrechnungshof Hessen hat sich bereits gegen die bisherigen Ausgleichsmodalitäten ausgesprochen. Sie selbst, Frau Simonis, sehen ja Gott sei Dank auch **Korrekturbedarf** in der bundesstaatlichen Finanzverfassung, bei der Mischfinanzierung, bei der Steueraufteilung und beim Finanzausgleich, ohne allerdings konkret zu sagen - im Gegensatz zu Bayern und Baden-Württemberg; allerdings werte ich auch das, was von dort gekommen ist, nur als einen zu diskutierenden Kompromißvorschlag -, was Sie wirklich wollen.

Vertragliche Bindungen mögen dazu führen, daß der Finanzausgleich noch bis 2004 hält. Jedoch ist auch die Klage in Karlsruhe von nicht unerheblicher Dauer, und bis 2004 müssen sowieso neue Regelungen geschaffen werden. Wie gesagt, Ihre konkreten Vorstellungen haben Sie nicht formuliert. Große Worte, aber keine Inhalte - anders, als dies von Baden-Württemberg gekommen ist, auch wenn man deren Ansatz nicht teilen mag.

(Beifall bei der CDU)

Die Diskussion wird also bis 2004 nicht verstummen. Im Gegenteil, es ist zu befürchten, daß sie eskaliert. Am Ende könnte der massive Druck auch zu einer Revision der Anzahl der Länder führen. Experten fordern im Hinblick auf die finanzielle Leistungsfähigkeit, insbesondere auch vor dem Hintergrund des Zusammenwachsens Europas, schon jetzt ein Deutschland, in dem es künftig nur noch fünf oder etwa fünf leistungsstarke Länder geben soll. Ich frage Sie: Wollen Sie das wirklich? Auch Schleswig-Holstein würde dann nämlich die Selbständigkeit verlieren. Wir würden damit weiter in eine Randposition rutschen. Die Ostseekooperation würde uns keine Vorteile mehr bringen. Wir würden zur Provinz werden. Genau dies will die CDU nicht. Wir sind für die **Selbständigkeit Schleswig-Holsteins** und sollten uns nicht mit einer verfehlten Finanzpolitik der aufgezeigten Gefahr aussetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn es kein Schleswig-Holstein mehr gäbe, weil wir unsere Stärke verspielt hätten, wäre auch Kiel nicht mehr der Ansprechpartner für die Ostseeanrainer. Hamburg oder Hannover würde diese Rolle

(Martin Kayenburg)

übernehmen. Da Institutionen bekanntlich in die Zentren der Macht wandern, wie wir es gerade im Verhältnis zwischen Bonn und Berlin erleben, würden wir einen solchen Prozeß nicht aufhalten können.

Nicht Schleswig-Holstein würde die Basis für die Ostseekooperation in einem zusammenwachsenden Europa sein, sondern ein anderes Gebiet. Was bleiben würde, wären die europäischen Regionen, und das sind schon jetzt definitiv nicht die deutschen Länder. Die staatenübergreifende **Kooperation von Regionen** würde in den Vordergrund rücken. Regionen wie Schleswig/Sønderjylland würden an Bedeutung gewinnen, da in solche Regionen auch zukünftig noch die stark gekürzten Brüsseler Fördermittel fließen würden. Mit der Agenda 2000 und der Revision des Strukturfonds drohen damit große Teile Schleswig-Holsteins aus der EU-Förderung herauszufallen.

Sie fordern bezüglich der künftigen Agrarförderung Nachbesserungen. Aber Sie haben jedenfalls bisher im Agrarausschuß kaum konkretisierbare Vorstellungen vorgelegt. In Bonn verweigern Sie dagegen im Rahmen der Verabschiedung der FFH-Richtlinie die Ausgleichszahlungen an die Landwirte. Übrigens: Auch im SPD-Wahlprogramm werden nicht die Interessen unserer Landwirte vertreten. Insofern muß man, glaube ich, für diesen Teil Ihrer Regierungserklärung in der Tat dankbar sein, daß Sie dies anders sehen als die Bundes-SPD.

Bisher scheint aber vor allem die grenzüberschreitende Förderung bestehen zu bleiben. Dies wird, wie gesagt, zu einer **Stärkung der Regionen** führen. Es ist abzuwarten, ob diese Stärkung der Regionen auch die Länder stärkt. Vor diesem Hintergrund sollten Sie diese Teile Ihrer Regierungserklärung in der Tat nochmals überprüfen. Denn die deutschen Länder müssen aufpassen, daß sie ihre bisherige Position halten.

Dazu ist sicherlich deren Stärkung erforderlich. Zunächst ist aber jedes einzelne Land und auch Schleswig-Holstein - Frau Simonis! - aufgerufen und selbst verantwortlich, eine Finanzpolitik zu gewährleisten, durch die seine Wirtschaftskraft, seine Verkehrspolitik, seine Bildungspolitik und auch alle anderen Politiken die Basis dafür schaffen, daß wir in einem starken Europa bestehen können. Hier fehlt es - wie ich Ihnen schon eingangs sagte - in Schleswig-Holstein bisher an den richtigen Ansätzen. Auch Ihre Regierungserklärung gibt dafür nichts her.

Die Ostseekooperation ist ein wichtiger, aber nur kleiner Baustein. Sie ist an sich und für sich genommen zu wenig, um daraus ein starkes Schleswig-Holstein zu bilden. Sie ist jedoch - das ist auch unsere Position - ein nicht zu unterschätzender Bestandteil im Zusammenwachsen Europas, vor allem einer erweiterten EU,

der einmal auch Polen und die baltischen Staaten angehören könnten. Der Weg dorthin ist weit. Aber es ist ein wichtiges Ziel. Dort jedenfalls besteht zwischen uns Einigkeit. Insofern unterstützen wir in diesem Punkt ausdrücklich die Aktivitäten der Regierung. Wir kritisieren aber Ihre sonstige Politik, insbesondere Ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik, denn die stärkt Schleswig-Holstein nicht, macht Schleswig-Holstein nicht zu einem starken Land, sondern trägt zur Schwächung des Landes bei.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Jetzt wird es ernst. Der Europazug rollt. Seit gestern sind die Platzkarten verteilt, und die Bundesrepublik fährt mit. Weitere Teilnehmer werden noch zusteigen. Die Weichen sind gestellt. Madrid, Amsterdam und die Europakonferenz vor wenigen Wochen in London, das waren wichtige Stationen auf dem Weg zum vereinten **Europa**.

Das gestrige Votum über die Mitgliedstaaten der Währungsunion ist von historischer Qualität für Europa und seine Länder. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft wachsen zusammen, und - das hoffen wir ganz besonders - ein neuer Geist europäischer Nachbarschaft wird entstehen. Wie schade, daß von diesen eher philosophischen und über das Land weit hinausgehenden Gedanken und Ideen zu Europa ganz im Gegensatz zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin in Ihrer kleinkarierten Rede, Herr Kayenburg, wirklich nichts zu spüren war, gar nichts.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das müssen Sie ja sagen!)

Der nationale Kirchturm ist eben nicht mehr der ausschließliche Punkt der politischen Orientierung.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Und doch: Das neue Europa muß ein Europa der Bürgerinnen und Bürger sein. Der Kirchturm wird nicht abgeschafft, er ist aber nicht mehr die einzige, wenn auch eine wichtige Wegmarke, wenn der europäische Zug Fahrt aufnimmt.

Wir wollen ein **Europa der Regionen**, denn die Route muß durch bekanntes und durch friedliches Gelände führen. „Es wächst zusammen, was zusam-

(Martin Kayenburg)

mengehört“, das hat einst Willy Brandt den Deutschen ins historisch-politische Stammbuch geschrieben. Wir wissen heute nach zehn Jahren, wie schwierig schon der deutsche Weg in der Mitte Europas ist. Nun steht Europa selbst vor seiner größten Erweiterung.

Wächst auch hier zusammen, was zusammengehört? - Wir haben es selbst in der Hand, durch mutige Schritte und klare Konzepte Europa und den europäischen Gedanken auch in der Zukunft zu festigen.

Die Bundesländer und ihre Regionen erhalten in diesem Prozeß jedenfalls große Chancen, und die Euroskeptiker irren, wenn sie kritisieren, ihre Länder würden zu reinen Verwaltungseinheiten zurückgedrängt

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

oder die europäische Verwaltung sei landesblind.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Das Europa der Regionen und auch das Europa der Bürger sind heute ständige Punkte auf der europäischen Tagesordnung geworden. Es ist ein großer Erfolg vor allem der Bundesländer - das sollten wir selbst nicht kleinreden -, daß die Themen **Subsidiarität, Regionalität** und kooperativer **Föderalismus** im europäischen Denken ihren festen Platz gefunden haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Redet man einmal mit anderen europäischen Kollegen, etwa schwedischen Kollegen, erfährt man, wie intensiv auch dort über Regionalisierung, über Dezentralisierung auch als Reaktion auf Europa diskutiert und im staatlichen Gefüge verändert wird. Und das ist gut so.

(Ursula Kähler [SPD]: Sie können über den Tellerrand hinausgucken!)

Diese drei Begriffe bilden für mich die Koordinaten auf der Landkarte europäischer Politik, die der Reisende kennen muß. Wir konnten unsere Vorstellungen zum Fahrplan einbringen, und so sind beachtliche Fortschritte insbesondere bei der Präzisierung des Subsidiaritätsprinzips oder durch die Aufwertung auch des Ausschusses der Regionen - der kam bei Ihnen, Herr Kayenburg, übrigens auch überhaupt nicht vor - erzielt worden. Dieses Sprachrohr der europäischen Regionalität, der **Ausschuß der Regionen**, ist gestärkt und bedarf auch weiter der Unterstützung und Stärkung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier werden wir als Land Schleswig-Holstein nunmehr mit zwei Sitzen für diese Periode unsere Interessen noch kräftiger einbringen.

Schleswig-Holsteins Chancen sind in einem Europa der Regionen deshalb groß, weil wir durch unsere Erfahrungen in der Ostseekooperation wissen, wie neue und alte Nachbarschaften gepflegt werden. Ich möchte deshalb an dieser Stelle ausdrücklich dafür werben, Herr Kayenburg, daß wir bei der Realisierung der großen und besonders auch der kleinen **Kooperationen im Ostseeraum** nicht nachlassen. Ich komme gleich darauf zurück. Sie werfen der Regierungserklärung Ostseelastigkeit vor. Ich gebe Ihnen gern zurück, daß dieser Bereich bei Ihnen traditionell unterbelichtet ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre etwas merkwürdig kritischen Äußerungen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind für mich wirklich erklärungsbedürftig. Ich will Ihnen da keine nationalistischen Töne unterstellen; wirklich nicht! Aber ich kann nicht begreifen, warum Sie nicht in dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gerade eine Stärkung auch des Landes Schleswig-Holstein, seiner Position in Europa und seiner wirtschaftlichen Kraft sehen können.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das interessiert ihn nicht!)

Ich fordere Sie wirklich auf, zu einem positiven Denken in bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zurückzufinden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werben also für die kleine Ostseekooperation. Damit meine ich die Zusammenarbeit im **Dreieck Kopenhagen, Kiel und Südschweden**. Diese Region ist eine der vielversprechenden europäischen Wachstumsregionen mit Milliardeninvestitionen - man braucht sich nur einmal das Øresund-Projekt anzusehen - in Infrastruktur, in Wissenschaft, in Forschung, in Technologie.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es wäre schön, wenn wir das für Schleswig-Holstein auch hätten!)

- Das ist eine Kraftregion, an die wir den Anschluß nicht verpassen dürfen, werter Kollege!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Davon rede ich die ganze Zeit! - Martin Kayenburg [CDU]:

(Ute Erdsiek-Rave)

Dann ist das auch eine nationalistische Äußerung!)

In der liegen große Chancen der Zusammenarbeit, der Anbindung auch an große Verkehrsinfrastrukturprojekte für Schleswig-Holstein. Dort werden die Weichen für die Verkehrsströme im zukünftigen Europa gestellt. Daran müssen wir mitarbeiten und dabei sein.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Angebote und Nachfragen liegen vor. Nimmt man sie fürbare Münze, geht es natürlich um die Währungsunion. In kaum einer anderen Frage ist nach meinem Eindruck noch soviel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit nötig wie beim Thema **Euro**. Kaum eine andere Frage kann im Zusammenhang mit Europa so emotionalisiert werden. Deswegen kann ich uns allen nur wünschen, daß es uns gelingt, diese Frage weitgehend aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich hoffe allerdings, daß der Bundesfinanzminister gut gerechnet hat und seine Punktlandung dauerhaft bestehen kann. Sonst schadet er nicht nur der Rolle der Bundesrepublik in Europa, sondern er schadet vor allem dem europäischen Gedanken.

Ein Wort zum Thema Geltung der **Konvergenzkrise für die Länder**! Sie müssen genau wissen, daß dies zwischen den Bundesländern noch strittig diskutiert wird. Es kann gut sein, daß sich Schleswig-Holstein am Ende eher mit Herrn Waigel einigt als mit Bayern und Baden-Württemberg, was dies angeht. Warten wir es einmal ab. Die Frage ist noch in der Diskussion. Das wissen Sie ganz genau.

Daß Sie dies wieder einmal zum Anlaß nehmen, dieses Land, seine Wirtschaft, seine Entwicklung schlechtzureden, erstaunt mich nun doch. Das muß ich wirklich sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drei Tage nach der Kommunalwahl hätten Sie dies doch nicht nötig gehabt, Herr Kayenburg!

Mich erstaunt auch die Unsachlichkeit und die Undifferenziertheit, mit der Sie das hier tun und alle positiven Nachrichten relativieren müssen, anstatt sich darüber zu freuen, daß die Wirtschaft diesen Standort schätzt und Gutes darüber sagt.

(Ursula Kähler [SPD]: Das ärgert ihn so!)

Ist es für einen Oppositionsführer nicht möglich, sich darüber einfach vorbehaltlos zu freuen und dies mit Nachdruck zu unterstützen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Chancen des Euro** liegen auf der Hand. Eine europaweite Transparenz der Preise steigert den Wettbewerb, Währungsrisiken entfallen und das Inflationsrisiko sinkt - letzteres im übrigen abgesichert durch die Europäische Zentralbank, deren Einrichtung ein wichtiger und notwendiger Schritt war.

Hinter den Kulissen läuft also weiter der Countdown. Staat und Wirtschaft stellen sich auf die neue Euro-Zeit ein. Wir werden heute noch über die richtigen Zeitpunkte der **Umstellung** unserer Haushalte und die Einstellung der Verwaltung auf die neue Zeitrechnung debattieren.

Doch bei aller Technik und Dramatik dabei müssen wir eines auch ehrlich sagen: Der Euro wird nicht automatisch neue **Arbeitsplätze** schaffen. Wer diese Hoffnung bei den Menschen weckt, der muß sie nur enttäuschen - jedenfalls kurzfristig. Auch wenn im Amsterdamer Vertrag die Europäische Union auf die aktive Beschäftigungspolitik verpflichtet wird - übrigens ist das ausschließlich ein Erfolg der sozialdemokratisch geführten Regierungen in Europa; das muß hier auch einmal anerkannt werden -,

(Beifall bei der SPD)

ist eines klar: Die beste Politik für Europa ist eine gemeinsame und entschiedene Bekämpfung der europaweiten Massenarbeitslosigkeit -

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

gewiß mit unterschiedlichen Ausprägungen.

Nur wenn dies gelingt, wird auch die Wirtschafts- und Währungsunion, wird der Euro, wird die Sicherheits- und Sozialunion von den Menschen akzeptiert und getragen werden. Der Euro und Europa werden in den Regionen um so schneller und tiefgreifender Akzeptanz gewinnen, je deutlicher Fortschritte auf diesen Feldern sichtbar werden.

Wie man also in Zukunft in Europa bezahlt, ist klar, wie man Europa finanziert, aber noch nicht so ganz. Noch immer werden die notwendigen inneren Reformen von der Finanzierungsfrage überschattet. Bis 1999 muß der neue Finanzrahmen für den Zeitraum 2000 bis 2006 beschlossen werden, und die Europapolitik der Bundesregierung leistet sich hierbei meines Erachtens den strategischen Fehler, einerseits die

(Ute Erdsiek-Rave)

Reform der Subventionen zu blockieren und andererseits die Senkung der eigenen Beiträge zu verlangen.

Wer denen, die immer lautstark kritisieren, Deutschland sei der Zahlmeister Europas, nicht ehrlich sagt, daß dies ohne eine grundlegende **Reform der Finanzen**, also der Subventionen und auch der Strukturfonds, nicht geht, auch der schadet dem europäischen Gedanken.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Schleswig-Holstein und die Länder sind auf neue Regelungen angewiesen, um planen zu können. Wir begrüßen es deshalb sehr, wenn im Bereich der Strukturpolitik die Empfehlung der Europäischen Kommission lautet, eine stärkere Konzentration der Finanzen auf bedürftige Regionen vorzunehmen.

Eine integrierte **Regional- und Strukturförderung** ist unser Ansatz, der eben nicht Gegensätze zwischen Zentren und ländlichem Raum schafft. Europa gruppiert sich um die neuen Zentren, die mit dem Abbau von Handelshemmnissen entstehen: London, Frankfurt, Mailand - das ist der neue produktive Gürtel. Aber solche Regionen erscheinen nur als Ziffern in der Produktivitätsstatistik. Politisch, sozial und kulturell fehlt ihnen jede Kontur. Das ist der Unterschied auch zu den Chancen, zu den historisch und kulturell gewachsenen Chancen des Ostseeraums.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Europäische Integration wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn auch die anderen Regionen, die gewachsenen Bereiche finanziell und politisch berücksichtigt werden.

In diesem Sinne ist die Chance für eine grundlegende Reform zum Beispiel in der auch für uns so wichtigen europäischen **Agrarpolitik** noch nicht genutzt. Aber eines ist ja klar: In Bereichen, in denen eine Reform die Abschaffung von Pfründen und Vorteilen bedeutet, wird mit Sicherheit nicht nur jeder Subventionseuro dreimal umgedreht, sondern wird auch der Bundeskanzler zweimal nachdenken, ehe dann womöglich alles so bleibt, wie es ist.

Wir werden insbesondere dann, wenn mittel- und ost-europäische Staaten in den Zug einsteigen sollen - das sollen sie, weil dies mehr als nur eine Frage der Angleichung ist; sie ist eine historische Verpflichtung, sie ist eine Frage des dauerhaften Friedens in Europa -, das europäische Tempo drosseln müssen. Wir werden diese Situation nutzen müssen, um auch noch einmal über die Reform mancher Institution in Europa nachzudenken.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich nenne nur beispielhaft die Stimmenverteilung und die Struktur der Europäischen Kommission.

Osterweiterung und europäische Finanzen sind eben noch nicht austariert. Wir werden das in den Regionen spüren. Machen wir uns nichts vor. Deswegen ist es so wichtig, daß wir weiterhin zum Beispiel die für uns so wichtigen INTERREG-Mittel insgesamt erhalten. Trotzdem: Auf längere Sicht - wir tun gut daran, bald damit anzufangen - werden wir nach neuen Wegen suchen müssen, um europäische Gelder überhaupt noch ins Land zu holen oder sie durch andere Maßnahmen zu ersetzen, was schwierig genug sein wird.

Schon deshalb ist übrigens die Diskussion über den **Länderfinanzausgleich** zu diesem Zeitpunkt nahezu gespenstisch. Ich rate wirklich dazu, auf diese Wahlkampftöne aus dem tiefen Süden jedenfalls in dieser Form nicht zu hören.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sie sind politisch unausgegoren, und sie sind durch eines gekennzeichnet: durch die nicht sehr vornehme Blässe der Parteilichkeit und der Kleinstaaterei.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Angriffe auf den Länderfinanzausgleich sind im übrigen ein fundamentaler Angriff auf den Aufbau Ost und auf die Solidarität zwischen den Ländern im Westen und im Osten.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Und das gerade aus Bayern! Man könnte darüber die Überschrift setzen: „Ohne Rücksicht auf Verluste!“

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zum Glück ist ja nun dafür eine Mehrheit nicht in Sicht - auf lange Zeit nicht in Sicht. Ich hatte bisher die Hoffnung, daß Sie, Herr Kayenburg, mit Ihrer Fraktion unserem Antrag deshalb auch zustimmen könnten. Aber ich stelle fest, nachdem ich gehört habe, was Sie dazu gesagt haben und auch nach dem, was der Kollege Stritzl hier vorschlägt - nämlich Verschiebungstaktik, keine Position beziehen -,

(Günter Neugebauer [SPD]: Oh, oh!)

daß Sie in dieser Diskussion nicht bereit sind, die

(Ute Erdsiek-Rave)

Interessen des Landes Schleswig-Holstein zu vertreten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Gerade in einem neuen Europa setzen wir auf starke und wettbewerbs- und konkurrenzfähige **Regionen und Bundesländer**. Wenn man jetzt diese Basis zerstört, dann ist das so, als würde man vom fahrenden Zug springen. Das ist bekanntlich aus guten Gründen verboten. Deshalb werbe ich an dieser Stelle auch noch einmal für den kooperativen Föderalismus, den wir in der Bundesrepublik entwickelt haben und dessen Ansätze übrigens auch für die europäischen Partner wichtig sind und die sehr genau beobachtet werden.

Ich werbe zugleich auch für seine Weiterentwicklung und seine behutsame Reform, und ich finde, daß die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin dafür in sehr abgewogener Weise die richtigen Felder beschrieben hat.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Am 1. Januar 1999 beginnt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, und sie wird - davon bin ich zutiefst überzeugt - unter sozialdemokratischer Führung stehen.

(Beifall bei der SPD - Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut! - Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Den Kandidaten kennen wir ja mittlerweile. Das ist gut so.

Für das **Europäische Parlament** sind nun mehr Rechte verankert worden; das Parlament ist deshalb schon einer der Gewinner des Amsterdamer Vertrages. Das ist wichtig, denn Europa setzt auf starke Regionen, und die Regionen setzen auf ein starkes Europa. Wir haben die Weichen gestellt. Die Mitreisenden haben ihre Plätze gefunden. Der Zug hat sich in Bewegung gesetzt. Sein Ziel ist klar: ein friedliches und starkes Europa der guten Nachbarn.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war die deutlich bessere Regierungserklärung, wenn ich das anmerken darf!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Abgeordneter Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen - auch Herr Kayenburg! Ich möchte Sie als einen Menschen aus der Opposition ansprechen, den ich bisher auch als jemanden schätzen gelernt habe - ich sage das ganz offen -, mit dem man gut reden konnte, den ich für dialogfähig halte. Um so enttäuschter bin ich eigentlich von dem, was Sie uns hier heute - ich sage es einfach einmal so - zugemutet haben. Ich finde es schade, daß wir diese Debatte verschenken oder daß Sie jedenfalls den Versuch gemacht haben, diese Debatte an eine total rückwärtsgewandte - ich sage es so - und auch Wahlkampfrede,

(Thorsten Geißler [CDU]: Ach!)

die an dieser Stelle überflüssig war, zu verschenken.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich kann das überhaupt nicht verstehen und finde das nur bedauerlich. Eigentlich habe ich gedacht, an dieser Stelle wäre nun wirklich einmal eine Möglichkeit gewesen, auch in die Zukunft zu gucken, gemeinsam Konzepte zu entwickeln und zu sagen, ja, gut, okay, da gibt es Übereinstimmung, da gibt es keine Übereinstimmung; schauen wir einmal. Hier hätten wir Zeit gehabt, hier hätten wir fernab von jedem Wahlkampf wirklich einmal schauen können, wohin denn politisch über die Parteien hinweg eine Reise gehen kann.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wenn die Regierungserklärung dafür die Basis gegeben hätte, gern!)

Aber das, was Sie geboten haben, kann ich verkürzen auf die schlichte Formel: eine Autobahn nach Kappeln, besser Autobahnbau statt moderner Technologieförderung. In Ihrer Aufzählung haben eigentlich nur noch die Kormorane gefehlt, um das ganze Arsenal grüner Hafttiraden vollständig zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Ich sage nur einmal eines, weil es ja auch um **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** geht: Gerade dann, wenn Sie Dänemark erwähnen und sagen, mit Dänemark wird das alles ganz bestimmt nicht klappen, dann haben Sie irgendwie nicht hingehört.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben nicht hingehört! Das habe ich überhaupt nicht gesagt! Sie müssen einmal zuhören!)

Dänemark ist der Vorreiter der ökologischen Steuerreform. Mit Dänemark würden wir unsere Projekte

(Ute Erdsiek-Rave)

auf alle Fälle klar durchziehen können und hätten nicht die Schwierigkeiten, die Sie uns hier ankündigen. Sie sagen: „Große Worte ohne Inhalt“, und ich sage: „Großes Geschimpfe aus der Mottenkiste der Vergangenheit ohne Konzeption für die Zukunft“.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das **Europa des Föderalismus** muß ein **Europa der Parlamente** und nicht eines der Bürokratie sein. Unter diese Überschrift stelle ich meine Rede.

Die Ministerpräsidentin hat uns soeben plastisch vor Augen geführt - wir haben es gestern schon diskutiert -, welche Veränderungen der politischen und kulturellen Landschaft Europas sich nach der Einführung der neuen gemeinsamen Währung abzeichnen. Das ist jedenfalls die Hoffnung und die Vision, die wir hier haben.

Es ist eben kein Zufall - auch hier begreife ich die Kurzsichtigkeit auf der rechten Seite des Hauses nicht -, daß wir gerade jetzt, parallel zur Einführung des Euros, eine Debatte über die zukünftige Aufgabenverteilung innerhalb des Staatengefüges der Bundesrepublik und über die **Verteilung** der finanziellen Ressourcen führen. **Aufgaben** und finanzielle **Mittel**, die noch bis ins letzte Jahrzehnt auf die drei Ebenen Kommunen, Länder und Bund verteilt waren, werden spätestens mit der Währungsunion von vier Ebenen wahrgenommen.

Uns allen wird jetzt zur Jahrtausendwende bewußt, daß das Ordnungssystem, mit dem wir groß geworden sind, schon bald der Vergangenheit angehören wird. **Länder** und **Kommunen** fordern in diesem Zusammenhang zu Recht eine Stärkung ihrer politischen Bedeutung. Die Erfahrungen aus den 50 Jahren bundesdeutscher Staatsgeschichte lehren uns, darauf zu achten, daß der Bau des europäischen Hauses nicht mit einer weiteren Zentralisierung einhergeht, sondern daß im gleichen Atemzug mehr und mehr Aufgaben auf die regionalen Ebenen verlagert werden.

Wenn der Staatenbund Europa von seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern getragen werden soll, muß es ein **Europa der Regionen** und der Parlamente sein.

(Beifall der Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Holger Astrup [SPD])

Hier liegt eine der großen Hoffnungen und Chancen des europäischen Einigungsprozesses. Ich kann nur hoffen, daß dieses Gebot der Zeit in der europäischen Wirklichkeit seine Umsetzung findet. An uns soll es nicht liegen.

Die Bundesebene wird sich mit zunehmender Verlagerung von Aufgaben nach ihrer zukünftigen Funktion

fragen lassen müssen. Von vielen Seiten wird zu Recht davor gewarnt, daß der **Bund** aus reinem Überlebensinteresse im **Wettbewerb** der politischen Ebenen den **Ländern** Kompetenzen beschneiden möchte. Die Auseinandersetzungen um die Zustimmungspflichtigkeit des Bundesrates zur Atomgesetznovelle oder zum Energierecht bieten uns einen Vorgeschmack darauf. Wer von uns weiß denn, wie die politischen Konstellationen in 30 Jahren oder vielleicht auch im nächsten Jahr aussehen werden? 1989 haben wir auch nicht gewußt, was 1990 sein würde. So schnell kann es manchmal gehen.

Noch werden in Berlin Paläste für den neuen Regierungssitz errichtet. Die größte Baustelle Europas dient der Neuschaffung eines nationalen Regierungssitzes. Das alles geschieht parallel zum wohl bedeutendsten Ereignis auf dem Weg zur europäischen Einigung, der Einführung einer gemeinsamen Währung.

Ich sagte bereits zu Beginn, daß ich es nicht für zufällig halte, daß die Diskussion um den **Länderfinanzausgleich** ausgerechnet parallel zu den Entscheidungen zur Währungsunion entflammt. Mit den europäischen Änderungen werden auch Änderungen im Staatsgefüge der Bundesrepublik einhergehen. Frau Simonis hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es schon sehr verwundern muß, daß die Länder Bayern und Baden-Württemberg noch vor drei Jahren der Neuregelung zugestimmt haben und das System nun - man sollte vielleicht sagen - zum Teufel wünschen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Unerhört!)

Sicherlich kann am derzeitigen Finanzausgleich einiges kritisiert werden. Wenn von 100 DM Mehreinnahmen des Saarlandes gerade noch 1 DM im Land übrigbleibt, fehlen in der Tat Anreize für eine Erhöhung des Steueraufkommens. Daß aber ausgerechnet die reichsten Länder die Finanzverteilung in Frage stellen, macht deutlich, daß es bei der Diskussion nicht um die Korrektur systematischer Fehler geht. Es geht darum, die **Solidarität** unter den **Ländern** und insbesondere mit den ostdeutschen Ländern in Frage zu stellen, um Stimmen in der bayerischen Landtagswahl zu gewinnen. Das halte ich für unseriös.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Ich höre!)

- Herr Kayenburg, für Sie eine kleine Anmerkung: Die westlichen rot-grün regierten Länder gehören im letzten Jahr samt und sonders zu den Geberländern im Finanzausgleich. Das macht uns stolz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Irene Fröhlich)

Für uns bleibt jede Lösung indiskutabel, die sich aus der Solidarität der Finanzierung staatlicher Aufgaben zwischen den Ländern verabschiedet und vor allem die Solidarität mit den ostdeutschen Ländern in Frage stellt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir fänden es aber gut, wenn tatsächlich die horizontale, aber vor allem auch die vertikale Verteilung der Steuern im Lande einmal grundsätzlich diskutiert würde. Dabei gehört die **Steuerhoheit von Ländern und Kommunen** ebenso auf die Tagesordnung wie eine durchschaubare Verteilung der einzelnen Steuerarten auf die einzelnen Ebenen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Uwe Döring [SPD])

Der Finanzausgleich als Abbild unseres konfusen Steuersystems läßt sich im Rahmen einer Steuerreform nicht ausklammern.

Frau Simonis hat in ihrer Regierungserklärung auch auf die Probleme und Gefahren der Währungsunion hingewiesen. Die Diskussion um den **Euro** verdeutlicht aus meiner Sicht ein Problem der heutigen Zeit: Das alles bestimmende Thema Geld- und Finanzpolitik soll nicht das Übergewicht bekommen. Die Diskussion um Werte und Inhalte des zukünftigen Europa tritt dabei in den Hintergrund.

Europa läuft Gefahr, zu einem Europa des Geldes und der Bürokratie zu werden. Das wird dem europäischen Gedanken nicht gerecht. Die europäische Einigung ist das vorläufige Ergebnis einer langen, schwierigen kulturellen Entwicklung dieses Kontinents. Wenn die kulturelle Entwicklung nicht ihren Niederschlag in der Realität der **Europäischen Union** findet, wird diese ihre Aufgabenstellung nicht erfüllen.

Die Idee der europäischen Einigung gewann ihre Kraft aus den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. Sie ist die Idee von der Überwindung nationalstaatlicher Konfrontation zugunsten der internationalen Kooperation.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne ein starkes **Europäisches Parlament** und starke demokratische Einflüsse der Regionen werden wir die nationalstaatliche Ordnung allerdings nicht überwinden. Die europäische Währungsunion mag der bisher bedeutendste Schritt in der europäischen Einigung sein. Die Auseinandersetzung um die europäische Politik steht jedoch nach wie vor am Anfang.

Ich weise auf einen für mich wichtigen Satz in der Rede meiner Kollegin Erdsiek-Rave hin: Das Europa

der Zukunft darf nicht an seinen Grenzen halmachen. Lassen wir uns dieses **Europa** nicht als Festung begreifen, sondern als Gemeinschaft, die die konstruktive **Partnerschaft** mit ihren Nachbarn sucht! Dem Land Schleswig-Holstein kommt hierbei sicherlich eine besondere Bedeutung zu, die wir mit unseren Aktivitäten im Ostseeraum wahrnehmen wollen.

Frau Erdsiek-Rave, ich fand Ihr Bild von dem Kraftdreieck Kiel-Kopenhagen-Südschweden, sehr anziehend

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stockholm!)

und eine gute Möglichkeit, genau das zu tun, was getan werden muß. Es muß uns gelingen, auch historische Handels- und Verbindungswege der Ostseeanrainer wieder mit Leben zu füllen. So können wir gleichzeitig zur Belebung des politischen Werdeprozesses der EU beitragen und partnerschaftliche Beziehungen zum vielleicht wichtigsten Nachbarn der EU, der Russischen Republik, pflegen.

Die weitere Entwicklung Europas im Zuge der **Aagenda 2000** wird uns allerdings auch damit konfrontieren, daß der europäische Geldsegen ein Ende haben wird. Mit ihren Ankündigungen zur Reform der Agrarförderung und der Strukturfonds hat die EU-Kommission bereits deutlich gemacht, wohin die Reise geht. Die finanziellen Ressourcen werden erheblich knapper werden, und es wäre naiv zu glauben, daß wir den europäischen Geldsegen aus den Fördertöpfen dauerhaft erhalten können.

In diesem Sinne sollten wir heute darüber nachdenken, wie wir uns auf die strukturellen Veränderungen einstellen und eine entsprechende Vorratspolitik betreiben, anstatt - wie Landwirtschaftsminister Borchert - sich den unbestreitbar notwendigen Änderungen zu verschließen. Es fehlt ihm offenbar der Mut, den Menschen Klarheit zu verschaffen. Der fehlt den Grünen nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ohne eine ökologische Steuerreform, Herr Kayenburg, wird es nicht funktionieren. Wir würden es nicht schaffen, die Stärken unserer Länder zu entwickeln, um dann unabhängige und eigenständige Mitglieder in Europa zu werden. Ich sehe Schleswig-Holstein hier auf einem guten Weg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Irene Fröhlich)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich die Besuchergruppe der Realschule Tellingstedt.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch nach mehrmaliger Lektüre der **Regierungserklärung** der Ministerpräsidentin ist mir nicht klar geworden, welchen Sinn dieses Papier eigentlich hat. Es enthält keinen einzigen konkreten Vorschlag. Es bleibt völlig unverbindlich. Der Neuigkeitswert ist gleich Null.

(Thorsten Geißler [CDU]: Richtig!)

- Herr Kollege Geißler, nach dem Anhören der Rede der Fraktionsvorsitzenden der SPD, Ute Erdsiek-Rave, möchte ich erklären, daß sie die deutlich bessere Regierungserklärung gehalten hat.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich empfehle das nochmalige Nachlesen. Es waren einige sehr interessante Ansätze enthalten, die es weiterzuverfolgen gilt. Ich bin übrigens gespannt auf die Regierungserklärung von Gerd Walter zu einem ähnlichen Thema.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Die F.D.P. hat zehn Minuten Redezeit angemeldet. Kollege Klug und ich werden uns bemühen, uns diese Redezeit zu teilen und sie zu füllen.

Bei der Diskussion um die europäischen Ansätze möchte ich mich auf ganz wenige Anmerkungen beschränken, von denen ich glaube, daß sie in der allgemeinen Diskussion unterzugehen drohen.

Die erste Anmerkung richtet sich an unsere Freunde der grünen Fraktion. Ich hätte mir gewünscht, Frau Fröhlich, Sie hätten in der heutigen Europa-Debatte beispielsweise auch zu der Frage Stellung genommen, was wir denn mit den beitrittswilligen osteuropäischen und baltischen Staaten im Rahmen der **NATO-Erweiterung** tun sollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich sage das in allem Ernst, Kollegin Erdsiek-Rave. Wir haben ja an Parlamentarierdiskussionen teilgenommen, und wir wissen um die Befindlichkeiten vor Ort. Den Menschen, den Parlamentariern und den Regierungen dort ist nicht zu vermitteln, daß ausge-

rechnet die Bundesrepublik Deutschland oder politische Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland der Auffassung sind, daß Polen oder die baltischen Staaten zwar in die EU, nicht aber in die NATO aufgenommen werden sollten, die ebenfalls Bestandteil einer gemeinsamen Wertegemeinschaft sein kann und auch werden soll. Diese Zurückweisung verstehen sie nicht. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten das erläutert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die zweite Anmerkung geht an die Ministerpräsidentin. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben mögliche Folgen der **Wirtschafts- und Währungsunion** anscheinend bis heute nicht erkannt. Jedenfalls haben Sie sie nicht dargestellt. Sie träumen wohl immer noch von einem Europa, das die hohen deutschen Standards überall übernimmt, weil dann ja alle Menschen glücklich sind. Daß eine Politik, die sich für ökonomisch Ungleiche an gleichen Sozialstandards orientiert, nur Arbeitslosigkeit produziert, scheint Ihnen nicht klar zu sein. Jedenfalls weisen Sie auf die damit verbundenen Gefahren nicht hin. Eine **Sozialpolitik**, die sich nicht an ökonomischen Ungleichheiten orientiert, muß unweigerlich zu einem Ausbau der Ausgleichssysteme innerhalb der EU führen, was innerhalb einer sehr kurzen Frist den finanziellen Kollaps der EU bedeutet. Machen wir uns nichts vor. Die Anpassungsprobleme der ostdeutschen Wirtschaft sollten uns allen ein warnendes Beispiel sein.

Die EU, so sagen Sie, soll **Standards** schaffen, die Ausbeutung verhindern und vor unlauterer Konkurrenz schützen. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie wirklich Europa meinten oder die Dritte Welt. Welchen Steuersenkungswettlauf in Europa meinen Sie eigentlich, Frau Ministerpräsidentin, der nach Ihrer Einschätzung zur Handlungsunfähigkeit vieler Gemeinwesen führt? Mir ist das nicht ganz ersichtlich. Eigentlich scheint es doch so, daß ausgerechnet diejenigen Länder, die eine Steuerreform mit Steuersenkungen durchgeführt haben, zu den erfolgreichen Staaten Europas gehören und daß Deutschland nicht wegen zu niedriger, sondern wegen zu hoher Steuern Probleme hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

- Herr Kollege Rossmann, ich bin begeistert. Sie müssen sehr viel von Ökonomie verstehen, da Sie immer das Beispiel **Dänemark** anführen. Diese Population wird von Nordrhein-Westfalen um das Vierfache geschlagen, und zwar nicht nur, was die Bevölkerungszahl angeht, sondern auch im Hinblick auf das Bruttoinlandsprodukt. Sehen Sie sich einmal Groß-

britannien an. Ich hätte mir gewünscht, daß die Ministerpräsidentin etwas zur New-Labour-Politik gesagt hätte, anstatt nur Laber-Politik vorzuführen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was macht denn Tony Blair in **Großbritannien** mit den sozialen Sicherungssystemen? Er baut sie doch nicht aus, sondern er beschneidet, er schneidet sie zu auf die wirklich Bedürftigen. Was erklärt denn Ihr Ministerpräsidentenkandidat in Nordrhein-Westfalen zu der Frage, wie das künftige Sozialsystem in **Deutschland** aussehen muß? Sie können es nachlesen: Nicht zurücknehmen, wenn es zur Erhöhung von Kosten führen wird, sondern beibehalten. Lesen Sie es nach. Herr Clement sagt: sich auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren. Wer eine ihm zugewiesene oder eine mögliche Stelle ablehnt, hat den Anspruch auf entsprechende Sozialleistungen verwirkt. Das sind doch völlig neue Töne von Sozialdemokraten, die es zu diskutieren und zu verfolgen gälte. Was wird denn in Europa passieren? Niemand - kommen Sie doch weg von diesem Gedanken - wird sich an den vergleichsweise hohen deutschen Standards orientieren, wenn er damit die Arbeitslosigkeit in sein Land bekommen würde.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und - ich sage es noch einmal ganz deutlich - wenn Sie schon Schleswig-Holstein als Modell vorführen, dann wäre es gut, wenn die öffentliche Hand bei der Umstellung auf den Euro vorangegangen wäre und die Umstellung nicht als Letzte vornähme. Auch hier wäre es möglich gewesen, Signale zu setzen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Ihren Aussagen zum **Länderfinanzausgleich**. Die Probleme Mischfinanzierung, fehlende Steuerautonomie der Länder, Korrekturbedürftigkeit des Länderfinanzausgleiches - in gewissen Umfang - sind als solche bekannt. Leider finden sich nicht einmal ansatzweise Lösungsvorschläge, die aber - das habe ich gerade von Frau Fröhlich gehört - andere Parteien auf den Tisch legen sollen. Wir können von Ihnen auch Aussagen darüber erwarten, welche Vorstellungen Sie von einer möglichen Neuordnung des Länderfinanzausgleiches haben, und zwar unabhängig von der Frage, ob das jetzt oder erst im Jahre 2004 diskutiert werden soll, wenn die bisher gültige Regelung ausläuft.

Frau Ministerpräsidentin, ich habe Verständnis dafür, daß sich Länder wie Bayern und Baden-Württemberg schlicht und ergreifend weigern, in anderen Ländern, in denen sie keine Einflußmöglichkeit auf den politischen Gestaltungsraum haben, bestimmte Dinge mitfinanzieren zu müssen. Der Kollege Döring aus Baden-Württemberg, von dem ja der Wirtschaftsminister

unseres Landes schon viel geredet hat, fragt mich immer: Wie erkläre ich meinen Steuerzahldern in Baden-Württemberg, daß bei uns Mittel abgezogen werden, damit sich Herr Lafontaine in seiner Landesvertretung einen Koch leisten kann? Wie erklären wir es beispielsweise, daß kleinere Länder für ihren erhöhten Repräsentationsaufwand beim Bund aus Bundesmitteln Zuzahlungen erhalten? Müssen wir uns nicht fragen, ob bestimmte Repräsentationsaufwendungen kleinerer Länder in der Form, in der sie stattfinden, überhaupt gerechtfertigt sind? Dazu fehlt jede Erklärung.

Sie wollen auch, daß über die Frage, welchen Grad an Verschiedenheit die bundesdeutsche Gesellschaft will, grundsätzlich nachgedacht wird. Die Antwort haben Sie eigentlich schon gegeben. Mehr Autonomie bedeutet auch mehr Gestaltungsspielraum, der zwangsläufig mit der Akzeptanz einer größeren Ungleichheit einhergehen muß. Wenn Sie in einer Region eine größere **Autonomie** herstellen wollen, dann kommen Sie auch zu einer größeren **Ungleichheit der Regionen**. Das ist völlig klar.

Dies verträgt sich aber nicht mit einem stark nivellierenden Länderfinanzausgleich, der, wie jetzt, Erfolge nicht dort beläßt, wo sie entstehen, sondern umverteilt und damit vor Ort jeden Anreiz für Verbesserungen nimmt. Man kann sich über die Größenordnung unterhalten; aber auch ich habe Verständnis dafür, daß die Länder, die sich sozusagen ökonomisch fortschrittlich bewegen, mehr behalten wollen als bisher. Wenn Sie sich ansehen, welche Umverteilungsmechanismen wir in Gang gesetzt haben, dann wirkt das mittlerweile manchmal wirklich sehr komisch.

Daß dies nicht nur in Baden-Württemberg und Bayern diskutiert wird, können Sie den heutigen „Kieler Nachrichten“ entnehmen. Ich habe dort nachlesen können, welch wirtschaftspolitischen Sachverstand die Kollegen Saxe und Müller haben. Sie haben die Auffassung vertreten, daß mit der Förderung der ostdeutschen Häfen endlich Schluß sein müsse, weil damit eine Konkurrenz zu Lübeck und Kiel entstehen würde, die nicht gerechtfertigt sei. Nun sagen also Sozialdemokraten, die bisherige Förderung Ost solle aufhören, damit sie den Leuten in ihren jeweiligen Wahlkreisen erklären können, daß sie sich massiv für die Arbeitsplätze vor Ort und nicht für die Arbeitsplätze anderswo einsetzen. Herr Kollege Saxe, Sie müssen mit Ihrer Ministerpräsidentin und Ihrer Fraktionsvorsitzenden in einen Austausch darüber eintreten, ob wir die Ostförderung beibehalten sollten oder nicht. Beides gleichzeitig zu erklären, ist jedenfalls nicht möglich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über den Rest der Erklärung der Ministerpräsidentin wollen wir lieber den Mantel des Schweigens decken. Es ist in Ordnung, wenn Sie die **Kooperation von Schleswig-Holstein mit den Anrainerstaaten im Ostseeraum** würdigen. Schleswig-Holstein hat hierzu sehr viel getan. Das ist unbestritten. Hier haben auch - das sage ich ausdrücklich - die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein mit verschiedenen Repräsentanten sehr viel getan, was beispielhaft ist. Das ist von niemandem von uns je bestritten worden. Das haben wir immer wieder erklärt. Aber ich sage noch einmal: Es reicht nicht aus, sich für das zu loben, was man in der Vergangenheit getan hat. Man muß sich auch fragen, wie man das in der Zukunft weiter gestalten will. Es wird auch in Zukunft eine Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten geben, mit oder ohne EU, mit oder ohne WWU. Ich würde mich freuen, wenn in diesem Kräfteleck Kopenhagen-Göteborg-Kiel eine Konzentration auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten herbeigeführt werden könnte, um diesen Raum zu einem Wachstumsraum, der er ja sein kann, werden zu lassen. Wir sollten nicht ständig die großen Infrastrukturprojekte, die uns andere Länder vorleben, beschreiben, statt im eigenen Lande dafür zu sorgen, daß die Infrastrukturpolitik eine Fortsetzung findet. Ich rede jetzt nicht nur von der A 20. Auch die Øresund-Querung und die Querung des Großen Belts werden uns auf der Strecke Flensburg - Hamburg erhebliche Probleme bereiten. Wenn wir nicht schnell genug hierauf reagieren, dann reden wir nur über das Wachstum innerhalb dieses Dreiecks, verwirklichen werden wir es dann aber nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerendonk.

Anke Spoerendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist die Einführung der **Wirtschafts- und Währungsunion** ein Meilenstein in der Geschichte Europas. Denn bei der Einführung des **Euro** ab dem 1. Januar 1999 geht es nicht einfach darum, ob wir in Zukunft ein paar Wechselgebühren sparen oder endlich überall in Europa mit gleichem Geld bezahlen können. Es geht vielmehr um die Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union. Denn durch die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion kommt man dem Ziel eines vereinten Europas sehr nahe. Die Einführung des Euro wird den Zwang zur Harmonisierung der Sozial- und Steuersysteme zwischen den europäischen Staaten nochmals verstärken.

Die Ministerpräsidentin spricht in Ihrer Regierungserklärung von einer gemeinsamen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik für die Europäische Union. Ich befürchte aber, daß nicht die deutschen oder skandinavischen Standards als Maßlatte dieser Harmonisierung dienen werden. Für viele mag ein vereintes Europa in Form einer Union mit einer gemeinsamen Politik auf diesen Gebieten ein erstrebenswertes Ziel sein. Doch man muß eine solche politische Union - die ist es dann - in der Öffentlichkeit auch offensiv vertreten, und man kann sie nicht durch die Hintertür über eine Wirtschafts- und Währungsunion einführen. Es war schon bemerkenswert, daß in der Anhörung des Landtages zum Thema Währungsunion ausschließlich politische, keine wirtschaftlichen, keine finanziellen Argumente angeführt worden sind.

Die bisherigen Probleme mit der Akzeptanz der europäischen Kooperation sind auf die Zielsetzung der EU-Zusammenarbeit zurückzuführen. Da kann es nicht verwundern, daß die Skepsis der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Einführung des Euro in vielen Ländern der EU sehr groß ist. Die gängigen Argumente für die Einführung des Euro tragen unserer Meinung nach zur Skepsis bei.

Es gibt genug Wirtschaftsfachleute und Ökonomen, die nicht die Ansicht beispielsweise von Europaminister Walter teilen, daß der Euro die Schlüsselantwort auf die Globalisierung sei. Man muß es noch einmal ganz klar sagen: Eine neue Währung allein löst überhaupt keine Probleme - im Gegenteil. Die Ministerpräsidentin hat es selbst in ihrer Regierungserklärung gesagt: „Der Euro ist kein Allheilmittel gegen die Massenarbeitslosigkeit.“ Es freut mich, daß dies so deutlich gesagt wird. Andere Spitzendpolitiker sagen dies nicht so klar und deutlich.

Der SSW tritt weiterhin dafür ein, daß der sozialen Dimension in der gemeinschaftlichen Politik Vorrang einzuräumen ist. Beschäftigungspolitische Ziele und eine aktive Arbeitsmarktpolitik müssen angesichts von fast 18 Millionen Arbeitslosen in ganz Europa Vorrang vor den Zielen der Währungsunion haben. Der frühere Vorsitzende der EU-Kommission, Jacques Delors, warnte schon 1994 vor einem sozialen Erdbeben, wenn die Wirtschaftspolitik der wichtigsten Länder so weitergeführt würde. Leider hat aber keine Änderung stattgefunden. Die sozialen Probleme sind sogar größer geworden. Durch die Wirtschafts- und Währungsunion besteht die Gefahr, daß diese verkehrte Wirtschaftspolitik verstärkt fortgesetzt wird.

Deshalb ist die Einführung des Euros zum jetzigen Zeitpunkt nicht die Lösung der sozialen Probleme

(Wolfgang Kubicki)

Europas, sondern dieser Schritt kann im Gegenteil - zumindest kurzfristig - die Probleme in vielen Ländern noch erheblich verschärfen.

Soviel heute zum Thema Wirtschafts- und Währungsunion.

Schleswig-Holstein braucht ein starkes Europa. Dieser Einschätzung wird sich hier sicherlich jeder anschließen. Das ist ja bereits aus den Reden deutlich geworden. Die Frage jedoch, was ein starkes Europa ist, kann sehr unterschiedlich beantwortet werden und wird auch sehr unterschiedlich beantwortet.

Wir meinen, daß die Einhaltung der Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und die demokratische Selbstbestimmung der Völker die dauerhafte Garantie für ein friedliches Zusammenleben in Europa - für ein starkes Europa - bieten. Ob diese Zielsetzungen durch die zunehmende Zentralisierung der Entscheidungsprozesse in Brüssel umgesetzt werden können, möchte ich allerdings bezweifeln.

Damit aber kein falscher Zungenschlag entsteht, möchte ich noch einmal betonen: Europäische Zusammenarbeit ist wichtig und wird in Zukunft stets wichtiger werden. Was wir nicht wollen, ist eine Zentralisierung, ein Zentralismus à la Brüssel. Denn die Aussage, daß Schleswig-Holstein - ja sogar das größer gewordene Deutschland - heute zu klein sind, um alle Probleme allein lösen zu können, stimmt ja. Aber daß die Antwort darauf heißen soll, noch mehr Kompetenzen aus den verschiedenen Politikbereichen nach Brüssel abzugeben - wie das aufgrund des Euro der Fall sein wird - muß bestritten werden.

Wir brauchen die enge internationale Zusammenarbeit aller europäischen Staaten und Regionen - kein Zweifel. Der SSW bleibt aber bei seiner Auffassung, daß die Bevölkerung sowie die nationalen Parlamente verstärkt in die **Entscheidungsprozesse** einbezogen werden müssen.

Als Alternative zum Europa der Nationalstaaten präsentiert uns die EU die Vision eines Europas der Regionen, wobei der Begriff der **Regionen** heute bereits problematisiert worden ist. Auch die Landesregierung weist darauf hin, je mehr Kompetenzen die Mitgliedstaaten an die EU abgeben, desto notwendiger brauchen die Menschen einen Nahbereich, in dem sie überschaubarer und mit Aussicht auf erkennbare Resultate handeln, mitbestimmen und mitgestalten können.

Genau diese Zielsetzung ist mit der bisherigen EU-Regionalpolitik aber nicht erreicht worden. Sicherlich hat beispielsweise Schleswig-Holstein - und auch der Landesteil Schleswig - von EU-Programmen - als Beispiel nenne ich INTERREG - finanziell profitiert. Nur sind diese Programme nicht von der Region defi-

niert und mitgestaltet worden, sondern die Region hat ihre Bedürfnisse den Programmen angepaßt. Viele fürchten, daß sich diese Entwicklung in Zukunft noch verstärken wird.

Mehrfach ist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit von grenzüberschreitender Zusammenarbeit hingewiesen worden. Auch dazu steht der SSW. Das habe ich bereits mehrfach in diesem Hause angeprochen. Wir meinen aber, daß es unterschiedliche Wege zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gibt und geben muß.

Die Kooperation im **Ostseeraum** ist zu Recht als eine der Erfolgsgeschichten der schleswig-holsteinischen Politik beschrieben worden. Denn gerade die Ostsee-Kooperation aller Ostsee-Anrainerstaaten einschließlich Island und Norwegen hat gezeigt, daß eine Zusammenarbeit zwischen Staaten und Regionen ohne eine Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen, ohne weitere Formalisierung und ohne Aufgabe der nationalen Eigenständigkeit erfolgreich sein kann.

Jetzt, wo sich die EU verstärkt um die Ostsee-Kooperation bemüht und sich mehr einschalten will, ist aber vorhersehbar, daß sich die Rolle Schleswig-Holsteins verändern wird. Für uns besteht die Aufgabe darin, zu definieren, wie die Rolle Schleswig-Holsteins künftig auszusehen hat. Ich bin der Meinung, wir haben Vorteile, wir haben Stärken, die weiterhin von Bedeutung sein werden und die auch in diese neue Diskussion ganz klar eingebracht werden müssen.

Starke Länder für Europa - das verlangt nach einer Stärkung der Länder in Deutschland. Dieser Aussage können wir uns ohne weiteres anschließen. Aber in der Realität sind doch gerade die Bundesländer durch die Entwicklung der letzten Jahre sehr geschwächt worden. Die Europäische Union hat mehr Kompetenzen an sich gezogen, und im Gegenzug hat der Bund den Ländern mehr Kompetenzen abgerungen. Gleichzeitig ist die Finanzkraft der Länder stark ausgehöhlt worden. Deshalb stellt sich natürlich die Frage, wie wir die Position der Bundesländer stärken. Wir meinen, daß diese Stärkung innerhalb des föderalen Systems der Bundesrepublik geschehen sollte und auch geschehen muß.

Wir teilen die Auffassung der Ministerpräsidentin, daß Korrekturbedarf besteht, daß einiges auf den Prüfstand gehört. Es kann nicht angehen, daß Bundesländer, die 40 Jahre vom Länderfinanzausgleich profitiert haben, diesen in Zweifel ziehen, weil sie meinen, jetzt zuviel zu bezahlen.

(Anke Spoerendonk)

Der SSW ist der Ansicht, daß es wünschenswert und richtig wäre, die Steuerhöhe der Länder - in Klammern möchte ich hinzufügen, auch die Steuerhöhe der Kommunen - zu stärken. Da müssen wir umdenken.

Wir wollen auf kommunaler Ebene, aber natürlich auch auf Länderebene weniger Mischfinanzierung haben. Wir meinen, daß es ein richtiger Schritt ist, dies zur Sprache zu bringen. Das Ziel muß weiterhin heißen: Gleiche Lebensbedingungen für alle Menschen in Deutschland.

Starke Länder - auch in Deutschland - sind aus Sicht des SSW ganz sicher die Basis eines zusammenarbeitenden Europas. Was es heißt, ein starkes Land zu sein, muß noch weiter diskutiert werden. Aus unserer Sicht kann es nicht heißen, Exportweltmeister zu sein oder mit dem Euro eine neue Weltwährung einzuführen, um im Wettbewerb mit den USA und Japan bestehen zu können.

Das kann nicht das erste Ziel sein. Das erste Ziel muß immer noch heißen, die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland und in Europa zu verringern und zu beseitigen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das hängt beides miteinander zusammen!)

- Ob das mit der Währungsunion, lieber Kollege Klug, jetzt gewährleistet wird, ob man dadurch einen Schritt weiterkommen kann, ist aus unserer Sicht noch fraglich. Das ist kein Allheilmittel, das muß noch als Schlußsatz hervorgehoben werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das steht schon in der Regierungserklärung, daß es kein Allheilmittel ist! - Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein!)

- Nein. - Herr Abgeordneter Stritzl!

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung zur generellen Debatte.

Ich fand es prima, wie sich Landesregierung und Mehrheitsfraktion hinter den Euro gestellt haben; unverständlich war mir allerdings die damit verbundene Kritik am Oppositionsführer nach dem Motto: Er hätte

nicht gesagt, was unterstützenswert sei. Ich glaube, daß diejenigen, die die Rede von Martin Kayenburg aufmerksam verfolgt haben, wissen, daß dieser gezielte Obstruktionsvorwurf an die Adresse des Oppositionsführer im Ergebnis falsch ist, Frau Erdsiek-Rave. Umgekehrt wird vielmehr ein Schuh daraus. Wer wie Sie heute begrüßenswerterweise mit Klarheit sagt, er stehe hinter dem Euro, mit Klarheit sagt, er finde den Euro gut, dabei allerdings zu erwähnen vergibt, wem denn eigentlich dieses neue Instrument zu verdanken ist, nämlich der Bundesregierung unter Helmut Kohl, hat zu Recht den Versuch unternommen, durch Unterlassen von eigenen Schwächen abzulenken. Die eigenen Schwächen sind bei der SPD in der Tat offensichtlich. Als der Euro eingeführt werden sollte und Helmut Kohl dieses verkündete, war der erste, der gesagt hat, das kommt nicht in Frage, Oskar Lafontaine. Als der dann geläutert wurde, war der nächste, der gesagt hat, es kommt mit ihm nicht in Frage, der „Ayatollah“ aus Niedersachsen, Gerhard Schröder,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Schon wieder Schnee von gestern!)

der mit seiner Einstellung zum Euro weniger Weggefährte der Ministerpräsidentin als vielmehr der Zwillingsschwestern von Edmund Stoiber zu sein scheint.

(Zuruf des Abgeordneten Neugebauer)

Damit bin ich beim Antrag, den wir hier heute eingebracht haben.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Was sagen Sie denn zu Stoiber?)

Es geht um das Thema Änderung des Länderfinanzausgleiches, angestrebt durch die Länder Baden-Württemberg und Bayern.

Wir fordern die Landesregierung auf, einen umfassenden Bericht über den Sachstand, den Ist-Stand und die Vorstellungen der Landesregierung zum Thema **Länderfinanzausgleich** zu geben. Eine ausführliche Begründung dafür kann ich mir eigentlich sparen, da die Ministerpräsidentin selber die Fragen aufgeworfen hat, zu denen im Rahmen des Länderfinanzausgleiches, der Finanzbeziehung Land-Länder und Bund-Länder Stellung genommen werden muß. Sie selbst haben den Änderungsbedarf angesprochen;

(Holger Astrup [SPD]: Dazu hat sie schon die Antworten gegeben!)

insofern sollten wir uns gemeinsam auf den Weg machen, eine sachgerechte Diskussion zu führen. Sachgerecht heißt aber zu wissen, worüber man diskutiert. Daher heißt es, gemeinsam vernünftig die

(Anke Spoorendonk)

Dinge zu erruieren, aufzuarbeiten und nicht im Schnellschußverfahren wie Rot-Grün zu sagen: Wir wollen einfach nur ablehnen nach dem Motto „im Wissen schwach, aber im Willen fest“ den Änderungsbestrebungen des Länderfinanzausgleiches in aller Deutlichkeit eine Absage zu erteilen.

Frau Erdsiek-Rave, in allem Respekt, weil Sie mich persönlich angesprochen haben: Dieser Berichtsantrag ist nicht Ausdruck dessen, was Sie meinen feststellen zu dürfen, nämlich daß die Opposition des Landtages nicht in der Lage sei, bei einem schweren für das Land drohenden Schaden dieser Landesregierung helfend beiseite zu springen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: So habe ich es nicht gesagt!)

- Na ja, Sie haben das so ähnlich gesagt. Sie haben von so etwas ähnlichem wie einer dem Land, den Interessen des Landes schwer schädigenden Situation gesprochen, selbst in dieser Lage seien wir nicht zur Mithilfe bereit.

(Holger Astrup [SPD]: So sind Sie nun einmal!)

Ich möchte Ihnen einmal sagen, was Ihr eigener Finanzminister - sofern Sie ihn als solchen akzeptieren - zum Thema Länderfinanzausgleich auf Grundlage des Vorschlags Baden-Württemberg und Bayern im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Land der „dpa“ erklärt hat.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluß!

Thomas Stritzl [CDU]:

Ein letztes Wort, Frau Präsidentin.

Ich zitiere wörtlich: „Zwar wird Schleswig-Holstein bei dem Modell finanziell voraussichtlich nicht unbedingt schlechter fahren, ...“ Frau Erdsiek-Rave, ich darf Sie bitten, kommen Sie nach vorn und sagen Sie, Sie haben sich geirrt, das war so nicht gemeint.

(Lachen bei der SPD)

Durch den Vorschlag von Baden-Württemberg und Bayern droht selbst aus Sicht des Finanzministers des Landes, Herrn Möller, kein schwerer Schaden für das Land, sondern es würde im Ergebnis neutral für das Land Schleswig-Holstein ausgehen. Auswirkungen auf die neuen Länder kann er dagegen haben, und genau darüber wollen wir gemeinsam diskutieren.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

Thomas Stritzl [CDU]:

Wer sich wie die Frau Ministerpräsidentin hier hinstellt und sagt, wir müßten auch über ein Steuerfindungsrecht der Länder reden, redet dem Wettbewerb der Regionen unter den Ländern auch das Wort. Das finde ich auch gut. Dann muß aber auch der Länderfinanzausgleich dem Wettbewerbsgedanken gleichstark Rechnung tragen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deswegen ist die Gesamtsituation zu schwierig, um den Vorschlag einfach in Bausch und Bogen abzulehnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Döring.

Uwe Döring [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eins habe ich bei dieser Debatte gelernt: Es gibt Tagesordnungspunkte, bei denen kann man auf jedes Thema kommen!

(Heiterkeit)

Ich habe insbesondere das Vergnügen, hier nicht meine Fraktionsvorsitzende verteidigen zu müssen, denn ihre Rede hat für sich selbst gesprochen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Soll das eine Kritik an der Ministerpräsidentin sein?)

- Nein, nein, natürlich nicht. Ich habe nur auf meinen Vorrredner Bezug genommen, der ja meinte, er müßte seinem Fraktionsvorsitzenden zur Seite springen. Das ist in den Fraktionen unterschiedlich.

(Heiterkeit bei der CDU)

In manchen Fraktionen muß man das, und in manchen Fraktionen muß man das nicht; bei uns muß man das jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD)

Es ist sehr viel schon gesagt worden, deswegen möchte ich nur einige Facetten, die in der Diskussion eine Rolle gespielt haben, noch etwas schärfer hervorheben.

(Thomas Stritzl)

Ich habe in den wenigen Sitzungen im AdR in Brüssel, im **Ausschuß der Regionen**, bereits gemerkt: Das Europa der Regionen ist Wirklichkeit. Es ist bereits so, daß wir uns in den Regionen europäisch verstehen, und das ist gut so. Die Menschen, die in diesen Regionen leben, nehmen das Europa ganz anders wahr, sie nehmen es als Europa der Überregulierung, der Brüsseler Bürokratie, der Verschwendungen, des Rinderwahnsinns und ähnlicher Dinge wahr. Hier können wir vor Ort ein Gegengewicht bilden.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Die Hauptsorge der Menschen in Europa und in Schleswig-Holstein ist, daß bei aller Globalisierung und Europäisierung die eigene Identität verloren geht und man fernen Instanzen letztlich hilflos ausgeliefert ist.

Hier in den Regionen wird EU-Politik erfahrbar, in den Bereichen Strukturpolitik, Raumordnung, Agrarpolitik und mit der Einführung des Euro - darüber werden wir gleich reden. Wir sind auch diejenigen, die mit den Problemen vor Ort zu kämpfen haben, die die EU-Politik manchmal auch bringen kann.

So können die Regionen zwei Dinge leisten. Sie können so etwas wie Anwalt sein, Anwalt für die europäische Idee, gleichzeitig aber auch Anwalt für mehr Nachrangigkeit, für die Subsidiarität und für weniger Zentralismus.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Herr Kayenburg, Regionen im europäischen Sinn sind die deutschen Länder. Das, was Sie hier über die Euro-Region, gerade unter dem Gesichtspunkt Sønderjylland-Schleswig ausgeführt haben, halte ich für ein großes Mißverständnis. Gerade eine solche Euro-Region - das war auch die Kritik von dänischer Seite - ist nicht etwas neu Verfaßtes, was sich auf europäischer Ebene so darstellt, sondern sie ist eher ein Scharnier zwischen den europäischen Regionen, sie bildet so etwas wie einen Rahmen. Ich wäre auch sehr vorsichtig, so etwas in diesem Hause zu sagen, weil das in Dänemark sicherlich neue Vorurteile wecken kann.

Die deutschen Länder werden im europäischen Rahmen um ihre Zuständigkeiten, die gegenüber anderen vergleichsweise groß sind, beneidet. Wir haben mit dem AdR auch eine Plattform, auf der wir die Länderinteressen, auch die Schleswig-Holsteins, artikulieren können.

Ein starkes Schleswig-Holstein muß - im Gegensatz zum Beitrag von Herrn Kayenburg, darauf weise ich

noch einmal hin - seine geographische Lage nutzen. Das heißt eben auch, daß die dynamischen Regionen nicht nur im Westen zu sehen sind, sondern gerade in dichter Nachbarschaft. Dazu kann ich nur sagen, gehen Sie doch einmal nach Kopenhagen, nach Malmö, nach Göteborg und schauen Sie, was sich da an Dynamik entwickelt. Ich kann Ihnen nur recht geben, wir müssen sehen, daß wir diese Achse verlängern und in unsere Gesamtkonzeption mit einbeziehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es wird in dem Europa der Regionen auch so etwas wie Wettbewerb geben. Europa ist nicht nur eine Kuschelveranstaltung,

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

sondern wir werden auch einen Wettbewerb erleben. Dieser wird nicht im darwinistischen Sinne eines Edmund Stoiber stattfinden, aber er wird stattfinden. Wir können jetzt schon in der Diskussion über den **Strukturfonds** erleben, daß in vielen Bereichen zum Beispiel die spanische Region Extremadura mit Sachsen-Anhalt größere Gemeinsamkeiten und Interessen hat als Schleswig-Holstein mit Sachsen-Anhalt.

Dieser Wettbewerb wird sich mit der Vollendung des Binnenmarktes und der Einführung des Euro noch wesentlich verschärfen. Es werden die Kosten, Preise, Löhne und so weiter transparenter werden. Dieses wird die Konkurrenz sicherlich anheizen, und die Regionen, unsere Länder also, müssen sich darauf einstellen.

Gefragt ist die Stärkung des Föderalismus, der in den letzten Jahrzehnten - das haben auch meine Vorfahren und Vorfahnen gesagt - eher geschwächt wurde. Dazu - damit komme ich dann zum Länderfinanzausgleich - gehört eine grundlegende Diskussion über klare Zuständigkeiten der Länder und über Zuständigkeiten, die wieder auf Länderebene zurückgeholt werden und klare Einnahmequellen zu ihrer Finanzierung brauchen. Das heißt, Mischzuständigkeiten müssen wieder klar geordnet werden. Deshalb greift die Diskussion, die zur Zeit - von Stoiber und Teufel initiiert - über den Länderfinanzausgleich stattfindet, viel zu kurz. Wer dieses Instrument in seinem Wesen jetzt verändern will, betreibt reinen Eigennutz.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Deshalb verurteilen wir diese Initiative. Herr Stritzl, der Antrag, den Sie vorgelegt haben, verfehlt insofern sein Ziel, als daß es nicht über den Länderfinanzaus-

(Uwe Döring)

gleich allein zu Diskutieren gilt, auch nicht darüber, ob das zum Vorteil Schleswig-Holsteins ist oder nicht, sondern wir müssen die gesamte föderale Struktur sehen.

Wir müssen einbeziehen, was sich in Richtung Europa verändern wird und was sich im Rahmen einer solchen komplexen Debatte über neue Zuständigkeiten und eine eventuelle neue Finanzverfassung des Bundes und der Länder ändern wird.

Dies kann man nicht einfach schnell durch einen Berichtsantrag erledigen. Deswegen halten wir diesen Antrag von Ihnen nur für einen Schnellschuß. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine Diskussion über die Stärkung des Föderalismus und über eine neue Finanzverfassung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben keine Position! Das ist das Problem!)

Dies wird die Länder stärken und sie für Europa fit machen. Ich habe den Eindruck, daß wir dies auch alle gemeinsam wollen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich war ein wenig verwundert über die Nonchalance, mit der Sie, Frau Ministerpräsidentin, in Ihrer Regierungserklärung über das Thema „Agenda 2000“ hinweggegangen sind. Ihre Darstellung ging ja dahin: Wer die Osterweiterung will und wer die Kosten dafür im Rahmen halten will, muß klaglos hinnehmen, daß es Kürzungen im Agrarbereich und bei der Regionalförderung gibt.

Man muß nach meiner Meinung aber, wenn man sich dem Thema Agenda 2000 und der regionalen Agrarpolitik zuwendet, diese Themen auch von einem anderen Blickwinkel her betrachten. Deshalb lehnen wir zum Beispiel die Vorschläge zur Reform der **Agrarförderung**, wie sie von der Europäischen Kommission vorgelegt worden sind, komplett ab. Im Ergebnis gehen die Vorstellungen der Agenda 2000 auf Kosten der deutschen Landwirte, ohne die Gesamtausgaben für die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft zu verringern.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das sagten Sie gestern noch ganz anders bei der

Technologie-Forschungs- und Entwicklungs-politik!)

Da macht keinen Sinn. Im Gegenteil; die Agrarausgaben im Haushalt der Europäischen Union werden steigen. Eine solche Reform tragen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

Das macht es keinen Sinn, sich hier hinzustellen und zu sagen, das sei alles richtig.

Ähnlich verhält es sich zum Beispiel bei der Frage der Regionalpolitik. Daß Sie die Vorschläge von Frau Wulff-Matthies - in Klammern: SPD - im wesentlichen für richtig halten, kann ich schon verstehen. Tatsache ist aber, daß nach den Vorschlägen zur Regionalpolitik und zu den Strukturmitteln Schleswig-Holstein - wie auch Deutschland insgesamt - überproportional von Kürzungen betroffen ist. Wir müssen auch die Vorschläge der Agenda 2000 vor dem Hintergrund sehen, daß wir als größter Nettozahler am meisten für die Osterweiterung aufbringen und am meisten dafür einbüßen müssen. Dies ist also eine Rechnung, die unseres Erachtens nicht aufgeht.

Damit wollen wir die Osterweiterung der Europäischen Union keineswegs in Frage stellen. Die Agenda 2000 ist vor allem das Dokument, das die Auswirkungen der Osterweiterung auf die internen Politiken der Europäischen Union regelt; wir müssen aber die Frage stellen, ob die Agenda 2000 in ihrer Politikform richtig gewählt ist. Wir müssen dies auch vor dem Hintergrund tun, daß wir uns überlegen müssen, ob wir die Menschen denn auf die Reise in die Osterweiterung mitnehmen, wenn bei ihnen der Eindruck entsteht, daß sie am meisten bezahlen und am meisten einbüßen. Das hängt auch davon ab, wie wir die Osterweiterung hier in Deutschland nach innen verkaufen.

Insofern ist es nach meiner Meinung völlig legitim, daß wir uns jetzt noch in einem bargaining process befinden, in dem jeder seine Position darlegen kann. Unsere Auffassung dazu ist, Frau Ministerpräsidentin: Starke Länder machen in der Europäischen Union ihre Interessen geltend, und wir würden uns wünschen, daß Sie die Interessen Schleswig-Holsteins in dieser Frage vehemente vertrüten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Heinold.

(Uwe Döring)

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wichtig ist ja, daß wir uns über das Verfahren einigen, aber auch darüber, wie ausführlich wir über den Länderfinanzausgleich diskutieren wollen, möglichst miteinander. Es hat sich ja in der Diskussion in der Bundesrepublik gezeigt, daß die Länder unterschiedliche Interessen haben, unabhängig davon, ob sie rot-grün, nur rot, schwarz oder wie auch immer regiert werden; das hängt vielmehr mit ihrer Situation zusammen und auch davon ab, ob sie nun gerade von den Bundesergänzungszuweisungen oder von anderen Zuschüssen profitieren. Insofern ist eine ausführliche interfraktio-nelle Beratung auch interessant.

Dennoch meinen wir, daß sich der CDU-Antrag im Prinzip erübrigt hat, denn der Bericht der Landesregie- rung ist ja heute durch die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin erfolgt. Das ist auch ziemlich ausführlich geschehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nichtssagend!
Da steht doch nichts drin!)

Sie hat in ihrer Regierungserklärung genau das deutlich gemacht, was Sie einfordern; sie hat nämlich gesagt, wo die Landesregierung steht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Frau Heinold,
Sie sind aber mit wenig zufriedenzustellen!
Mein lieber Mann!)

Aber es gibt ja noch den Antrag von Rot-Grün, und wir schlagen Ihnen vor, den Berichtsantrag abzulehnen - oder ihn für erledigt zu erklären, wie auch immer; wir werden ihn ablehnen - und unseren Antrag an den Ausschuß zu überweisen, um dort gemeinsam mit der Landesregierung die Diskussion darüber zu führen, wie es weitergehen kann, und dabei auch noch einmal möglichst ausführlich die unterschiedlichen Aspekte zu diskutieren und zu beleuchten. Unter anderem geht es in dieser Diskussion ja immer darum, daß gesagt wird, die Länder hätten gar nicht mehr ein Interesse daran, selbst für ein hohes Steueraufkommen zu sorgen, weil es über den Länderfinanzausgleich zu stark umverteilt werde. Ich denke, daß es sich lohnt, diese Sach- und Fachdebatte im Ausschuß zu führen.

Ich möchte Sie also bitten, entweder auf Ihren Berichtsantrag zu verzichten und zu sagen, er habe sich erledigt - oder er wird hier eben abgelehnt -, dann aber einer Ausschußüberweisung zuzustimmen, allerdings nicht zur abschließenden Beratung, sondern nach der Beratung in den Fachausschüssen erneut in das Parlament zurückzukehren, weil die Sache doch so wichtig und so öffentlichkeitsrelevant ist, daß wir uns hier irgendwann wieder treffen sollten, um abschließend darüber zu entscheiden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit schlie-ße ich die Beratung.

(Widerspruch bei der CDU)

- Bitte? - Nach § 56 Abs. 4 hat Herr Abgeordneter Stritzl das Wort. -

(Zurufe)

- Herr Abgeordneter Stritzl hatte bei seinem ersten Beitrag die restliche Redezeit der CDU-Fraktion in Anspruch genommen; ihm steht jetzt noch das Recht zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung zu.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur gemeldet, weil mich Frau Kollegin Heinold direkt angesprochen hat.

Wir werden den Berichtsantrag aufrechterhalten, weil ich nicht Ihre Auffassung teile, daß der Bericht der Landesregierung hierzu schon erstattet worden ist. Ich bin der Ansicht, daß es in der Tat interessant wäre - einfach zur Aufarbeitung der zur Verfügung stehenden Sachinformationen -, daß das Hohe Haus einen Bericht über diese für das föderative System sehr existentiellen Frage erhält. Es kann überhaupt nicht davon die Rede sein, daß ich nicht genauso einräume, daß es natürlich immer ganz unterschiedliche Interessen und Gesichtspunkte gibt. Sie sind bereits angesprochen worden. Frau Fröhlich hat noch einmal sehr prägnant dargelegt, wie zum Beispiel - -

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Herr Stritzl, nehmen Sie zur Kenntnis, daß sich die Finanzministerkonferenz mehrheitlich gegen eine solche Diskussion ausgesprochen hat! Was soll das denn!)

- Ja, Frau Fraktionsvorsitzende, es geht ja nicht darum, ob sich eine Finanzministerkonferenz - aus A- und B-Ländern zusammengesetzt - einmal aus der einen und einmal in die andere Ecke vertagt und sagt, daß sie aus parteipolitischen Gesichtspunkten mal dem einen und mal dem anderen Antrag zustimmt. Wir kommen bei der Diskussion über den Länderfinanzausgleich - übri-gens über die Partegrenzen hinweg - in eine Diskussion der großen Länder und der kleinen Länder. Deswe-gen halte ich eine rechtzeitige

sachgerechte Befassung insbesondere der „kleineren“ Länder, zu denen wir bevölkerungsmäßig ja gehören, aus der Sicht des Landes Schleswig-Holstein für notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen möchte ich gern frühzeitig - das ist doch in Ordnung - einen Bericht des Finanzministers zu diesem Thema. Ich weiß gar nicht, was daran schlecht sein soll. Dies ist ja gerade das Angebot zur Zusammenarbeit, übrigens im Interesse des Landes.

Frau Fröhlich, Sie haben doch recht! Es ist doch die Frage, ob ein Finanzausgleichssystem richtig funktioniert, wenn - wie im Saarland - bei eigenen Anstrengungen im Ergebnis nichts im eigenen Topf bleibt, die Frage, ob dies nicht gerade negative Anreize in sich trägt. Kann man das wollen? Muß man das wollen? Es sind noch viele Fragen offen, und deswegen möchte ich einen ganz offenen Bericht: Wie sieht die Landesregierung das? Wo liegen positive Punkte, wo liegen Schwachstellen? Was müssen wir gemeinsam ändern?

Infofern bleiben wir bei unserem Berichtsantrag.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir ja vorgeschlagen!)

- Jawohl! Ich kann mir allerdings auch vorstellen, daß Sie diese Diskussion genauso sachgerecht begleiten wollen wie wir und sich dieses Wissen ebenfalls verfügbar machen wollen, so daß Sie deshalb sicherlich auch für den Berichtsantrag stimmen werden, wie wir dann ebenfalls dafür stimmen werden, Ihren Antrag erst einmal an den Ausschuß zu überweisen und dort die weiteren Beratungen zu führen.

Wir werden der Ausschußüberweisung zustimmen - wie Sie es angeboten haben -, gleichwohl aber bei unserem Berichtsantrag bleiben; ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich sehe nunmehr keine weiteren Wortmeldungen. Dann schließe ich die Beratung.

Zunächst lasse ich über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen. Es ist Ausschußüberweisung beantragt worden - federführend an den Finanzausschuß und mitberatend an den Europaausschuß?

(Holger Astrup [SPD]: Ja!)

- Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Überweisung ist einstimmig so beschlossen.

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1395, in der Sache abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 16 und 25 auf.

Gemeinsame Beratung

a) Einführung des Euro in der Steuerverwaltung und im Landeshaushalt

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1362

b) Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1346

Wird das Wort zur Begründung des Antrags der Fraktion der CDU gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich zum Bericht der Landesregierung Herrn Minister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Regierungserklärung und in der ausführlichen Diskussion heute morgen ist die historische Dimension der Einführung des Euro deutlich geworden. Sie ist eine wichtige und richtige ökonomische und währungspolitische Entscheidung und für einige Volkswirtschaften in Europa vielleicht eine der größten Herausforderungen seit dem Weltkrieg. Natürlich wird es hier oder da in der Übergangsphase auch Anpassungsprobleme geben.

Der Wirtschaft den Weg zu ebnen, damit sie die Chancen des neuen Euro-Landes nutzen kann, dies ist der eine Teil der Aufgabe, den der Staat zu gewährleisten hat. Der andere, wohl viel schwierigere Teil wird es sein, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeiten des Euro aufzuzeigen, und gerade bei uns ihnen die Angst zu nehmen, die sie vor dem Verlust der vertrauten DM haben.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Der Euro geht nicht nur die Bürger und Unternehmer etwas an, er fordert auch die öffentliche Verwaltung heraus. Wir haben deshalb das vergangene Jahr ge-

(Thomas Stritzl)

nutzt, die **Verwaltung des Landes** auf ihre **Euro-Tauglichkeit** abzuklopfen. Dabei war es das Ziel der Landesregierung, den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen möglichst frühzeitig die Nutzung des Euro zu ermöglichen. Jeder kann, niemand muß den Euro ab 1999 verwenden.

Die Einführung des Euro ist ein gesellschaftspolitisches Projekt und nicht etwa eine neue olympische Disziplin. Sieger ist nicht, wer den Euro schneller, höher, weiter oder als erster einführt; die Umstellung auf eine neue Währung wird vielmehr in anderen Kategorien gemessen. Wir wollen den Übergang auf die neue Währung pragmatisch und ohne dogmatischen Regulierungsaufwand gestalten.

Die Kosten des Übergangs und der Umstellung sollen so niedrig wie möglich gehalten werden. Die größte Kostensparnis ist dabei die frühzeitige sorgfältige Vorbereitung.

Es war unser Ziel, vor der endgültigen Entscheidung des Europäischen Rates über den Euro im Mai die für **Schleswig-Holstein** festzulegenden **Rahmenbedingungen** zu schaffen. Nach diesen Grundsätzen haben wir den Ihnen vorliegenden Bericht über die Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung in Schleswig-Holstein erstellt. Es ist der erste umfassende Bericht einer Landesregierung. Damit sehen Sie, wie ernst wir es mit diesem Problem meinen.

Wir beziehen in den wesentlichen Fragen, die in unserem Verantwortungsbereich liegen, folgende Position.

1. Es wird keine Gebührenerhöhungen oder Leistungssenkungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro geben. Die Einführung des Euro ist eine **Währungsumstellung** und keine Währungsreform.

2. Am 1. Januar 1999 wird ein Landesgesetz zum Ersatz des Diskont- und Lombardsatzes sowie weiterer Zinssätze in Kraft treten müssen. Sobald das entsprechende Bundesgesetz Anfang Mai verabschiedet ist, werden wir dem Hohen Haus einen entsprechenden Entwurf vorlegen.

3. Wir werden 1999 beginnen, in Bescheiden und ähnlichem, soweit dies möglich und sinnvoll ist, die Endbeträge auch in Euro anzugeben.

4. Zum Stichtag 1. Januar 2002 wird die **interne Buchführung** der Verwaltung komplett auf den Euro umgestellt.

Auch wenn sich die Bundesregierung noch nicht völlig von der Idee einer Doppelwährungsphase verabschiedet hat, gibt es für die interne Umstellung aus unserer Sicht keine Alternative zum „Big Bang“.

(Beifall des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Der **Haushalt des Jahres 2002** wird der erste Haushalt sein, der ausschließlich in Euro aufgestellt wird. Die neue Software zur Aufstellung des Haushalts, die wir demnächst installieren werden, wird dies problemlos bewältigen.

Wie die Ministerpräsidentin schon im Mai letzten Jahres hier im Landtag vorgeschlagen hat, werden wir Ihnen die wesentlichen Zahlen der Haushalte ab 1999 auch in Euro darstellen. Ob wir uns aber einen Gefallen tun würden, wenn wir den Haushalt vollständig in DM und in Euro darstellen würden, bezweifle ich. Angesichts des typischen Leserkreises, den man bei einem Landeshaushalt hat, sehe ich dafür keine Notwendigkeit.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Warum die CDU eine **doppelte Preisauszeichnung** mit dem Argument, dies stiftet mehr Verwirrung, als es Aufklärung bringen könne, ablehnt - Zitat MdL de Jager in der 32. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages - und jetzt ausgerechnet da, wo das Argument sogar stimmt, das Gegenteil fordert, wird von Ihnen sicherlich noch zu erläutern sein.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Schon in der **Übergangszeit** bis zum Jahre 2002 werden wir beginnen, die Beträge in den **Rechtsvorschriften** auch in Euro auszudrücken, wenn es zum Beispiel der Adressatenkreis sinnvoll erscheinen läßt.

Selbstverständlich akzeptieren wir auch bargeldlose Zahlungen und Betragsmitteilungen in Euro, soweit bundeseinheitlich nichts anderes vereinbart ist.

Noch nicht entschieden ist die Frage, ob **Steuererklärungen** schon vor dem Jahre 2002 in Euro abgegeben werden können. Insbesondere auf Betreiben der CDU-Ministerpräsidenten, die zunächst einmal entschieden haben wollen, ob Deutschland denn überhaupt an der Währungsunion teilnimmt, hat die MPK in der vergangenen Woche keinen Beschuß gefaßt. Es gibt für mich keinen Zweifel, daß dem Wunsch der Wirtschaft - so wie wir es im Europaausschuß diskutiert haben, ich es im Finanzausschuß erklärt habe und wie es auch die Ministerpräsidentin auf der MPK vorgetragen hat, wo es ja keine Abstimmung gegeben hat -, zumindest die Umsatzsteuervoranmeldungen und die Umsatzsteuerjahreserklärungen sowie die Lohnsteueranmeldungen in Euro

(Minister Claus Möller)

abgeben zu können, entsprochen werden kann. Ich sage aber ausdrücklich, daß hier ein **bundeseinheitliches Vorgehen** angesagt ist. Ich hoffe, daß die MPK im Juni so befindet.

Um es noch einmal klarzustellen: Die Steuerverwaltung hat schon seit langem zugesagt, daß jeder Unternehmer in Deutschland ab 1999 seine Bilanzen, seine Buchführung und sein Rechnungswesen, jeden Beleg und jede Aufstellung in Euro erstellen und dem Finanzamt vorlegen kann.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD]
- Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt
den Vorsitz)

Wir reden lediglich über die einmal im Jahr abgegebene Steuererklärung, die übrigens häufig nicht vom Unternehmer selbst, sondern vom Steuerberater erstellt wird. Nicht zuletzt, weil aus dem Bundesfinanzministerium seit 1995 stetig suggeriert wurde, die Verwaltung in Deutschland solle einheitlich zum Schluß der Übergangszeit, nämlich zum 1. Januar 2002, umgestellt werden, ist eine Anpassung der Steuerprogramme in allen Ländern bisher unterblieben. Wer jetzt aber, fünf Minuten vor Toresschluß, seine Meinung um 180 Grad dreht, wie der Bundesfinanzminister es tut, der wird akzeptieren müssen, daß es nicht ohne Schaden möglich sein wird, diese Aufgabe noch pünktlich zu lösen. Für Schleswig-Holstein bedeutet das konkret: Wir werden andere, dringende Programmieraufgaben im Zusammenhang mit der Steuerrechtsänderung liegenlassen müssen. Dies kann zu Lasten zusätzlicher Einnahmen und einer verbesserten Serviceleistung gehen. Das muß man wissen, wenn man das gesamte Steuersystem jetzt noch in einem halben Jahr umstellen will.

(Beifall bei der SPD)

Was ich und die Regierung für sinnvoll halten, ist auch schon gesagt worden. Lassen Sie uns aber nicht darüber streiten, wer was besser oder früher oder anders hätte machen können. Die Ausgestaltung der Übergangszeit und die Vorbereitung auf die Umstellung am 1. Januar 2002 liegen noch vor uns. Ich hoffe, der Ihnen vorliegende Bericht bietet eine gute Grundlage, diese Aufgabe für uns alle mit Leben zu erfüllen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon ein gutes Stück Brisanz aus der Diskussion heraus, weil Sie, Herr Finanzminister, hier zu Recht vorgetragen haben, daß die Ministerpräsidentenkonferenz am 18. März 1998 mit den Stimmen der Mehrheit der Länder - **Schleswig-Holstein** eingeschlossen, wie ich aus einem Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 20. März auf eine Frage des Kollegen Döring entnehme - beschlossen hat, die Bereitschaft zu bekunden, den **Umstellungstermin** auf den 1. Januar 1999 vorzuziehen. Das ist offensichtlich die Aussage der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein. Diese Aussage begrüße ich sehr, da wir ja im Vorfeld der Diskussion auf Initiative der CDU auch im Finanzausschuß wiederholt darüber diskutiert haben. Ich habe damals eine Initiative angekündigt. Es gab berechtigte, von der Verwaltung her sicherlich begründete Problembezeichnungen. Das ging nach dem Motto: Ist das leistbar, schaffbar? Wir haben gesagt: Im Ergebnis muß es psychologisch so sein, daß die öffentliche Hand nicht hinter dem selbsterzeugten Erwartungsdruck zurückbleibt.

Insofern begrüße ich, daß die Regierungschefs der Länder, auch die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, nicht zuletzt auf Initiative der CDU-Opposition hier im Landtag, zu dieser sehr fortschrittlichen, richtungweisenden Entscheidung in der Ministerpräsidentenkonferenz gekommen sind.

(Beifall bei der CDU)

Des weiteren bedaure ich ausdrücklich, wenn es auch CDU-geführte Länderregierungen geben sollte, die sich diesem Termin widersetzen. Ich finde auch nicht ganz schlüssig - auch das sage ich hier -, wie sich das Bundesfinanzministerium in dieser Debatte teilweise eingelassen hat.

Hierbei geht es nicht um die Frage, ob etwas schwarzen, grünen, roten oder gelben Ursprungs ist. Es geht vielmehr um die Glaubwürdigkeit der Politik. Wenn die Politik in Ländern und Bund - wir haben es heute wieder gehört - seit Jahren für die Umstellung auf den Euro wirbt, privates Engagement abfordert und sich die Wirtschaft mit zunehmendem Tempo auf den Euro einstellt, dann darf es nicht sein, daß diejenigen, die die Einführung des Euro führend betreiben, bei der Verwirklichung im Ergebnis am Ende des Zuges maschieren.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, es ist nicht überzeugend, die Lokomotive von vorn nach hinten zu koppeln. So etwas kann kein zusätzliches Vertrauen erringen. Das war der Grund, warum wir gesagt haben: Wir wollen dieses Ausein-

(Minister Claus Möller)

anderdriften zwischen Anspruch und Wirklichkeit auf der politischen Führungsebene nicht, egal, in welcher Partei.

Deshalb - ich sage es noch einmal - begrüßen wir, daß es nunmehr zur Korrektur des Finanzministerkonferenzbeschlusses vom 22. Januar dieses Jahres - offensichtlich durch die Ministerpräsidentin - kommt.

Die **Umstellungsschwierigkeiten**, die Sie beschrieben haben, Herr Finanzminister, sehe auch ich. Ich weise allerdings mit Nachdruck zurück, daß jetzt diejenigen, die die Glaubwürdigkeit der Politik einfordern, dafür verantwortlich gemacht werden, daß hinterher im Verwaltungsbereich Schwierigkeiten entstehen. Ich habe kein Verständnis dafür, daß sich die politische Führungsebene - egal, welcher Couleur - einerseits gemeinsam fest in die Hand verspricht, den Euro einzuführen, andererseits aber bei den notwendigen Verwaltungsvoraussetzungen, die zu schaffen sind, den entsprechenden Führungswillen nicht entfaltet beziehungsweise nicht umsetzt. Das heißt, wenn es hier zu Verzögerungen kommen sollte - Sie sprachen sogar von Folgeschäden, Änderungsbedarfen bis hin zu Einnahmeverlusten -, dann tragen diejenigen dafür die Verantwortung, die federführend in den entsprechenden Ministerien die politische Verantwortung für die Leitung der Häuser tragen, also die Finanzminister der Länder und, was den Bund betrifft, natürlich auch der Bundesfinanzminister.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie eigentlich schon einmal eine EDV-Umstellung gemacht?)

- Herr Hentschel, wenn ich seit mehr als fünf Jahren weiß, daß ich den Euro will, dann kann ich doch nicht eine Woche vor dem Umstellungstermin sagen: Jetzt ist die Zeit abgelaufen. Vielmehr muß man sich rechtzeitig bewegen, wenn man ein solches Vorhaben verwirklichen will. Hierauf kommt es doch an.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der gefaßte Beschuß ist falsch. Man muß Führungsverantwortung doch da ansiedeln, wo sie hingehört. Man darf, wenn die Dinge verpennt werden, nicht immer sagen: Die anderen sind schuld. Man muß frühzeitig in die Strümpfe kommen, frühzeitig die Voraussetzungen schaffen und darf nicht die politische Glaubwürdigkeitskrise durch schlichtes, fehlerhaftes Verwaltungshandeln auf der politischen Führungsebene zu rechtfertigen versuchen. Das ist doch genau das, was die Menschen vor Ort mittlerweile satt haben.

(Beifall bei der CDU)

Was die Frage der Wirtschaft betrifft, so hat der DIHT natürlich recht, wenn er in den letzten Tagen bemän-

gelt hat, daß das Tempo der Umstellung in der deutschen Wirtschaft zu gering war. Es ist zwar schön, wenn jetzt 55 % der Betriebe diese Herausforderung voll angenommen haben, aber der DIHT hat auch recht, wenn er sagt: Wenn der Umstellungstermin der öffentlichen Hand zum Jahr 2002 bleibt, dann kommt es zu Verlusten genau an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Genau dies können wir uns nicht leisten. Es ist also auch aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten richtig und notwendig, beides zeitlich einander anzugeleichen. Es darf nicht nach dem Motto gehen: Der langsamste bestimmt das Tempo des Zuges. Das könnte zu Schnittstellenverlusten führen.

Bezüglich des Landeshaushalts, Herr Minister, bitten wir in der Tat, daß der Haushalt frühzeitig in **beiden Währungseinheiten** geführt wird. Haben Sie keine Sorge: Wir werden ebenso wie Sie den **Landeshaushalt** nicht in seiner Gänze in öffentlichen Kaufhäusern zur Veräußerung und zum Bestaunen anbieten. Das heißt, die Sorge, die Sie äußerten, daß Menschen, die sich im Haushaltswesen nicht ausreichend auskennen, verwirrt werden könnten, ist unbegründet. Unabhängig davon wird Ihrerseits teilweise ohnehin versucht, mit diesen Zahlen den Landtag zu verwirren. Aber da macht eine Zahl mehr oder weniger nichts aus.

Wir bitten Sie, zum Zeitpunkt der Umstellung auf den Euro auch beim Landeshaushalt die Euro-Transparenz herzustellen und den Haushalt in beiden Währungseinheiten auszuweisen. Das wäre ein gutes Zeichen dafür, daß es die öffentliche Hand, auch das Land Schleswig-Holstein, mit den Anforderungen ernst meint, die die Politik an die Bürgerinnen und Bürger stellt, und zwar nach dem Motto: Stellt euch auf den Euro ein; dann muß es auch gemeinsam sein!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Döring.

Uwe Döring [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Titelseiten des heutigen Tages beweisen es: Der Euro kommt. Es ist keine Überraschung mehr. Allerdings muß ich dazu sagen: Noch vor einem Jahr haben eine Landtagsdebatte zu diesem Thema und eine Anhörung des Europaausschusses wesentliche öffentliche Resonanz und Interesse nicht gefunden. Aber jetzt beherrscht das Thema die Schlagzeilen zu einem

(Thomas Stritzl)

Zeitpunkt - ich darf an die sportlichen Vergleiche des Ministers anknüpfen -, zu dem wir uns auf der Zielgeraden befinden. Es scheint inzwischen sicher zu sein, daß elf Teilnehmerländer einlaufen werden.

All diese **Länder** haben die **Konvergenzkriterien** mehr oder weniger erfüllt, und zwar mit mehr oder weniger kreativer Buchführung; darin beziehe ich die Bundesregierung gern ein. Im nachhinein beweist dies alles aber noch einmal, wie wenig sinnvoll die Debatte mit der Kommandiskussion war, die wir auch hier im Hause geführt haben. Es kommt ja weniger auf die Erfüllung der Kriterien zu einem bestimmten Zeitpunkt an. Vorhin kam in einigen Wortbeiträgen schon zum Ausdruck, daß die Nachhaltigkeit der Entwicklung viel wichtiger ist. Da gibt es in der Tat einige Fragezeichen zu setzen. Das EWI drückt das sehr dezent aus. Aber schon wenige Veränderungen - insbesondere bei dem historischen Tiefstand der Zinsen - können Haushalte in erhebliche Turbulenzen bringen. Das gilt übrigens für alle Haushalte.

Deshalb sage ich: Das Thema Euro bleibt uns im Landtag erhalten, auch im Zusammenhang mit der noch sehr interessanten Debatte über die Defizitverteilung, die bisher noch nicht stattgefunden hat und zwischen Bund und Ländern noch nicht gelöst ist.

Doch heute, wenige Wochen vor der Entscheidung des Rates, ist die Umsetzung beziehungsweise die **Einführung des Euro** unser Thema. Wir können zu diesem frühen Zeitpunkt den ersten Bericht einer Landesregierung gegenüber einem Parlament diskutieren. Auch wenn ich für die Kommentierung sportlicher Leistungen nicht der Richtige bin, denke ich doch: Es ist richtig, im Namen der SPD-Fraktion der Landesregierung für diese Leistung an dieser Stelle unsere Anerkennung auszusprechen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kritik, die auch von seiten der CDU geäußert wurde, daß die **Verwaltung** gegenüber der Wirtschaft auf den Euro nicht vorbereitet sei, ist so nicht haltbar. Das zeigt der Bericht der Landesregierung. Zu Recht wird dabei als wichtigste Aufgabe genannt, Akzeptanz und Verständnis für den Euro bei den Menschen zu wecken. Da gibt es in der Politik große Versäumnisse, insbesondere in der Bundespolitik. Es reicht eben nicht aus, ins Geschichtsbuch zu wollen, sondern man muß auch die Köpfe der Menschen erreichen. Daran hapert es.

Wenn Sie die Diskussion verfolgen, stellen Sie fest: Der Euro ist zur Zeit keine populäre Veranstaltung. Dabei sind umfassende Informationen dringend erforderlich. Die wichtigsten Botschaften lauten gerade in

Deutschland: Es findet keine Währungsreform statt, sondern eine **Änderung der Rechnungsart**. Die Zahlen ändern sich. Der Wert bleibt gleich. Anders ausgedrückt: Aus DM wird Euro, so wie früher aus 2 Pf 1 kg wurde.

Es gibt keinen Zwang und keine Behinderung bei der Benutzung des Euro in der Übergangszeit bis 2002. Die Verträge und Rechtsvorschriften bleiben bestehen. Durch EU-Recht erfolgt eine automatische rechtliche Umstellung auf den Euro. Alles dies berücksichtigt der vorliegende Bericht.

Allerdings - ein wichtiger Punkt dabei - müssen die **Rahmenbedingungen staatlichen Handelns** auf allen Ebenen gleich sein, das heißt bei Bund, Länder und Kommunen. Hier könnte ein Problem entstehen, insbesondere bei den Kommunen. Denn nur die großen Städte bereiten sich zur Zeit auf den Euro vor. Letzte Woche gab es eine Veröffentlichung über eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages. Danach gaben 61 % der Kommunen an, noch nicht mit den Vorbereitungen begonnen zu haben. Konkrete Maßnahmenpläne konnten nur 5 % vorweisen. Hier sind zwar vor allem die kommunalen Spitzenverbände gefordert. Aber ich denke, auch das Land sollte sich Hilfestellungen gegenüber den Kommunen nicht verweigern.

Nun zu den im Bericht genannten **Zeitpunkten der Umstellung**! Einig sind wir uns mit der Landesregierung, daß die Doppelwährungsphase so kurz wie möglich sein sollte. Das haben wir hier im Hause auch bereits beschlossen. Daß die interne Umstellung erst zum 1. Januar 2002 vorzunehmen ist, ist überzeugend, da es in der Zwischenzeit keinen Zwang gibt, den Euro zu benutzen. Da es rechtliche Vorschriften gibt, ist ein früherer Zeitpunkt auch gar nicht möglich.

Diskussionen gab es allerdings - darauf hat Herr Stritzl bereits hingewiesen - um den **Zeitpunkt**, zu dem die **Steuererklärung und Steueranmeldungen** vorgenommen werden. Hier hat es eine Korrektur gegeben. Es hat einen einstimmigen Beschuß des Europaausschusses gegeben. Herr Stritzl hat bereits auf den Brief des Chefs der Staatskanzlei verwiesen. Wir begrüßen, daß die Entwicklung so stattgefunden hat.

Folgendes ist auch deutlich geworden. Dem Vernehmen nach ist es ein süddeutsches Land, das hier bremst, dessen Ministerpräsident offenbar wieder lieber den Marienthaler von 1840 als den Euro einführen möchte.

(Heiterkeit des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

(Uwe Döring)

- Nacharbeit haben andere zu leisten, Herr Stritzl, nicht Schleswig-Holstein!

Die SPD-Fraktion bewertet den Bericht als eine gute und zeitnahe Information und Diskussionsgrundlage. Ich will die einzelnen Positionen, die der Minister aufgeführt hat, hier nicht wiederholen.

Nun komme ich zum Antrag der CDU. Der erste Teil Ihres Antrags, Herr Stritzl, ist erledigt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wieso ist der erledigt?)

- Er ist erledigt. Darin wird die Ministerpräsidentin aufgefordert, sich dafür einzusetzen. Das tut sie. Das haben wir schriftlich. Auch Ihnen muß ein Umdruck vorliegen, eine Kopie eines Briefes des Chefs der Staatskanzlei, den ich gestern habe verteilen lassen. Ihm ist zu entnehmen, daß sich die Ministerpräsidentin dafür einsetzt. Ob dieser Einsatz von Erfolg gekrönt ist, ist nicht sicher, da Voraussetzung dafür ein einstimmiger Beschuß ist und - wie gesagt - die Bremser in anderen Ländern sitzen, nicht in Schleswig-Holstein.

Wir werden also den Juni abwarten und sehen, welche Entscheidung dabei herauskommt. Ich gehe davon aus: Der erste Teil Ihres Antrags ist damit erledigt; Sie haben es jetzt schriftlich.

Dem zweiten Teil, die **Ansätze des Landshaushalts** ab 1999 zusätzlich auch in Euro auszuweisen, wollen wir gern noch einmal im Finanzausschuß diskutieren. Der Finanzminister hat in einem recht: Ein Haushalt hat nach außen hin relativ wenig Wirkung. Ich habe Ihren Antrag so verstanden, daß Sie damit die Akzeptanz des Euro auch in der Bevölkerung verstärken wollen. Das ist wohl die Intention.

Wollen Sie tatsächlich alle Titel nachrichtlich auch in Euro ausweisen? Ich frage mich - gucken Sie einmal in einzelne Positionen hinein -, welchen europäischen oder finanzpolitischen Mehrwert hat es denn, wenn Sie die Fangprämien für den Bisam oder die Entschädigung für Vogelfraß nachrichtlich in Euro angeben.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Das mag bei aggregierten Daten anders sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wissen Sie, in welcher Währung Sie in Zukunft europäische Mittel zugewiesen bekommen?)

Wir können uns darüber unterhalten, ob das Kapitelabschlüsse sind, ob das Übersichten sind - - Bitte?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wissen Sie, in welcher Währung Sie in Zukunft europäische Mittel zugewiesen bekommen?)

- Wir haben im Moment genau das gleiche Problem. Im Moment werden die europäischen Mittel in Ecu zugewiesen; das wissen Sie sicherlich. Wir haben auch nicht Ecu-Ansätze im Haushalt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Da hat er recht!)

Es gibt also keinen Grund, dies zu ändern.

Ich sage noch einmal: Bei den einzelnen Positionen - wir können uns ja darüber unterhalten, wo es - -

(Thomas Stritzl [CDU]: Einnahmen in DM, Schulden in Euro!)

- Nein, das ist blanke Polemik, Herr Stritzl!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war nicht schlecht!)

Wir wollen uns darüber unterhalten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Döring!

Uwe Döring [SPD]:

Wir haben -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Döring!

Uwe Döring [SPD]:

- doch einen -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Döring!

Uwe Döring [SPD]:

- derartigen undifferenzierten - -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Döring! Herr Abgeordneter Döring!

Uwe Döring [SPD]:

Ja!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Döring, Sie haben das Wort.

(Heiterkeit)

Bitte keinen Dialog!

(Uwe Döring)

Uwe Döring [SPD]:

Vielen Dank! Den Eindruck hatte ich auch.

Herr Abgeordneter Stritzl, Sie haben doch den Antrag gestellt. Deshalb wollen wir mit Ihnen darüber reden und gucken, ob das wirklich ernstgemeint ist, daß wir jeden einzelnen Titel in Euro ausweisen. Es mag Titel geben, bei denen es Sinn macht. Es mag Kapitelabschlüsse geben, bei denen es Sinn macht. Darüber müssen wir uns unterhalten. Sicherlich macht es Sinn bei Übersichten, aber nicht bei jedem Titel. Deshalb können wir dem Antrag in dieser Form jetzt nicht zustimmen. Wir sollten darüber im Ausschuß reden. Ich beantrage also Ausschußüberweisung.

Im übrigen kann ich diesem Antrag, der offensichtlich zu einem Zeitpunkt gestellt worden ist, zu dem Sie den Bericht schon hatten, und Ihrem Redebeitrag entnehmen: Wenn das die ganze Kritik an der Umstellung im Bereich der Landesverwaltung an der Landesregierung ist, dann - ich bin sicher - kann die Landesregierung gut damit leben. Die SPD-Fraktion kann das allemal. Ich beantrage Überweisung des Berichts an den Europaausschuß und des Antrags an den Finanzausschuß.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat uns einen Bericht über die bei der Euro-Umstellung notwendigen Maßnahmen in der Landesverwaltung und in der Gesetzgebung vorgelegt. Das Ziel, die Umstellung auf den Euro pragmatisch und ohne übermäßigen Regulierungsaufwand zu realisieren und die Kosten des Übergangs niedrig zu halten, begrüßen die Grünen ausdrücklich. Daß dabei Gebühren erhöhungen oder Leistungssenkungen nicht erwogen werden und den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in Schleswig-Holstein möglichst frühzeitig eine Verwendung des Euro ermöglicht werden soll, wird zu einer weiteren Akzeptanz der neuen Währung führen.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Döring [SPD])

Nun zum CDU-Antrag! Die Finanzministerkonferenz hatte sich einstimmig dafür ausgesprochen, die **Umstellung der Steuerverwaltung** von DM auf Euro erst zum 1. Januar 2002 vorzunehmen. Aber keine politische Einstimmigkeit ist so eindeutig, daß sie nicht noch einmal diskutiert werden kann. So haben sich jetzt die Ministerpräsidenten auf eine Linie verständigt,

die Umstellungsprobleme in den Bereichen der freien Wirtschaft vermeidet. Diese Linie ist ein Kompromiß. Die Ministerpräsidentenkonferenz im Juni wird sich dann darüber verständigen, ob schon zu Anfang des kommenden Jahres alle firmeninternen Buchungsvorgänge in Euro vorgenommen werden können. Es geht hier immer um den Umstellungstermin, auch in dem Umdruck, den Sie erwähnt haben, Herr Stritzl, aber es geht nicht um alle Steuererklärungen oder die Steuererklärungen insgesamt. Ich werde gleich noch etwas dazu sagen. Ich bitte Sie, diese Differenzierung wahrzunehmen und dann zu sagen, ob mit dem, auf das sich die Ministerpräsidenten jetzt verstigt haben, Ihre Forderungen erfüllt sind.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen es, daß das Klima für den Euro inzwischen so gut ist, daß viele ihn möglichst bald nutzen wollen und daß auch die Landesregierung ihre **Verwaltungen** auf die **Umstellung** zum Euro vorbereitet. Außerdem ist es positiv zu bewerten, daß sich nicht nur die Wirtschaft mit Macht auf den Euro einstellt, sondern daß auch in der Bevölkerung die Akzeptanz des Euro stetig steigt. Es gelingt von Tag zu Tag besser, Ängste und Verunsicherungen abzubauen und für die Chancen eines vereinten Europa zu werben. Nun kommt es darauf an, die zügige Umsetzung möglichst ohne Stolpersteine zu gestalten. Wir sind uns interfraktionell einig, daß die Übergangsphase von der DM zum Euro von großer Bedeutung ist, damit Deutschland bei der Umstellung keine Nachteile sowohl für die Wirtschaft als auch für jeden einzelnen Bürger, für jede einzelne Bürgerin produziert.

Die Bundesrepublik insgesamt wie auch jedes einzelne Bundesland muß den Interessen der Wirtschaft Rechnung tragen und Umstellungsprobleme in den Verwaltungen ernst nehmen. Am sinnvollsten ist es natürlich, wie auch der Finanzminister sagte, wenn es kon sensual eine einheitliche Vorgehensweise gibt.

Für die **Verwaltungsseite** ist es dabei von großer Bedeutung, die Bürgerinnen- und Bürgerfreundlichkeit weiter auszubauen. So darf ein zusätzlicher Aufwand - das sage ich an dieser Stelle sehr deutlich, Herr Stritzl - durch eine frühzeitige Umstellung der Steuerverwaltung nicht dazu führen, daß unter der zusätzlichen Arbeit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die übrige Arbeit nicht mehr schaffen, daß diese Arbeit dann liegenbleibt und Verzögerungen eintreten oder andere Modernisierungsmaßnahmen, die geplant waren, nicht mehr stattfinden können.

Da wir für eine Personalaufstockung kein Geld haben, müssen wir bei jeder neuen Verwaltungsaufgabe

auch fragen, ob der zusätzliche oder der vorgezogene Aufwand notwendig ist, zu welchen verwaltungsinternen Turbulenzen er führen würde und ob darunter die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger leiden. Die Ausführungen im Finanzausschuß zu diesem Punkt waren eindeutig. Dort wurde auch gesagt, daß die Umstellung durchaus Aufwand, Kosten und Personaleinbindung erfordert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich denke, wir sind kundenorientiert!)

Wir brauchen also keine Symbolpolitik, die lauthals verkündet, daß alle Steuererklärungen auch in Euro abgegeben werden können, sondern wir brauchen einen realistischen und finanzierbaren Weg, der möglichst allen Anforderungen gerecht wird.

CDU/CSU sprechen in der Frage der Euro-Umstellung - wie so oft - mit zwei Zungen. Hatte sich auf der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zunächst noch eine Einigung über einen begehbarer Weg, also über einen Konsens, abgezeichnet, so war es dann Herr Stoiber, der die Debatte mit dem fadenscheinigen Argument von der Tagesordnung schob, er wisse ja noch nicht, ob die Bundesrepublik letztlich bei der Währungsunion dabei sei. - So schnell kann Geschichte spielen und entscheiden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es hätte sich also wahrscheinlich bereits eine einvernehmliche Lösung gefunden, wenn diese nicht wieder einmal aus wahlaktischen Gründen aus Reihen der CDU/CSU verhindert worden wäre.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die CDU/CSU täte gut daran, sich endlich einheitlich zur Währungsunion zu bekennen und nicht hier als Antreiber und dort als Verhinderer aufzutreten. Die Kompromißlinie unter den Ländern sieht vor, die Schnittlinie der **Umstellung auf den Euro** zwischen der Finanzverwaltung der Länder und der freien Wirtschaft bei den abzugebenden **Steuererklärungen** zu ziehen.

Jetzt wird es interessant: Umsatzsteuer- und Lohnsteueranmeldungen sowie auch die Umsatzsteuer-Jahreserklärungen sollen wahlweise auf Euro umgestellt werden. Die für die Finanzverwaltung entscheidenden Körperschaft- und Einkommensteuererklärungen - der Finanzminister hat es ausgeführt - werden weiterhin in D-Mark abzugeben sein. Weil ausnahmslos alle Betriebe, Herr Kubicki, während der Übergangszeit bis zum Jahr 2002 in ihren Computern

über Umrechnungsfunktionen verfügen werden, wird das für niemanden ein Problem mit sich bringen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Weitergehende Forderungen der CDU entbehren einer fachlichen Grundlage.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer sagt das?)

Sie sind nur dem Versuch geschuldet, ihr schlechtes wirtschaftspolitisches Image aufzupolieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer sagt das?)

Herr Stritzl, wenn Sie dann vielleicht auch noch einmal etwas zu dieser Differenzierung sagen würden, ob Sie mit dieser Kompromißlinie, die dort gefunden worden ist, einverstanden sind oder ob Sie noch etwas anderes wollen.

Immerhin beinhaltet der CDU-Antrag ein klares Bekenntnis zur **europäischen Integration**. Das ist besonders positiv,

(Lachen bei der CDU - Meinhard Füllner [CDU]: Das müssen Sie uns gerade bescheinigen!)

weil CDU und CSU auf Bundesebene fast nur noch durch nationale Vorbehalte auf sich aufmerksam machen, wie zum Beispiel die Diskussion um die Höhe der Beiträge gezeigt hat, wo das platte Motto „Wir wollen weniger zahlen“ das reformbedürftige Beitragssystem der EU nur noch unter nationalem Interesse beleuchtet.

(Zurufe von der CDU)

Den zweiten Antragspunkt, wann wir nun den **Landeshaushalt** auch noch in Euro ausdrucken, sollten wir im Ausschuß - lassen Sie sich doch nicht irritieren! -,

(Zuruf von der CDU: Machen wir doch gar nicht!)

sehr ausführlich diskutieren, um genau zu wissen, worauf wir uns einlassen. Wir haben das ja eben so ein bißchen gegriffen formuliert; mir ist noch nicht ganz klar, was Sie da eigentlich wollen.

(Holger Astrup [SPD]: Denen auch nicht!)

Wem nutzt die Umstellung des gesamten Landeshaushalts auf Euro schon 1999, zu welchem **Verwaltungsaufwand** führt das? Brauchen wir denn auch die Ist-Listen, die Wirtschaftsberichte, die Umdrucke des Finanzausschusses in Euro? Wen macht das glücklich, wieviel Papierberge werden so zusätzlich

(Monika Heinold)

produziert, und wer liest das alles - außer Herrn Stritzl?

(Holger Astrup [SPD]: Der liest das ja nicht!
Das wissen wir doch!)

Zurück zum Bericht der Landesregierung! Wir müssen bei allen Entscheidungen berücksichtigen, daß das Land auch die Aufgabe hat, den rechtlich zugesicherten Übergangszeitraum, die **Doppelwährungsphase**, für alle Beteiligten sicherzustellen. Dabei darf die Übergangsphase nicht zu großen organisatorischen Problemen in der Finanzverwaltung führen. Deshalb ist es nötig, ergänzend zur Entscheidung der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam und konstruktiv nach Lösungen für auftretende Einzelprobleme zu suchen, statt plakative Forderungen aufzustellen. Europa wird nicht an der schleswig-holsteinischen Finanzverwaltung scheitern. Da bin ich mir sehr sicher.

Wir gehen davon aus, daß sich die Regierung wie bisher an konstruktiven Lösungen beteiligt, sich den Problemen nicht verschließt und versucht, möglichst gemeinsam mit den anderen Ministerpräsidenten eine Lösung zu finden. Ich glaube, die Motivation von Herrn Stritzl, daß auch die Lohnsteuererklärung zum 1. Januar 1999 in Euro abgegeben werden kann, ist dann auch eine Einzelposition - selbst in der CDU/CSU. Ich billige Ihnen das zu. Ich bin auch manchmal Minderheit in meiner Partei.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoerendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

(Holger Astrup [SPD]: Jetzt ist alles gesagt!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Astrup, es ist zwar alles gesagt, aber bedauernswertweise völlig falsch. Mir ist nach der Rede der Kollegin Heinold nicht mehr klar, wie sie das Abstimmungsverhalten ihrer eigenen Bundestagsfraktion zum Amsterdamer Vertrag erklären will, nachdem sie der Union und den Liberalen vorwirft, daß sie sich auch in dieser Frage für ein geeintes Europa eingesetzt haben. Frau Kollegin Heinold, wie rechtfertigen Sie es eigentlich, daß Sie die **Lohnsteuererklärung** in Euro abgeben dürfen, die **Einkommensteuererklärung** aber nicht? - Irgendwie ist das ein bißchen komisch.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] - Widerspruch der Abgeordneten Mo-

nika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich kann nur sagen: Ich habe auch bei Ihrer Rede vermisst, daß Sie das große Leitbild, das wir mit viel Geld bezahlt haben, zum Gegenstand Ihrer eigenen Erörterung machen. Das Leitbild lautet nämlich: **Kundenfreundlichkeit**. Ich habe von Ihnen über Kundenfreundlichkeit gar nichts gehört, sondern nur gehört, daß es darum geht, die Verwaltung in irgendeiner Weise zu befriedigen oder nicht weiter zu belasten. Ich finde es sehr bemerkenswert, daß der Staat Privaten etwas abverlangt, was er in seinen eigenen Reihen nicht organisieren will, nämlich die relativ zeitige **Umstellung auf den Euro**.

Herr Finanzminister, mir ist bei der Rede der Kollegin Heinold aber eine wunderbare Idee gekommen, weil ich ja respektiere, wie man mit Basis-Grünen auch Bewegung auslösen kann.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Basis-Grüne“ - so weit geht er an der Realität vorbei!)

- Ja, Frau Fröhlich, ich weiß, daß Sie von Basis-Grün nicht mehr sehr viel halten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat damit nichts zu tun! Sie haben mich falsch verstanden! Aber das ist ja nicht das erste Mal!)

- Aber es wird Sie trotzdem noch einholen. - Ja, das stimmt; das kann am Mangel intellektueller Kapazität bei mir liegen oder daran, daß Sie sich nicht ordentlich ausdrücken. Ich lasse das einmal dahingestellt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber ich werde dafür sorgen - das mache ich jetzt auch öffentlich -, ich werde propagieren, daß ab 1. Januar 1999 der gesamte bargeldlose Zahlungsverkehr von Steuerpflichtigen in Euro erledigt wird. Was meinen Sie, was mit Ihrer Verwaltung passiert, wenn für alle Steuerpflichtigen - Sie können sich ja nicht dagegen wehren, weil das gesetzliche Grundlage ist -, egal in welcher Währung sie die Erklärung abgeben müssen, die Bescheide, die ausgestellt werden müssen, anschließend mit Eurotransaktionen belegt werden. Dann gucke ich mir einmal an, was in Ihrer Finanzverwaltung passiert!

Ich halte die Tatsache, daß in Schleswig-Holstein erst am 1. Januar 2002 umgestellt wird, für einen Nean-

(Monika Heinold)

dertalismus, den ich gar nicht weiter beschreiben kann.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Wir müßten Vorreiter sein, auch und gerade, um die Akzeptanz in der Bevölkerung weiter durchzusetzen und nicht den Eindruck zu erwecken: Der Staat veranlaßt etwas, die Privaten dürfen es zuerst machen, er selbst macht es zum Schluß.

Wir sind übrigens ein Land, das in vielen Bereichen sehr starke internationale Verflechtungen hat. Was machen wir mit großen Unternehmen - Sie sagen dazu, die haben das in ihren Computern -, die beispielsweise Zahlungszuflüsse in Euro erhalten werden, die ihre Körperschaftsteuererklärung dann aber in D-Mark abgeben müssen? - Natürlich können die das. Aber es ist bei ihnen ein höherer Verwaltungsaufwand, den ihnen keiner entlohnt, als bei der Verwaltung, die den Verwaltungsaufwand ja verursacht. Wenn wir nach dem Verursacherprinzip vorgehen würden, müßten die Unternehmen, die gezwungen sind, so zu verfahren, eine Erstattungsleistung für ihren zusätzlichen Verwaltungsaufwand erhalten, für ihre zusätzlichen Kosten

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

und nicht sozusagen durch Sie noch nachträglich bestraft werden.

Was die Haushaltsfragen angeht, so bin ich da auch ganz begeistert, Kollege Döring. Natürlich gibt es im **Landeshaushalt** auch Positionen, bei denen es sinnvoll wäre, sie von vorneherein in Euro auszuweisen. Alle Mittelzuflüsse, die ab 1. Januar 1999 von der Europäischen Union kommen, werden uns in Euro ausgewiesen werden. Natürlich wäre es sinnvoll, das auch so darzustellen. Niemand verlangt, daß Entschädigungszahlungen wegen des Bussardfluges aufgrund getöteter Hühner nun in Euro ausgewiesen werden müssen. Deshalb stimmen wir ja zu, daß der Antrag in den Ausschuß kommt und wir uns einmal genau darüber unterhalten, in welchen Bereichen das jetzt festgelegt wird.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Aber daß wir als Landesgesetzgeber, als Parlament, das vehement für den Euro kämpft, für seine rechtzeitige Einführung und Durchsetzung, tatsächlich hier jetzt auch deutlich machen müssen, daß wir es ernst meinen, steht für uns völlig außer Frage.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Einführung des Euro sind bei vielen Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor Ängste verbunden. Herr Finanzminister, es ist ja nicht nur so, daß der Kollege Stoiber mit diesen Ängsten operiert; es gab ja auch einen Kanzlerkandidatenkandidaten der SPD, der mit diesen Ängsten operiert hat, sie jedenfalls - so sage ich einmal - aufgenommen hat. Ich bin dankbar, daß Sie sich hier hingestellt und offen erklärt haben - das war ja selbstredend -, daß die **Umstellung auf den Euro** keine Währungsreform ist, sondern nur eine Währungsumstellung. Es ist ja in manchen politischen Debatten - quer durch die Reihen - sehr häufig unterschwellig mit dem Eindruck operiert worden, es würde hierbei auch um eine **Währungsreform** gehen - mit der Folge, daß sich der Staat bei seinen Verpflichtungen entschuldet und die Privaten im Prinzip ihre Vermögenswerte verlieren.

Daß diese Angst übrigens in der Bevölkerung vorhanden ist, können Sie daran sehen, daß ähnlich wie bei der Regelung mit der Sonder-AfA und ihrer Abschaffung mittlerweile viele Menschen wieder ihr Geld in Sachwerte umtauschen, und zwar aus Furcht, es könnte nach dieser Währungsumstellung irgend etwas passieren. Die Zahl der Beurkundungen für Sachanlagenwerte bei den Notaren nimmt zu. Ich beklage das nicht, ich sage das nur. Deshalb wird es wirklich nötig sein, um hier wirtschaftliche Fehlallokationen zu vermeiden, die wir in Deutschlands Osten ja hatten, sehr stark und sehr deutlich von allen politischen Entscheidungsträgern darauf hinzuwirken, daß es eine reine Umstellung, eine reine Umrechnung 2 : 1 ist. - „Zwei Pfund früher zu einem Kilo“ haben Sie, Kollege Döring, gesagt. - Das ist auch heute noch so, zwei Pfund zu einem Kilo. Bei der Währung ist es auch so, daß es wahrscheinlich etwa im Verhältnis 2 : 1 für die Deutsche Mark abgehen wird. Wir werden das ja in einigen Wochen erfahren. Es geht darum, die Ängste insbesondere von älteren Menschen, die das ja mehrfach schon erlebt haben, herausnehmen, daß mit dieser Währungsumstellung etwas passiert, wie es in der deutschen Geschichte zweimal passiert ist, daß ihr Vermögen entwertet wurde. Das wird es nicht sein.

Noch einmal: Lassen Sie uns als Vorreiter vorangehen und nicht hinterherlaufen!

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

(Wolfgang Kubicki)

Wer den Europazug als Lokomotive führen will, darf sich nicht hinten ankoppeln.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht der Landesregierung macht deutlich, welch schwierigen und langwierigen Prozeß die **Einführung des Euro** auch für die Gesetzgebung und die **öffentliche Verwaltung** in Schleswig-Holstein darstellt. Für mich bleibt der Eindruck bestehen, daß weder die Bevölkerung noch die öffentliche Verwaltung auf die enormen Umwälzungen, die durch die Einführung des Euro am 1. Januar 1999 auf uns zukommen, genügend vorbereitet sind. Der Euro kommt - darüber gibt es keinen Zweifel mehr. Über die Sinnhaftigkeit der Währungs- und Wirtschaftsunion zum jetzigen Zeitpunkt kann man sich aber weiterhin streiten. Das möchte ich jetzt allerdings nicht weiter ausführen; dazu habe ich vorhin genug gesagt.

Auch werden wir uns in Zukunft noch öfter mit den weitreichenden Folgen beschäftigen müssen. Weil es sich bei diesem Tagesordnungspunkt nur um die technische und verwaltungsmäßige Umsetzung bei der Einführung des Euro handelt, werde ich nicht noch einmal auf meine grundsätzliche Kritik an der Wirtschafts- und Währungsunion eingehen.

In ihrem Bericht schreibt die Landesregierung, daß es sich dabei in den öffentlichen Verwaltungen mehr um einen komplexen als um einen komplizierten Änderungsprozeß handele. Diese Einschätzung ist sicherlich insofern richtig, als man die gesetzlichen, verwaltungsmäßigen und technischen Änderungen, die durch die Einführung des Euro entstehen, mit einem vernünftigen Einsatz von Mitteln in den Griff bekommen kann. Genau dies ist aber das Problem, weil die Länder zur Zeit nicht genug Ressourcen zur Verfügung haben, um den großen **Verwaltungs- und Kostenmehraufwand**, der mit der Umstellung verbunden ist, zu bewältigen.

Wenn man den Euro einführt und ab 1. Januar 1999 als Zahlungsmittel verwenden kann, dann ist es logisch - wie von der CDU gefordert -, daß „auch die Steuerverwaltungen des Bundes und der Länder zu diesem Zeitpunkt auf die neue Rechnungseinheit umstellen und Steuererklärungen für das Jahr 1999 auch in Euro abgegeben werden können“.

Durch die geplante Vorgehensweise der Landesregierung macht man es den Unternehmen nicht leichter.

Besonders viele Unternehmen mit internationalen Verflechtungen müssen als Folge in der **Übergangsphase** praktisch zwei Jahresabschlüsse, einen in Euro, einen in der nationalen Währung, abgeben.

Trotzdem werden wir dem CDU-Antrag nicht zustimmen, zum einen, weil wir grundsätzliche Bedenken gegen die Einführung des Euro zum jetzigen Zeitpunkt haben, zum anderen, weil wir der Meinung sind, daß die knappen Ressourcen der öffentlichen Verwaltungen, besonders der Steuerbehörden, für sinnvollere Dinge, nämlich für das Eintreiben von Steuern, genutzt werden sollten.

Auch die Forderung, die Ansätze des **Landeshaushalts** schon im Haushaltsjahr 1999 nicht nur in D-Mark, sondern auch in Euro auszuweisen, lehnen wir im Grunde genommen ab. Natürlich werden wir bereit sein, diese Frage noch einmal im Ausschuß zu erörtern. Abgesehen davon, daß sich der bürokratische Aufwand der Verwaltung dadurch vergrößert, sehen wir nicht den Nutzen dieser Forderung, zumal die Landesregierung angekündigt hat, daß ab 1999 wesentliche Übersichten nachrichtlich auch in Euro ausgewiesen werden.

Ein Wort zur Gestaltung der **Übergangszeit**! Im Bericht wird darauf hingewiesen, daß eine zu geringe Berücksichtigung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger die Gefahr birgt, daß sich die negative Einstellung zum Euro verfestigt oder sogar verschlechtert. Deshalb ist es die Aufgabe aller staatlichen Ebenen, den Bürgerinnen und Bürgern ihre Ängste zu nehmen und Akzeptanz und Verständnis für die neue Währung zu fördern. Um dies zu erreichen, werden einige Maßnahmen vorgeschlagen, unter anderem allgemeine Aufklärungs- und Werbekampagnen sowie Aufklärung zum Thema Euro in den Schulen.

Alle diese Initiativen werden unserer Meinung nach wenig nützen, wenn in der deutschen Öffentlichkeit nicht endlich eine kritische und sachliche Auseinandersetzung in dieser Sache möglich sein wird. Mein Eindruck ist leider, daß sowohl die Einführung als auch die Folgen der Wirtschafts- und Währungsunion entweder verniedlicht oder aber als unabdingbar für Frieden und Freiheit in Europa dargestellt werden.

Beides geht weit an der Realität vorbei, und die Menschen fühlen dies. Die Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger röhrt von einem Entscheidungsprozeß her, an dem sie nicht beteiligt waren, und von einer öffentlichen Debatte, in der jede Kritik an der Währungsunion von den Vertretern der etablierten Parteien zur Seite gefegt wurde.

(Wolfgang Kubicki)

Daher lautet unsere Konklusion: Der Euro-Dampfer startet 1999 mit der Gefahr, auf einen Eisberg zu stoßen.

Einer Ausschußüberweisung werden wir - wie ich vorhin schon andeutete - natürlich zustimmen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Spoerrendonk, eine kritische Diskussion über den Euro jetzt einzufordern, ist in der Tat ein bißchen abwegig, weil zu spät.

(Anke Spoerrendonk [SSW]: Das haben wir schon lange gefordert!)

Der Euro wird kommen. Das ist seit gestern klar. Er wird auch kommen, selbst wenn es der SSW nicht will.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Allen denjenigen, die der Auffassung sind, wir müßten die Diskussion jetzt führen, sage ich: Der eigentliche Zeitpunkt für eine kritische Diskussion über den Euro wäre zum Zeitpunkt des Ratifizierungsverfahrens des **Vertrages von Maastricht** gewesen.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Spoerrendonk [SSW])

Die Diskussion, die wir jetzt haben, kommt zu spät. Die Eurokritiker, die sich heute profilieren, haben damals beim Ratifizierungsverfahren des Vertrages von Maastricht nichts gesagt. Insofern ist das Schnee von gestern.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Nun ein paar Worte zu Ihrem Bericht zur Einführung des Euro, Herr Möller! Wir danken für die Vorlage, wir halten sie allerdings bestenfalls für einen Zwischenbericht; Präzisierungen sind in einigen Bereichen dringend erforderlich. Ich möchte zwei Beispiele dafür geben. Im Bericht ist die Rede davon, daß **100 Rechts- und Verwaltungsvorschriften** im Bereich des Innenministeriums geändert werden müssen. Sie werden nicht genannt. Weil zu vermuten steht, daß es sich dabei auch um Vorschriften handelt, die gebührenwirksam sein können, wären wir für eine genauere

Aufklärung in diesem zum Teil sensiblen Bereich dankbar.

Außerdem wünschen wir uns Präzisierungen im Bereich der **Kommunen**. Im Bericht heißt es, daß die verbindlichen Vorgaben für die Kommunen rechtzeitig vorgelegt werden. Für uns bedeutet „rechtzeitig“ hier, heute und jetzt.

(Unruhe)

Herr Döring, Sie haben angesprochen, daß viele Kommunen auf die Einführung des Euro noch nicht recht vorbereitet seien, die Mehrheit der Kommunen noch nicht damit begonnen oder darüber nachgedacht habe. Ein Grund dafür ist natürlich, daß die Vorgaben des Landes noch nicht vorliegen. Insofern ist eine entsprechende Vorlage zwingend erforderlich.

Weil das noch nicht erfolgt ist, Herr Möller, dürften Sie die Bundesregierung gar nicht kritisieren, wie Sie es im Bericht getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie kritisieren, daß neun Monate vor Einführung des Euro noch kein entsprechendes Gesetz der Bundesregierung verabschiedet worden ist.

Zu Ihrer Information - das werden Sie genauso gut wissen wie ich -: Die Bundesregierung hat als erste Regierung der Euroteilnehmerländer bereits im vergangenen Jahr ein **Euro einführungsgesetz** vorgelegt. Daß das noch nicht verabschiedet ist, sondern sich noch in den Ausschüssen befindet, hat den logischen Grund, daß man ein Einführungsgesetz nicht beschließen kann, bevor über die Einführung des Euro beschlossen worden ist, so daß das Gesetz logischerweise erst im Mai verabschiedet werden kann, und das wird dann auch passieren. Insofern ist hier eine Schulzuweisung an Bonn in der Tat abwegig.

(Beifall bei der CDU)

Wir freuen uns, daß die Forderung des Landtages übernommen wurde und sich die Landesregierung für einen Big Bang entschieden hat, das heißt für einen Verzicht auf die **Doppelwährungsphase**. Wir freuen uns darüber insbesondere deshalb, weil dieser Landtagsbeschuß auf unseren Antrag hin zustande gekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein gutes Zeichen, daß man Wesentliches auch aus der Opposition heraus bewegen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Dieses Wesentliche wird in der Form eines juristischen Big Bang stattfinden, was bedeutet, daß wir

(Anke Spoerrendonk)

einen Stichtag haben werden, ab dem der Euro gilt, und es eine Nachlaufphase für die D-Mark gibt. Das ist eine gute und praxisnahe Regelung. Für uns verbindet sich damit die Erwartung, daß wir eine doppelte Preisauszeichnung im ersten Halbjahr 2002 nicht haben werden. Wir glauben in der Tat - da haben Sie mir ja recht gegeben, Herr Möller, als Sie mich vorhin zitiert haben -, daß das mehr Verwirrung stiftet, als Aufklärung bringt.

Ich möchte zum Schluß fragen, worin der Unterschied besteht zwischen der doppelten Preisauszeichnung im Jahr 2002 und der „**doppelten Preisauszeichnung**“ im Haushalt ab 1999. Die doppelte Preisauszeichnung im Jahr 2002 wird nicht mehr erforderlich sein, weil wir die dreijährige Vorbereitungsphase gehabt haben, aber in der Zeit von 1999 bis 2002 müssen wir alles daransetzen, durch gute Information und Wahrnehmen einer Vorbildfunktion der öffentlichen Hand die notwendige Aufklärung mit zu betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Wir können nicht von den Banken und Sparkassen verlangen, daß sie ab 1999 jeden Kontoauszug im Saldo in Euro und D-Mark ausdrücken, aber uns selber als Land verweigern, wenn es um die summarische Ausweisung geht.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluß, Herr Abgeordneter.

Jost de Jager [CDU]:

Ja, ich höre die Glocke. - Zum Schluß möchte ich sagen, daß sich die CDU dafür ausspricht, unseren Antrag an den Ausschuß zu überweisen. Hinsichtlich der Steuererklärungen besteht in der Tat Diskussionsbedarf darüber, ob der Antrag in diesem Punkt erledigt ist oder nicht. Für uns deutet sich dies aber nicht an, weil es sich hier nur um einige Steuern dreht.

Was den Landeshaushalt anbelangt, so sind wir der Auffassung, daß wir gute Argumente haben. Diese möchten wir mit Ihnen austauschen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Beratung. Wir kommen zur Beschlusffassung, und zwar zunächst zu Tagesordnungspunkt 16 und damit zu Drucksache 14/1362.

Es ist Ausschußüberweisung beantragt worden; federführend soll der Finanzausschuß sein, mitberatend der Europaausschuß. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmabstimmungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 25 liegen keine Anträge vor. Somit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich schließe die Beratung der Tagesordnungspunkte 16 und 25.

Wir werden in die Mittagspause hinein tagen müssen. Deshalb rufe ich jetzt den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1373

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Gröpel.

Renate Gröpel [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem wir den ganzen Vormittag über Europa diskutiert haben, werde ich versuchen, den Bogen vom **Weltgipfel in Rio** bis zur Kommune in Wilster zu spannen.

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]:
Wieso denn Wilster?)

Mit dem gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Beschlüsse des Erdgipfels von Rio setzen wir uns für eine weitere Verstärkung und Unterstützung der **Agenda 21** in Schleswig-Holstein ein. Im Juni 1992 haben in Rio de Janeiro auf der Konferenz der Vereinten Nationen mehr als 170 Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland - und zwar unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl - ein Handlungsprogramm für eine umweltverträgliche, nachhaltige und gerechte Entwicklung der Welt für das 21. Jahrhundert unterzeichnet. Zukunftsfähig ist eine Entwicklung, wenn sie die ökologischen, sozialen und ökonomischen Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt, ohne die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen heute oder in Zukunft zu gefährden.

Erfreulicherweise nimmt die Beteiligung an diesem Prozeß zu. Zum Beispiel findet demnächst in **Straßburg** vom 26. bis zum 27. Mai 1998 der erste europäische Kongreß zum Thema „Nachhaltige Entwicklung in der Industrie“ statt. Auf diesem Kongreß werden wichtige Persönlichkeiten und Fachleute aus allen gesellschaftlichen Bereichen zu einem europäi-

(Jost de Jager)

schen Erfahrungsaustausch zusammenkommen, um unterschiedliche Ansätze des **integrierten Umweltschutzes** zu diskutieren.

In Schleswig-Holstein hat die Landesregierung bereits gute Initiativen ergriffen, zum Beispiel die „Kieler Runde“, die Einrichtung eines Agenda-Büros bei der Akademie für Natur und Umwelt, regionale Klimaschutzkonferenzen und Agenda-Kongresse.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit unserem Antrag möchten wir die **Landesregierung** zusätzlich auffordern, sich selbst dem Leitbild der dauerhaften umweltgerechten Entwicklung zu verpflichten. Darüber hinaus bitten wir darum, dem Landtag einmal pro Wahlperiode unter Einbeziehung des Klimaschutzberichtes über eingeleitete Maßnahmen und Ergebnisse zu berichten.

Unser Antrag soll aber auch die Verantwortung des Landes gegenüber den Kommunen noch einmal deutlich machen. Wir wollen, daß das Land die Gemeinden bei der Umsetzung der Agenda 21 weiterhin unterstützt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gefragt sind auch die **komunalen Landesverbände**, die wir bitten, die Umsetzung der **lokalen Agenda 21** verstärkt zu ihrem Schwerpunkt zu machen. Wir könnten uns zum Beispiel vorstellen, daß der Schleswig-Holsteinische Heimatbund seine lobenswerte Aktion „Wettbewerb umweltfreundliche Gemeinde“ zu einem Wettbewerb „Vorbildliche Agenda-Gemeinde“ weiterentwickelt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für viele stellt sich die Frage: Was ist eigentlich anders, was unterscheidet die lokale Agenda 21 von üblichen Umweltprogrammen? Mit der lokalen Agenda 21 übernehmen die Städte und Gemeinden konkrete Mitverantwortung für die weltweite Entwicklung, und zwar sowohl in wirtschaftlicher als auch in ökologischer und sozialer Hinsicht. Das Gefühl der Ohnmacht gegenüber bedrohlichen Entwicklungen soll durch aktives Handeln ersetzt werden. Das Motto „Global denken - lokal handeln“ wird mit Leben erfüllt.

In zahlreichen Städten und Gemeinden wurde mit der Aufstellung einer lokalen Agenda 21 begonnen, so zum Beispiel in meiner Heimatstadt, der Hansestadt Lübeck, aber auch im Kreis Ostholstein sowie in den Städten Neumünster und Reinbek. Ziel ist es, mit Hilfe einer lokalen Agenda 21 ökologische Ansätze mit denen der örtlichen Finanz- und Haushaltsplanung, der

Sozialplanung, der Wirtschaftsförderung und der regionalen Entwicklung zu verbinden und so Synergieeffekte zu nutzen. Hierbei können bestehende Ansätze integriert werden.

Es bedarf aber einer gesellschaftlichen Gesamtanstrengung, die auch von Verbänden und Vereinen ausgehen kann. Lösungswege wie zum Beispiel neue Lebensstile oder intelligenter Ressourcennutzung können nur gemeinsam beschritten werden. Verhaltensänderung setzt Bewußtseinsänderung voraus, und Bewußtseinsänderung wiederum fußt auf Information, auf der Kenntnis von Fakten.

Eine Agenda 21 kann in diesem Sinne nicht nur Leitlinien aufzeigen, sondern auch ein Rechenschaftsbericht für die Bevölkerung sein. Eine lokale Agenda 21 wäre ein Schritt in eine bessere Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Meßlatte dabei nicht zu hoch gehängt wird und erreichbare Etappenziele gesetzt werden, winken Erfolgserlebnisse und neue Motivationen. Wer mitmacht, kann viel bewegen. Die Agenda 21 ist ein urdemokratischer Mitmachprozeß, in dem Handeln von unten, statt von oben verordnet, an erster Stelle steht. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, das müßte doch auch in Ihrem Interesse sein. Landauf, landab werden Sie nicht müde, gegen zuviel Planung zu Felde zu ziehen. Nur bei der Umsetzung der Agenda 21 haben wir das Gefühl, daß Sie still vor sich hindämmern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade die Agenda 21 bietet doch alle Voraussetzungen, dem Ohnmachtsgefühl, daß von oben alles bestimmt wird, entgegenzuwirken. Sie ist eine Chance für die Kommunalpolitik, der Staatsverdrossenheit zu begegnen und das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an ihrem unmittelbaren Lebensmittelpunkt zu wecken. Nutzen wir diese Chance. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, stärken und ermutigen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wir dies als Querschnittsaufgabe betrachten, bitten wir darum, den Antrag federführend an den Umweltausschuß und zur Mitberatung an den Sozialausschuß, den Wirtschaftsausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Renate Gröpel)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich weise mit aller Zurückhaltung darauf hin, daß die angemeldeten Redezeiten Höchststredzeiten sind. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Todsen.

Herlich Marie Todsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Konferenz der Vereinten Nationen im Juni 1992 in Rio de Janeiro zum Thema „Umwelt und Entwicklung“ hat eine völlig neue Dimension und Grundlage für eine weltweite Umwelt- und Entwicklungspolitik geschaffen. Diese **Konferenz von Rio** ist zum Symbol einer neuen gemeinsamen Verantwortung aller Staaten für unsere Welt geworden.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

178 Staaten haben auf den dringenden Handlungsbedarf zur Rettung der Erde hingewiesen und grundlegende Vereinbarungen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung getroffen. 178 Staaten auf eine Grundlinie einzuschwören, war ein schwieriger Prozeß und ein dorniger Weg. Daß dabei auch Probleme ungelöst und Wünsche offengeblieben sind, ist unbestritten. Daß die Konferenz von Rio aber dennoch ein Erfolg war, ist ebenso unbestritten ein herausragendes Verdienst unseres Bundeskanzlers Helmut Kohl und des damaligen Umweltministers Professor Klaus Töpfer.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin der Kollegin Gröpel sehr dankbar, daß sie dies indirekt auch gesagt hat.

Zentrales Anliegen dieser neuen Umwelt- und Entwicklungspolitik ist die Verknüpfung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Aspekte. - Herrn Nabel erheitert dies offensichtlich sehr.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie erheitern mich!)

Das Leitbild der nachhaltigen umweltgerechten Entwicklung steht dabei für ein Konzept, das die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringt.

Hier wird also eines deutlich: Die Agenda 21 bezieht ganz ausdrücklich den **Menschen** in ihre Überlegungen ein, ja, man kann sogar sagen, die Agenda 21 stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Zielsetzung, stellt die Entwicklungsziele sogar prioritätär auf die menschlichen Bedürfnisse ab,

(Meinhard Füllner [CDU]: Das muß hier in Richtung auf Rot-Grün ganz deutlich gesagt werden!)

relativiert diese Zielsetzung allerdings durch die gleichzeitige Forderung nach der **nachhaltigen Umweltverträglichkeit** aller Maßnahmen.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Aber nicht Ausbeutung!)

Damit entspricht die Agenda 21 im Grundsatz den Zielen traditioneller CDU-Umweltpolitik, die den **Menschen als Teil des Ganzen** einbezieht und den Umwelt- und Naturschutz als querschnittsorientierte Aufgabe begreift.

(Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das merkt man!)

Daß die Agenda 21 Grundlage für eben diesen **querschnittsorientierten Umwelt- und Naturschutz** ist, macht die Fülle der Themenfelder in den 40 Kapiteln ebenso deutlich wie es die Überschriften der Teilabschnitte I bis IV tun: Soziale und wirtschaftliche Dimension, Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung, Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen und Möglichkeiten der Umsetzung.

Neben der **Umsetzung** der Agenda 21 auf internationaler und nationaler Ebene wird der Umsetzung auf der Ebene der **Kommunen** - da sind wir uns natürlich völlig einig - eine ganz besondere Bedeutung zugesessen. Vor diesem Hintergrund begrüße ich es, daß wir uns aufgrund Ihres Antrages hier im Parlament - und hoffentlich vertiefend auch in den Ausschüssen - nunmehr mit den Möglichkeiten, Notwendigkeiten, aber auch Grenzen einer Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein auseinandersetzen werden. Die CDU-Fraktion wird sich kritisch-konstruktiv in diese Diskussion einbringen. Dabei gebe ich allerdings - das sage ich ebenfalls in aller Deutlichkeit, und das wird Sie nicht erfreuen - keinen Freifahrtschein für ideologische Zielsetzungen à la Koalitionsvertrag und Landschaftsprogramm,

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist ein Fehler, ein großer Fehler!)

keinen Freifahrtschein, lieber Herr Nabel, für den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft in Schleswig-Holstein. Ich kann aus der Agenda 21 auch keineswegs die absolute Forderung nach der **flächendekkenden Einführung des ökologischen Landbaus** in Schleswig-Holstein ableiten.

(Konrad Nabel [SPD]: Schade, schade!)

Dagegen fordert die Agenda 21 sehr wohl eine intensive Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und deren Nutzung, die sich aus der Biotechnologie und

ihrer Entwicklung ergeben, nicht zuletzt auch mit dem Ziel, die Ernährungssicherung zu verbessern.

Ich will mit diesen wenigen Beispielen nur darauf hinweisen, daß es neben dem grundsätzlichen Konsens über die Notwendigkeit der Agenda 21 im Detail sicherlich noch strittige Diskussionen über die Inhalte, eventuell auch über die Strategien und Instrumente geben wird. Aber ich denke, in diesem Spannungsfeld machen wir schließlich auch gemeinsam Politik, hoffentlich zum Wohle unseres Landes.

(Konrad Nabel [SPD]: Das hängt von Ihnen ab!)

Ich will aber auch deutlich sagen, daß von der Bundesregierung eine Vielzahl von Gesprächsrunden, Projekten und Forschungsvorhaben auf den Weg gebracht worden ist, die ich hier jetzt angesichts der knappen Zeit nicht im Detail nennen kann. Aber auch unsere CSU-Freunde in Bayern haben bereits seit 1995 Vorbildliches auf diesem Sektor getan,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind hier in Schleswig-Holstein, nicht in Bayern!)

und vielleicht können wir uns hier in Schleswig-Holstein auch von dem einen oder anderen eine Scheibe abschneiden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum schieben sie immer Bayern vor!)

Die Agenda 21 stellt den Gedanken der Beteiligung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen an der Umweltpolitik in den Mittelpunkt. Eine nachhaltige Entwicklung läßt sich nur mit den Unternehmen und Bürgern durchsetzen, nicht gegen sie. Auch dies entspricht in vollem Umfang dem CDU-Grundsatz eines partnerschaftlichen Natur- und Umweltschutzes.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich stimme der Ausschüßüberweisung zu; ich möchte aber darum bitten, ergänzend auch den Agrarausschuß zu beteiligen; ich bin der Meinung, daß er dabei ganz wichtig ist.

(Lothar Hay [SPD]: Finanzausschuß!)

Abschließend sage ich: Ich finde, es lohnt sich, auch gemeinsam zu streiten - im Interesse der Menschen in unserem Land und im Interesse einer nachhaltigen umweltgerechten Entwicklung Schleswig-Holsteins, wirtschaftlich, sozial und ökologisch! Ich hoffe, daß wir doch die eine oder andere gemeinsame Position finden. Wenn es dann -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Todsen, kommen Sie bitte zum Schluß!

Herlich Marie Todsen [CDU]:

- ein Teil ist und nicht alles, wäre dies ja ebenfalls ein guter gemeinsamer Weg.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Matthiessen!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Agenda 21 haben sich fast 150 Staaten der Welt in Rio dazu verpflichtet, auf der Erde nachhaltig zu wirtschaften, unser Naturerbe zu bewahren, die einzelnen Volkswirtschaften gerecht miteinander zu verknüpfen, das heißt fairen Handel zu betreiben. Dieses Weltabkommen wurde auch von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet und getragen. Es handelt sich dabei weiß Gott nicht um ein Kulturabkommen mit Aserbeidschan. Die Bundesregierung und die Weltgemeinschaft verpflichten sich, auf allen staatlichen Ebenen und mit allen gesellschaftlichen Akteuren Maßnahmen zu ergreifen. Was aber die Oppositionsfraktionen hier im Landtag angeht, so ist mir keine Aktivität bekannt, die geeignet wäre, diesen Prozeß zu unterstützen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur dagegen!)

Wenn ich vielleicht einmal davon absehen darf, daß zu Beginn der Legislaturperiode Herr Hennig einige Obstbäume - ich meine mich zu erinnern, sogar eigenhändig - auf einer Streuobstwiese pflanzte, von dieser Marginalie einmal abgesehen, gibt es nichts. Ihre Anträge und Aktivitäten sind eher geeignet, einer nachhaltigen Weltentwicklung entgegenzuwirken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie organisieren Aufstände gegen die Naturschutzpolitik der Landesregierung, Sie beschränken Ihre politischen Alternativen auf eine Sentenz, nämlich „mit den Menschen“, bleiben aber die Konkretion schuldig. Operationalisierbare Anträge und Initiativen Ihrerseits kann ich nicht feststellen,

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Dann haben Sie eben gar nicht zugehört!)

nichts zum Klimaschutz, nichts zur Reduzierung des Energieverbrauchs!

(Herlich Marie Todsen)

Wie sehen Ihre Konzepte zur Verminderung des motorisierten Individualverkehrs aus? Wie wollen Sie den Flugverkehr begrenzen? Welche Chancen können wir für die Länder eröffnen, die auf der Verliererseite dieses Erdballs stehen?

Offensichtlich ist Ihnen entgangen, daß die Bundesregierung, die den Vertrag von Rio unterzeichnet hat, von Ihrer Partei gestellt wird,

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Ja, die machen das sehr gut, Herr Matthiessen!)

und daß Sie die parlamentarischen Mehrheiten in Bonn zur Ratifizierung dieses Vertrages mit gestellt haben. Der Vertrag von Rio ist aus Ihrer Sicht offensichtlich nur ein Lippenbekenntnis oder ein Scherz.

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Überlassen Sie uns die Regierung in Schleswig-Holstein, dann machen wir das auch! - Lachen des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wenn ich Ihre politischen Aktivitäten summarisch bewerten soll, dann muß ich Ihnen eine solche Einstellung unterstellen.

Sicherlich ist der Umbau einer so hochkomplexen Industriegesellschaft nicht einfach, aber es steht doch wohl außer Frage, daß, wenn wir so weitermachen wie gehabt, von **Nachhaltigkeit und Weltgerechtigkeit** keine Rede sein kann. Unsere Art des Wirtschaftens ist nicht exportfähig. Jeder weiß, daß die Übertragung nur von Bruchteilen unseres Verkehrssystems zum Beispiel nach China ökologisch zur weltweiten Dekompen-sation führen würde. Das gleiche gilt für die Energiepolitik und vieles mehr.

Ich habe auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition noch niemanden getroffen, der das abstreitet.

Wir sind nun in der politischen Praxis allerdings bei dem Spiel angelangt, daß wir von der Seite der Grünen aus Maßnahmen vorschlagen für eine Verkehrswende, für eine große Steuerreform, für die steuerliche Belastung von Energie- und Ressourcenverbrauch mit daraus folgender Entlastung der Arbeitskosten und so weiter.

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Ein sehr erfolgreiches Konzept!)

Sie beschränken sich darauf, Aufstände dagegen zu organisieren, zum Beispiel Ihre merkwürdige 5-Liter-Kampagne!

Äußerte nicht Herr Geißler Unverständnis für die Kampagne des Pastors Hintze, weil sich der Vorschlag der Grünen als kompatibel mit dem Grundsatzprogramm der CDU erweist? Fordert nicht der CSU-

Arbeitskreis „Umwelt“, den Sie selbst erwähnt haben, Frau Kollegin, schon seit Jahren, den Spritpreis um jährlich 5 % steuerlich zu belasten? Sagte nicht die Bundesumweltministerin - in Klammern: CDU - nach dem Magdeburger Parteitag der Grünen, sagte Frau Merkel nicht, Energie teurer und Arbeit billiger zu machen, sei - so wörtlich - „eine richtige Grundidee“? Lediglich die Festsetzung von Modus und Ergebnis der Verteuerung im Wahlprogramm fand sie kontraproduktiv. Ich denke, sie könnte in beiden Punkten recht haben. Und schließlich: Wolfgang Schäuble - wollen wir den nicht vergessen! - wollte noch im vergangenen Herbst die **Mineralölsteuer** anheben, um ein weiteres Ansteigen der Rentenbeiträge zu verhindern. Wörtlich sagte er: „Wir werden den Straßenverkehr teurer machen müssen.“

Warum nach Bonn in die Ferne schweifen - sieh', die Gute residiert so nah -: Ministerpräsidentin Simonis sprach sich auf einem Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung hier in Kiel, der sehr gut besucht war, für eine **ökologische Steuerreform** aus.

Verteuerung von Energie- und Ressourcenverbrauch durch ökologische Steuerreformen ist eine agenda-gerechte Maßnahme; sie setzt eine marktwirtschaftliche Dynamik zum Umbau unserer Industriegesellschaft frei. Die CDU blockiert mit ihren populistischen Roll-backs gegen jeden Versuch, politische Konzepte für agenda-gerechte Maßnahmen zu diskutieren und umzusetzen, letztlich sich selbst.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung werden Sie so allerdings in keiner Weise gerecht. Ich fordere Sie auf, Ihre Blockadehaltung, die Sie ja immer gern anderen vorwerfen, aufzugeben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluß, Herr Abgeordneter!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Agenda 21 und die lokale Agenda 21

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Wie schade, daß Sie nicht zugehört haben!)

sollen in einem gemeinsamen Diskussionsprozeß mit allen gesellschaftlichen Akteuren

(Uwe Eichelberg [CDU]: Null Inhalt!)

nach Lösungen für die großen Herausforderungen des kommenden Jahrhunderts suchen. Dieses Ziel wollen wir durch unseren Antrag unterstützen. Ich bitte Sie,

(Detlef Matthiessen)

Ihre Unterstützung für diesen Antrag nicht zu versagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Herlich Marie Todsen [CDU]: Kein Stück flexibel!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Redet noch jemand von der F.D.P.? - Das Wort hat die Frau Abgeordnete Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Matthiessen, der Rio-Prozeß braucht keine weiteren Büros, ob sie mobil sind oder nicht.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Er braucht konkrete Ziele, die umgesetzt werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche?)

Und daran hapert es.

Die F.D.P. hat ein **Ökosteuermodell** vorgelegt, das wirtschaftsverträglich ist und das ein Einstieg in die Besteuerung von Energie statt in die Besteuerung von Arbeit sein könnte. Die Grünen lehnen es ab, und die CDU lehnt es auch ab. In der SPD gibt es Teile, die dafür sind. Arbeiten wir doch gemeinsam an solchen Modellen, statt daß Sie mit Ihrem grünen Fundamentalismus jegliche Bestrebungen zum Umwelt- und Naturschutz kaputt machen.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Peinlich!)

Es ist doch ganz offensichtlich: Die Grünen versuchen, mit einem solchen Antrag von den Defiziten abzulenken, die sie in ihrer konkreten Regierungspolitik nicht aufarbeiten können.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag sich verpflichtet fühlt, das 1992 in Rio erstellte Handlungsprogramm für einen **nachhaltigen Umweltschutz** und damit eine **dauerhaft umweltgerechte Entwicklung** der Welt für das 21. Jahrhundert zu unterstützen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie dazu getan?)

Sie merken selbst an: Die Bundesrepublik Deutschland hat das Handlungsprogramm unterzeichnet, und auf

Bundesebene gibt es konkrete Forschungsprojekte und Handlungsprogramme.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die Ziele werden alle nicht erreicht!)

Ich kann nicht erkennen, daß in Schleswig-Holstein in der Umsetzung des Rio-Prozesses tatsächlich etwas geschehen ist, bei allem Engagement, das ich Frau Röper in ihrem Beitrag nicht absprechen möchte. Der Rio-Prozeß wird von niemandem auch nur ansatzweise in Frage gestellt. Was wir als F.D.P. allerdings in Frage stellen, ist, daß solche Maßnahmen immer dazu führen, daß neue Büros, neue Strukturen, neue Verwaltungseinrichtungen geschaffen werden, als hätten wir nicht genug Verwaltung in diesem Land und als hätten wir nicht Behörden, die dies alles übernehmen könnten.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Haller [CDU])

Wir brauchen nicht für jeden neuen Prozeß eine neue Verwaltungseinrichtung.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben wir noch den schönen Antrag mit den neuen Leitbildern, frei nach dem Motto:

Und wenn ich nicht mehr weiter weiß,
dann bild ich einen Arbeitskreis.
Hilft dieser aber auch nicht mehr,
muß schnell ein neues Leitbild her.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Was SPD und Bündnisgrüne in der Sache nicht schaffen, werden sie mit einem neuen Leitbild auch nicht erreichen. Wer an einem **Landschaftsprogramm** so lange strickt, bis sich auch die letzte Gemeinde vor den Kopf gestoßen fühlt, wer Landwirte im Namen des Naturschutzes kalt enteignet,

(Zuruf von der SPD: Oh, oh! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist noch nie jemand enteignet worden!)

der kann für seine Umwelt- und Naturschutzpolitik kein Verständnis erwarten.

(Beifall bei der CDU - Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Umweltschutz ist keine Maßnahme L'art pour l'art, Umweltschutz braucht nicht mehr Büros und Pläne, sondern Umweltschutz braucht konkrete Maßnahmen und Entscheidungen.

Als die F.D.P.-Fraktion versucht hat, dies zum Beispiel an der **Nordtrasse der A 20** festzumachen, die

(Detlef Matthiessen)

eindeutig umweltverträglicher wäre als die Südtrasse, haben die Grünen das abgelehnt. Statt dessen formulieren sie heute die Aufforderung, eine **umweltgerechte Verkehrsplanung** in den Kommunen zu unterstützen. Das erinnert mich ganz fatal an das Wort von der Ökoautobahn des Umweltministers Heydemann.

(Zuruf von der SPD)

Verkehr begründet immer einen Eingriff in die Natur und die Umwelt. Wir können uns lediglich darum bemühen, die Verkehrsplanung umweltschonend durchzuführen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Nein, ich möchte gern zum Schluß kommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir können uns lediglich darum bemühen, die Verkehrsplanung umweltschonend durchzuführen. Die F.D.P. hat dazu Angebote gemacht, zum Beispiel die **Nordtrasse der A 20**. Das wurde von der SPD wegen des Klientels der eigenen Parteimitglieder abgelehnt, von den Grünen aber aus Fundamentalismus.

(Konrad Nabel [SPD]: Menschen als Klientel!)

Die technologischen Vorteile der Magnetschwebebahntechnik gegenüber dem Verkehr auf Rädern, die sich vor allem im geringeren Energie- und Landschaftsverbrauch auswirken, sind so gravierend, daß die Umsetzung dieser Technik dringend angeraten ist für ein nächstes Jahrtausend.

(Widerspruch des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Aber auch das lehnt Rot-Grün selbstverständlich ab.

(Konrad Nabel [SPD]: Ja!)

Von Technikfreundlichkeit reden - ja, aber Technikfreundlichkeit durchführen - nein.

Und dann, nach fast sechs Jahren, seitdem die Agenda 21 in der Welt ist, fällt Ihnen nun eine mobile Agendaberatung ein. Dabei haben wir mit Sicherheit schon eine Menge Beratung und auch ein funktionierendes Agenda-21-Büro. Uns kommt der Verdacht, daß Sie die Gelder, die Sie mit der Umweltlotterie in die Hand bekommen, schleunigst ausgeben wollen; denn irgendwo müssen sie ja untergebracht werden.

Dann noch eine weitere Anmerkung. Sie fordern die Landesregierung auf, einmal pro Wahlperiode über den Stand der Umsetzung der Agenda 21 zu berichten.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Vier Jahre haben Sie gebraucht, um ein Landschaftsprogramm zu erarbeiten. Sie schaffen es nicht, die vorgeschriebenen Pläne im Abfallwesen rechtzeitig vorzulegen. Wo soll dieses Umweltministerium, das seine Hausaufgaben eindeutig nicht macht, eigentlich die Zeit finden, einen zusätzlichen Agendabericht zu erstellen? Wenn es das schafft, weiß ich warum. Es ist nämlich schon Wahlkampf für das Jahr 2000.

(Beifall bei der CDU)

Die F.D.P. wird diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß sich alle hier im Landtag vertretenen Parteien zu den Zielsetzungen des Handlungsprogramms für eine umweltverträgliche, nachhaltige und gerechte Entwicklung der Welt bekennen, wie sie 1992 in Rio von 170 Staaten - darunter auch die Bundesrepublik Deutschland - in der Agenda 21 unterzeichnet worden sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glaube ich nicht!)

- Doch, das glaube ich schon. Beim Klimagipfel in Kioto sind die Zielsetzungen der erheblichen Kohlendioxidreduktion im Kern von allen Staaten bestätigt worden, auch wenn man sich ein anspruchsvolleres Ergebnis gewünscht hätte.

Für Schleswig-Holstein gilt es, diese Zielsetzungen in konkrete Politik umzusetzen. Die Studie des Ökoinstituts Darmstadt „Umweltauswirkungen des demographischen, sozialen und kulturellen Wandels bis zum Jahre 2010“ hat noch einmal die Probleme und Herausforderungen aufgezeigt, vor denen Schleswig-Holstein steht. Neben der wachsenden Versiegelung unseres Bodens wird besonders die Luftverschmutzung, verursacht durch den steigenden Verkehr, das größte Problem sein.

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Obwohl laut Umweltminister Steenblock die Zahl der Bürgerinnen und Bürger ständig zunimmt, die die Notwendigkeit zur **Veränderung des Produktions- und Konsumverhaltens** mit dem Begriff der Agenda 21 verbinden, ist es sicherlich auch richtig, daß die Zielsetzungen und Beschlüsse von Rio einfach noch bekannter gemacht werden müssen - auch bei den **Kommunen** und den Verantwortlichen vor Ort. Trotz vieler guter Ansätze gibt es in Schleswig-Holstein noch zu viele Kommunen, die einen Nachholbedarf bei dieser Thematik haben. Denn gerade den Kommunen kommt bei der Umsetzung der Beschlüsse eine entscheidende Bedeutung zu. „Global denken - lokal handeln“, das Motto solle man sich immer wieder ins Bewußtsein rufen.

Die globalen Ziele der Agenda 21 sind klar, aber die lokale Umsetzung ist sehr schwierig. Das war auch das Ergebnis der Fachtagung „Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein“, die hier im Landeshaus im Dezember letzten Jahres mit Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Verwaltung und Organisationen von der Umweltakademie durchgeführt wurde. Die vier Arbeitsgruppen in den Bereichen Wohnen/Stadtentwicklung, Verkehr, Landwirtschaft und Tourismus konnten sich sehr schnell über die Qualitäts- und Umsetzungssziele einigen, aber bei den konkreten Schritten wurden die Schwierigkeiten vor Ort deutlich.

Dabei fehlt es nicht am guten Willen der Verantwortlichen. Das größte Problem neben den von der lokalen Politik schwer beeinflußbaren Rahmenbedingungen wie die Energie- und Strompreise sind vor allem der fehlende Informationsgehalt über die Möglichkeiten, selber Initiativen anzustoßen.

Der SSW wird deshalb den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen. Denn in der Tat geht es jetzt darum, die Kommunen konkret dabei zu unterstützen, bei der Umsetzung der Agenda 21 einen Schritt weiterzukommen. Der vorgeschlagene **Aktionsplan** für eine „dauerhaft umweltgerechte Entwicklung in Schleswig-Holstein“ und eine mobile Agenda 21-Beratung können dabei behilflich sein. Weiter sind wir auch guter Hoffnung, daß die kommunalen Landesverbände der Aufforderung nachkommen werden, die schleswig-holsteinischen Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 21 durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.

Wir stimmen einer Überweisung an den Fachausschuß zu.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat nun Herr Minister Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde es begrüßen, wenn wir endlich einmal eine gemeinsame Resolution dieses Landtags bekämen, hinter der auch die Regierung voll steht, eine Resolution des Inhalts, daß in diesem Lande alle, die Verantwortung in der Politik tragen, davon ausgehen, daß **Naturschutz nur mit den Menschen** gemacht werden kann. So könnten wir aus dieser billigen polemischen Debatte herauskommen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Machen Sie es doch!)

Wir fühlen uns dem Gedanken immer wieder verpflichtet, daß Naturschutzpolitik mit den Menschen und für die Menschen gemacht wird. Das ist ein wesentlicher Bestandteil der Politik, wie sie im Agenda-
prozeß formuliert ist. Da geht es nämlich um die Nachhaltigkeit. Das bedeutet die Vorstellung, daß wir nicht von dem Kapital dieses Planeten, sondern von den Zinsen leben. Wir dürfen unseren Wohlstand nicht durch die Ausbeutung anderer Länder begründen. Vielmehr muß es eine soziale, gerechte, ökologisch und ökonomisch verträgliche Zukunftsgestaltung geben. Diese gibt es aber nicht, weil die Lebensgrundlagen nicht ausreichend geschützt sind. Diese Situation müssen wir verändern.

Jeder, der den Eindruck erweckt, wir brauchten nur so weiterzumachen wie bisher, hat den Prozeß der Agenda 21 einfach nicht verstanden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und SSW)

Ausgangspunkt ist die internationale, **globale Naturzerstörung**. Wir leben durch die Art und Weise, wie wir hier bei uns produzieren, auf Kosten der Menschen in anderen Regionen dieser Welt. Wir geben jedes Jahr ungefähr 15 bis 20 % unseres Bruttosozialprodukts - 450 bis 600 Milliarden DM - für Umweltreparaturen aus. Das kann eine Volkswirtschaft über längere Zeiträume einfach nicht verkraften.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir eine **vorsorgende Umweltpolitik** und auch ein ökonomisches System, das den volkswirtschaftlichen Unsinn der Verlagerung der Kosten in die Zukunft hinein, durch den unsere Kinder, Enkel und die nachfolgenden Generationen Umweltschäden hinnehmen müssen, die wir verursachen und die sich materiell natürlich irgendwann auswir-

(Peter Gerckens)

ken, vermeidet. Aus dem bisherigen System müssen wir herauskommen. Wir brauchen eine **verursachergerechte Anlastung der Kosten**. Das ist ein grundsätzliches Prinzip.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind in Schleswig-Holstein auf einem richtigen Weg. Wir gehen ihn zwar nicht immer in dem Tempo, wie ich es mir wünschen würde, aber wir gehen schrittweise in die richtige Richtung.

Wir haben in Schleswig-Holstein das Agendabüro eingerichtet. Es ist eine zentrale Koordinationsstelle. Hierbei müssen die **Kommunen** die Träger des Prozesses sein. Das ist etwas, was ich richtig und gut finde. Alle Redner aller Parteien haben das hier unterstrichen. Der Prozeß der Agenda ist kein Prozeß, der von politischen Parteien getragen werden kann, sondern es ist ein Prozeß der gesellschaftlichen Gruppen in diesem Land, an dem alle beteiligt sind, angefangen bei den Landwirten über die Gewerbetreibenden, die Umweltverbände bis hin zu den Menschen, die in den Sportvereinen tätig sind. Alle Menschen müssen beteiligt werden. Das muß der Grundsatz dieses Prozesses sein, und er ist zu vernetzen und zu organisieren. Das ist dann eine Aufgabe des Staates, wenn er sich dieser Verantwortung stellen will.

Ich wäre sehr dafür, wenn wir die Bedeutung des Agendaprozesses akzeptierten, auch die staatliche Verantwortung dafür zu tragen. Wir müssen dann sagen: Wir stellen die Ressourcen zur Unterstützung des Prozesses, der auf der gesellschaftlichen Ebene läuft, zur Verfügung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Natürlich ist es wichtig, daß wir uns gleichzeitig - das gilt auch für die staatliche Politik, gerade was den Aufbau und den Abbau der Verwaltung angeht - entsprechende Modelle überlegen. Wenn man neue Bereiche in der Gesellschaft als wichtig erkennt und dafür Strukturen schaffen muß, die der Staat mitfinanziert, dann muß man versuchen, in einem Komplementärprozeß woanders Verwaltungsstrukturen zu reduzieren, nämlich da, wo bisher wahrgenommene Aufgaben nicht mehr notwendig sind. Wenn wir auf diese Weise in ein Gleichgewicht zwischen die **Neuordnung** und den Abbau **von Verwaltungsstrukturen** kommen, würde ich mich freuen. Das setzt aber auch voraus, daß wir aus subventionierten Bereichen herausgehen, daß wir in der staatlichen Verwaltung die Bereiche, die zwar liebgewordene Gewohnheiten darstellen, aber nicht mehr unbedingt notwendige Aufgaben erfüllen, schließen. Wir müssen uns einig sein, daß wir zusammen in diese Richtung marschieren wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gestatten Sie mir noch ein Wort zum Schluß. Ich glaube, daß gerade die **Landwirtschaft** in dem Prozeß der Agenda 21 eine ganz wichtige Rolle spielt. Deshalb ist es wichtig, daß wir uns wie auch die Länder um uns herum - zum Beispiel Österreich und Dänemark - zu einer umweltgerechteren Landwirtschaft auf den Weg machen. Das muß nicht immer unter dem Label des Ökolandbaus sein. Aber die Entwicklung dahin muß von uns deutlich gewollt sein. Wir müssen immer wieder klarmachen, daß wir in diesen Flächenländern nur dann zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise kommen, auch was den Flächenverbrauch angeht, wenn wir das mit einer umweltverträglichen Landwirtschaft machen.

Deshalb mein Appell: Lassen Sie uns versuchen, in diesem Bereich nicht ständig nur die Gegensätze aufzubauen! Der Agendaprozeß ist gerade auf internationaler Ebene einer, der von Solidarität getragen wird. In vielen Fragen der ökonomischen Entwicklung geht es uns darum, **umweltverträglichere Produktions- und Konsumstrukturen** zu entwickeln. Da sind einige sicherlich radikaler als andere in diesem Hause. Aber wenn wir uns wenigstens in dieser Zielsetzung einig sind - was ich nach der Debatte von heute morgen nicht so ganz glaube; denn da kam die Zielsetzung des „weiter so“ zum Ausdruck, und die Verantwortung für die Zukunft war nicht das bestimmende Moment - und wenn es uns darum geht, unsere Kinder und die nachfolgenden Generationen von den Folgen unseres Handelns tatsächlich zu entlasten, dann müssen wir mehr Anstrengungen zu einem ökologischen Umbauprozeß in dieser Gesellschaft machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist nur Ausschußüberweisung beantragt worden, aber dafür um so gründlicher. Es ist darum gebeten worden, daß der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1373, zur Federführung an den Umweltausschuß und zur Mitberatung an den Sozial-, den Wirtschafts-, den Innen- und Rechts- sowie an den Agrarausschuß überwiesen wird. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einmütig so beschlossen worden.

(Minister Rainder Steenblock)

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich wünsche einen guten Appetit.

Die Sitzung wird um 15:00 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 6 wiedereröffnet.

(Unterbrechung: 13:27 bis 15:01Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Bevor ich in die Tagesordnung einsteige, möchte ich Besucherinnen und Besucher begrüßen. - Das ist zur Zeit noch nicht möglich.

(Heiterkeit)

Dann wenden wir uns einmal dem Tagesordnungspunkt 6 zu. Den rufe ich hiermit auf:

Erste Lesung des Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1372

Zur Begründung wird das Wort nicht gewünscht.

Wir können gleich in die Grundsatzberatung einsteigen. Dann will ich das Wort der Frau Abgeordneten Happach-Kasan erteilen. Ich hoffe, daß sich noch mehr Abgeordnete einfinden werden, bis Sie hier vorn sind.

(Meinhard Füllner [CDU]: Dann gehen Sie einmal langsam!)

Sie haben das Wort.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Ich bin schon etwas älter! Ich muß langsam gehen!)

- Ja, das ist richtig.

(Heiterkeit)

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, vor einem erlesenen Kreis Naturschutzbegeisterter hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag sprechen zu können,

(Beifall bei der CDU)

und möchte Ihnen eine besonders schöne Rede vorlegen, damit Sie für Ihre jetzige Anwesenheit belohnt werden. Ich begrüße insbesondere den Herrn Kollegen Plüscha, der mir schon freundlich zugewunken hat und sich sicherlich über den Antrag der Fraktion der F.D.P. zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes freut.

Dennoch Spaß beiseite. Vor drei Jahren sprach die Umweltministerin Müller von verbrannter Erde, die Professor Heydemann in Schleswig-Holstein hinterlassen habe. Eine richtige Beobachtung.

Heute können wir feststellen, daß in den zwei Jahren rot-grüner Landesregierung auf dieser Erde kein Samenkorn keimen konnte, kein neues Grün gewachsen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der rot-grüne Koalitionsvertrag, die bis jetzt bekanntgewordenen Vorstellungen der Landesregierung zur Novellierung des Nationalparkgesetzes, der Entwurf des Landschaftsprogramms, all dies, Herr Minister Steenblock - er ist leider nicht da -, sind Steinblöcke, die das Engagement und die Kreativität unserer Bürgerinnen und Bürger für den Naturschutz zupflastern. Sein Name ist offensichtlich Programm.

Die Gründungswelle von Vereinen, die sich dem Naturschutz verpflichtet fühlen, ist längst abgeebbt. Inzwischen hat die Gründung von Vereinen Konjunktur, die sich gegen behördlich verordneten Naturschutz wehren.

Ein besonders schweres Erbe, Herr Minister Steenblock, wenn Sie denn da wären, haben Sie mit der Übernahme des **Stegkonzeptes** angetreten. 15 Stege wurden abgerissen, 1.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich zur Abwehr gegen behördlichen Naturschutz in einem Verein zusammengeschlossen. Es wurde erreicht, daß das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den staatlichen Naturschutz weiter gesunken ist. Die Natur ist der Verlierer.

1990 wurde in Schleswig-Holstein zuletzt ein Fördergebiet für national repräsentativen Naturschutz beschlossen - die Schaalsee-Landschaft. Die Initiative kam aus der Region. Das Projekt wird in der Region gestaltet. Fazit: Naturschutz ist erfolgreich, wenn er in der Region betrieben wird. Das Projekt Kossautal konnte unter anderem deswegen nicht umgesetzt werden, weil eine echte regionale Einbindung von der damaligen SPD-Regierung nicht gewollt wurde.

(Beifall bei der CDU - Ursula Kähler [SPD]: Das stimmt nicht!)

Sie spüren offensichtlich nicht, daß Ihre Formel von der ökologischen Modellregion viele Menschen im Land vor den Kopf stößt und Abwehr hervorruft. Sie mag bei Ihren Parteifreunden auf der linken Seite des Hauses einem Heiligschein gleichkommen. Als Werbeslogan für Naturschutz taugt diese Formel nicht.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Wer dem **Naturschutz** wieder einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft verschaffen will - und das ist Voraussetzung für größere Erfolge im Umweltschutz -, muß aufhören, das Netz der gesetzlichen Bestimmungen enger zu knüpfen, muß statt dessen Freiräume für die Bürgerinnen und Bürger, für die Gemeinden schaffen.

Mehr Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, in die frisch gewählten Gemeindevertreter und weniger staatlicher Dirigismus wird in der Bilanz zu mehr Naturschutz führen.

Die Debatte um den Entwurf des Landschaftsprogramms hat gezeigt, daß weitgehende Einigkeit darüber herrscht, daß der Entwurf zumindest mißlungen ist. Das muß nicht noch einmal diskutiert werden. Die Landesregierung ist gefordert, die Anhörungen auszuwerten und die Vorschläge ernst zu nehmen.

Als der Umweltminister heute morgen allerdings von einer billigen polemischen Debatte in diesem Land sprach, hatte ich die Befürchtung, daß er sich hinter seiner eigenen Rhetorik verstecken wird, statt das Landschaftsprogramm grundlegend zu überarbeiten.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das macht er immer!)

Die die Regierung tragenden Fraktionen haben noch nicht begriffen, daß die Politik ihrer rot-grünen Landesregierung eine Naturschutzpolitik im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern verhindert.

In dieser Situation hält es die Fraktion der F.D.P. für dringend geboten, die Lage zu entspannen. Dafür ist erforderlich, daß der gesetzliche Rahmen, in dem Landschaftsplanung durchgeführt wird, offener formuliert wird. Mit diesem Ziel haben wir den Abschnitt Landschaftsplanung überarbeitet. Wir wollen die zwingenden Verpflichtungen in Soll-Vorschriften ändern. Damit wollen wir erreichen, daß der überarbeitete Entwurf des Landschaftsprogramms in seinen Inhalten diskutiert werden kann, statt wiederum von den Vereinen und Verbänden nur auf sein Bedrohungspotential überprüft zu werden.

Das **Landesnaturschutzgesetz** schreibt fest, daß das **Landschaftsprogramm** auf regionaler Ebene in die entsprechenden **Landschaftsrahmenpläne** und auf Kommunalebene in die **Landschaftspläne** umzusetzen ist. Die Behördenverbindlichkeit des Programms besteht unabhängig von der Qualität eines von der Fachbehörde erarbeiteten Landschaftsprogramms. Sie ist ein obrigkeitstaatliches Zuchtmittel in der Hand der Behörden, das wir - und das füge ich ausdrücklich hinzu - nach den Erfahrungen nach vier Jahren Umsetzung des Landesnaturschutzgesetzes durch die unteren Behörden ablehnen.

Das Landesnaturschutzgesetz schränkt die Planungshoheit der Kommunen ein. Darauf können die hinterlistigen Erklärungen von Ihnen, Herr Minister Steenblock, nicht hinwegtäuschen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Meinhard Füllner [CDU])

Es ist schlicht falsch, als Sie in der Februar-Tagung behaupteten, daß das Landschaftsprogramm nichts damit zu tun habe, daß die Kommunen in ihrer Planungshoheit geknebelt und eingeengt würden. Man muß das Gesetz zu Ende lesen. In § 5 Abs. 4 des Landesnaturschutzgesetzes heißt es: „... Landschaftsrahmenpläne sind dem Landschaftsprogramm anzupassen.“ Und weiter hinten heißt es: „Landschaftspläne sind dem Landschaftsprogramm und den Landschaftsrahmenplänen anzupassen.“ Das sind eindeutige Anpassungsgebote. Diese Gebote wollen wir in Soll-Vorschriften ändern.

Es hilft auch nicht, daß die Landesregierung bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt, sie werde die gesetzliche Forderung, daß die Gemeinden ihre Landschaftspläne an das Landschaftsprogramm anzupassen haben, nicht in die Tat umsetzen. Das macht zwar deutlich, daß auch die Landesregierung erkannt hat, daß ein Anpassungsgebot besteht. Doch das hilft den Kommunen nicht weiter. Die gesetzliche Vorgabe, daß Landschaftspläne anzupassen sind, wiegt schwerer als die Versicherung der Landesregierung. Schlimmer noch, es erwächst daraus ein Widerspruch zum Gesetzesstext, der willkürlichen Maßnahmen Tür und Tor zu öffnen droht.

Es ist bekannt, daß es im Land in einzelnen Kreisen untere Naturschutzbehörden gibt, die eine hoheitliche Naturschutzverwaltung im Stile des vergangenen Jahrhunderts ausüben. Diese werden das gesetzliche Anpassungsgebot gegenüber den Gemeinden als Druckmittel benutzen. Genau das wollen wir verhindern. Mit unserem Gesetzentwurf wird das Landschaftsprogramm seiner eigentlichen Bestimmung gerecht, nämlich nur die Eckdaten für einen nachhaltigen Naturschutz zu liefern und damit auch eine Empfehlung für den Naturschutz zu sein. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Die Landschaftsplanung im einzelnen bleibt den Gemeinden vorbehalten.

Es gibt zu denken, daß der Umweltminister bereits auf Regionalkonferenzen Änderungen der Funktionskarte 1 zugesagt hat. Das bedeutet doch, daß einzelne Festlegungen im Programm nicht das Ergebnis naturschutzfachlicher Planung sein können. Sonst könnte er sie nicht so einfach zurücknehmen. Gerade weil es weder regional noch national oder gar international allgemein anerkannte Naturschutzkonzeptionen gibt - auch der Entwurf des Landschaftsprogramms stellt

(Dr. Christel Happach-Kasan)

dies fest -, ist es notwendig, daß das Landschaftsprogramm seine Naturschutzkonzeptionen als Vorschlag statt als behördlichen Fachplanung darstellt.

Mit einer Vorgabe, die den Gemeinden und Städten überzeugende Vorschläge macht, aber zugleich Raum läßt, spezifische örtliche Gegebenheiten in die Landschaftsplanung einfließen zu lassen, hat ein Landschaftsprogramm Zukunft. Und eine solche Zukunft braucht ein solches Landschaftsprogramm.

Die F.D.P. hat sich schon gegen das Landesnaturschutzgesetz bei seiner Verabschiedung 1993 ausgesprochen. Naturschutz darf nach Überzeugung der F.D.P. nicht durch ein Gesetz betrieben werden, das wie eine Abrißbirne die anderen Lebensgrundlagen der Menschen zerstört. Naturschutz muß mit anderen wichtigen Zielen - Arbeit, Wohnen, Sicherung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen - in Einklang gebracht werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir brauchen die Abwägung von Zielen des Naturschutzes mit anderen Zielen. Weil das Landesnaturschutzgesetz von 1993 diese Voraussetzung nicht erfüllt, hat die F.D.P. es im Landtag politisch vehement bekämpft. Auf unsere verfassungsrechtlichen Bedenken haben wir mehrmals hingewiesen. Gleichwohl hat die Mehrheit des Landtages das Gesetz ungeteilt der Kritik von F.D.P. und CDU durchgepeitscht.

Wozu das führt, sehen wir heute. Die erbitterten Auseinandersetzungen um das Landschaftsprogramm machen deutlich, was 1993 mit dem Landesnaturschutzgesetz in der Naturschutzbereich hier im Land angesetzt worden ist.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig!)

Es ist an der Zeit, das Landesnaturschutzgesetz grundlegend zu ändern. Mit diesem Gesetzentwurf zur Landschaftsplanung wollen wir einen weiteren Anlauf nehmen, um dem umstrittenen Naturschutzgesetz ein menschlicheres Gesicht zu geben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Ursula Kähler [SPD]: Wann kommt nun die tolle Rede?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Besuchertribüne ist ausreichend besetzt; ich will unsere Gäste begrüßen. Ich begrüße auf der Besuchertribüne Gäste des Feldjägerbataillons 801 Eckernförde sowie der Realschule St. Michaelisdonn. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt das Wort der Frau Abgeordneten Franzen.

Ingrid Franzen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes wollte die F.D.P.-Fraktion vor der Wahl - aus dieser Zeit stammt die Presseerklärung, die Sie heute weitestgehend verlesen haben - Ihre geballte Reformkraft zur Landschaftsplanung unter Beweis stellen. Wir werden uns das gut angucken.

Es ist die zweite Attacke gegen das **Landesnaturschutzgesetz** in kürzester Zeit, ein Gesetz, das die F.D.P. gemeinsam mit der CDU in Schleswig-Holstein für verfassungswidrig hält und dementsprechend mit einer Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht bekämpft. Die Entscheidung erwartet sie jeden Moment - das stammt aus der Presse. Das bedeutet doch „Sieg“. Sie werden doch nicht den Mut verloren haben? Mir erschließt sich nicht automatisch, warum Sie dieses verfassungswidrige Gesetz ununterbrochen reformieren wollen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Zur Sache, meine Damen und Herren! Ein ernsthafter Blick auf die Zehn-Punkte-Reform - zehn Punkte sind es - läßt unschwer folgendes erkennen. In sechs Punkten - sechs von zehn! - wird folgende Änderung vorgeschlagen: Setze „soll“ statt „ist“, was gleich „muß“ wäre.

Dazu ein Zitat aus der Presseerklärung der F.D.P.-Fraktion vom 18. März: „Der Gesetzentwurf macht Schluß mit dirigistischem Naturschutz.“

Zurück zu den sechs „Solls“! Jeder öffentlich Bedientete hätte Ihnen sagen können, Frau Happach-Kasan, daß das nichts bringt, denn schon aus dienstrechtlichen und amtschaftspflichtigen Gründen wird ein guter Beamter und Angestellter immer „soll“ als Verpflichtung auffassen; sonst macht er sich nämlich sehr schnell regreßpflichtig.

(Ursula Kähler [SPD]: So ist es!)

Das heißt: Die Revolution in sechs Punkten ist ausgeblieben. Die Befreiung der Kommunen findet nicht statt. Sie haben sie eigentlich nur veräppelt.

Prüfen wir weiter ernsthaft. Es bleiben ja noch vier Punkte. Man kann ja noch Hoffnung haben.

Ich nähre mich dem Punkt 2: Streiche das Wort „nur“! Was für eine Entbürokratisierung, Modernisierung oder sonstige Befreiung versteckt sich dahinter?

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Da hilft nur ein Blick ins Gesetz. Ich kann Ihnen nicht ersparen, § 4 Abs. 3 Satz 1 zu zitieren:

„Abweichungen von den Ergebnissen der Landschaftsplanung sind nur“

- das ist das Wort -

„zulässig, wenn dadurch die Ziele des Naturschutzes nicht oder nicht erheblich beeinträchtigt werden oder andere Belange bei der Abwägung den Belangen des Naturschutzes bei Würdigung aller Umstände im Range vorgehen.“

Streiche das „nur“! Das ist das, was Sie sich merken sollten! Das ist die Reformpartei, meine Damen und Herren! Klein und piepsig ist das Mäuslein, aber öffentlich brüllt es wie ein Löwe.

Es bleiben immer noch drei Nummern, die man sich angucken kann.

Ich nehme mir die Nummer 9 vor. Dort wird vorgeschlagen, die Worte „zu übernehmen“ durch die Worte „zu berücksichtigen“ zu ersetzen. Ich erspare uns ein Zitat. Ich sage Ihnen aber: Es geht um die Übernahme der Inhalte der **Landschaftsplanung** in die Fachplanung. Aus meiner langjährigen Arbeit als Umweltausschußvorsitzende, aber auch aus den Bereisungsterminen zum Landschaftsprogramm, die auch Sie hoffentlich vorgenommen haben - Sie waren hoffentlich nicht nur da, wo wir gemeinsam aufgetreten sind -, bestreite und bezweifle ich erheblich, daß die kommunale Fachebene - über die sprechen wir - so eine Änderung begrüßen oder fordern würde. Die Fachebene möchte nämlich sehr gern Vorgaben von oben haben. Dadurch kommt auch keine Verbindlichkeit zustande. Das wissen Sie vielleicht nicht, meine Damen und Herren von der F.D.P. - Sie sind nicht in so vielen Kommunen vertreten -, aber deshalb sage ich es Ihnen noch einmal aus meiner Erfahrung heraus.

Was mich bei Ihnen persönlich wundert, Frau Happach-Kasan - Sie sind ja nun die Umweltfrau der F.D.P. -, ist folgendes: Nehmen Sie überhaupt nicht zur Kenntnis, daß es auch eine erhebliche Kritik der Fachverbände zum Beispiel am Landschaftsprogramm gibt, die eher lautet: „Das ist noch nicht rigoros genug, das ist viel zu schlaff“

(Zuruf von der CDU: Das habe ich noch nie gehört!)

- das müßten Sie einmal lesen! -, „da müßte dringend viel mehr passieren“? - Das müßte Ihnen doch einmal nahegehen - nicht immer nur die eine Seite, weil Wahlen sind und so weiter.

Nun noch ein Blick auf die Nummer 10 des Antrages. Da geht es um die Anpassung der Landschaftspläne. Das ist ein Thema, das oft angesprochen worden ist, um das wir uns im Umweltausschuß und auch sonst schon viel gekümmert haben.

Meinen Sie allen Ernstes, daß die angeblich massiven Ängste der kommunalen Vertreterinnen und Vertreter durch Ihre Formulierung „Landschaftspläne sollen fortgeschrieben werden, wenn und sobald dies erforderlich ist,“ beseitigt werden könnten? Ich denke nicht, denn erstens ist die Frage zu stellen, ob die Ängste nicht ganz bewußt geschürt worden sind, weil das gut paßte, und zweitens hat der Umweltminister letztlich in der Beantwortung Ihrer Kleinen Anfrage klargestellt, und zwar zum wiederholten Mal, daß eine Anpassung an das Landschaftsprogramm nicht automatisch zu erfolgen hat, sondern die Gemeinde vielmehr selbst entscheidet, wann und aus welchem Anlaß sie es tut.

Schlußbemerkung für das Parlament, meine Damen und Herren! Ich habe an neun von zehn Punkten - der zehnte wäre auch nicht die Revolution; ich habe einfach nicht die Zeit - folgendes belegen können. Das ist keine Reform. Das ist nicht einmal ein Reförmchen. Das ist ein Schuß in den Ofen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein aktiver Beitrag der F.D.P. zur Bürokratisierung des Parlaments. Wie ich bereits sagte, ist das der zweite Anlauf zur Änderung des LNGs. Sollte die F.D.P. weitere Anläufe machen - das kann man nie ausschließen - und sollte sie sich weiter in Vierer-Paragraphen-Schritten bewegen - das ist etwa das Tempo, das Sie draufhaben -, müßten wir, weil das **Landesnaturschutzgesetz** 60 Paragraphen hat, mit weiteren 13 Attacken rechnen. Ich muß Ihnen wirklich sagen: Das finde ich allerhand. Was uns das an Zeit, Nerven und Papier kosten würde, will ich nicht beschreiben.

Ich fahre immer wieder mal mit dem Auto nach Kiel und sehe Ihre Wahlplakate. Das zur Entbürokratisierung ist eigentlich gut gelungen. Das Verfahren, das wir hier sehen, straft Ihre vollmundigen Wahlversprechungen auf Entbürokratisierung mal wieder Lügen.

Wichtiger ist mir allerdings eine ganz andere Dimension dieses F.D.P.-Gesetzentwurfs, die man auch bei einem kurzen Blick auf das Papier schon entdecken kann. Darauf habe ich mich sehr gewundert. Die Vorschläge zur Reform des Landesnaturschutzgesetzes der F.D.P. unterscheiden sich diametral von denen der CDU-Landtagsfraktion. Diese hat - das haben wir noch gut im Ohr -, von Herrn Kayenburg vorgetragen, unter anderem in der letzten Sitzung verlangt:

(Ingrid Franzen)

„Weg mit dem **Landschaftsprogramm!**“ - Das steht nicht drin. Da müßte ja eine Streichung von Absätzen kommen; das hat die F.D.P. nicht gemacht.

Dann hat die CDU gesagt: „Nur noch Landschaftsprogramme oder Landschaftsrahmenpläne.“ - Das hat die F.D.P. nicht beantragt. Es ist alles so geblieben, wie wir es haben.

Sie - die CDU - haben auch gesagt - das hört man auch vor Ort; das billige ich zu -: Planung nur noch von unten nach oben! - Das steht nicht drin.

Nichts von dem haben Sie, meine Damen und Herren von der F.D.P., aufgenommen. Das Landesnaturschutzgesetz bleibt bis auf ein paar Solls und andere Peanuts so, wie wir es 1993 verabschiedet haben, und zwar mit den Stimmen der SPD.

Da fragt man sich natürlich, ob der F.D.P.-Gesetzentwurf ein weiterer Schritt zur Spaltung der Opposition des Schleswig-Holsteinischen Landtages sein soll. Wenn Herr Kubicki hier wäre, würde sofort die Frage aufgegriffen werden: Wer ist der bessere?

(Konrad Nabel [SPD]: Wer ist der dilletanti-schere?)

- Oder: „Wer ist der schönere?“ Oder was auch immer! Ich will das nicht entscheiden. Ich finde, daß sollten wir diesen beiden Fraktionen überlassen. Niemand streitet sich so schön wie die. Das dürfen Sie hier selber austragen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Da vergessen Sie Ihre eigene Koalition!)

Da möchte ich nicht Schiedsrichter sein.

Der Antrag ist ein weiterer Schritt weg von der CDU, meine Damen und Herren von der F.D.P. Fragt sich: Wohin? Es gibt den Schritt hin zu den Wählerinnen und Wählern. Das ist verständlich, lässig und keine Sünde.

Aber wenn man sich das überlegt, hilft ein Blick in die Zeitung. Ich habe in der überregionalen Presse die „Süddeutsche Zeitung“ vom 24. März 1998 gefunden; sie kam mir wunderbar zupaß. Ich zitiere nur die Überschrift - ich will Ihre Geduld nicht überstrapazieren -: „Schwimmwesten an: F.D.P. macht sich mit dem Gedanken einer Annäherung an die SPD vertraut.“

Da kann ich nur sagen: Dann paddeln Sie mal schön in Schleswig-Holstein bis 2000.

Wir stimmen der Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuß zu.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Todsen das Wort.

Herlich Marie Todsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Franzen, welche Offenbarung: Ich habe immer gedacht, daß Sie immer fundamentalistischer werden, Sie würden mit dem Fahrrad nach Kiel kommen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Das habe ich gar nicht erst behauptet, nein, nein!)

Nein, Sie fahren auch mit dem Auto. Also hier heute eine tolle Message!

Im übrigen haben wir das große Glück - so möchte ich sagen -, daß wir mit unserem zum Teil zeitweisen Partner gar keine Schwierigkeiten haben, auch einmal unterschiedlicher Meinung sein zu können. Ich glaube, daß Rot-Grün viel größere Probleme. Gucken Sie sich doch erst einmal in Ihren eigenen Reihen um, fassen Sie sich an die eigene Nase! Wenn Sie einmal Streit miteinander haben, versuchen Sie das immer mit dem Deckmantelchen der Liebe zuzudecken.

(Widerspruch der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Aber wir kriegen es dennoch mit. Das ist - so glaube ich - für das Land ein größeres Problem als der heutige Antrag der F.D.P., bei dem wir sicherlich nicht in allen Punkten, liebe Frau Happach-Kasan, einig sind. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Meine Damen und Herren, es geht ja im Kern - das ist natürlich der Auslöser - um das **Landschaftsprogramm**

(Konrad Nabel [SPD]: Es ist ein gutes Programm!)

der rot-grünen Landesregierung - ich sage bewußt: der Landesregierung; nicht nur des Umweltministers -, das seit dem Sommer 1997 und keineswegs nur beschränkt auf wenige Wochen Kommunalwahlkampf - das wäre nun wirklich auch zu billig - viele Landes- und Kommunalpolitiker, viele betroffene Bürgerinnen und Bürger, viele Interessenvertreter, viele Mitarbeiter, insbesondere in der kommunalen Verwaltung, und viele Journalisten umfänglich beschäftigt, und ich bin sicher - all Ihren Unkenrufen zum Trotz, wenn Sie immer behauptet haben, nach dem Tag der Kommunalwahl sei das alles vorbei -, daß es alle auch noch weiter beschäftigen wird.

(Ingrid Franzen)

Die Kritik an dem vorgelegten rot-grünen Regierungsentwurf eines Landschaftsprogramms ist vielfältig und ist - so kann man wirklich sagen - an deutlicher Ablehnung durch weite Teile der Bevölkerung, durch verantwortliche Kommunalpolitiker aller Parteien - Sie waren ja dabei, Frau Franzen, als Ihnen der frühere SPD-Landtagsabgeordnete, Herr Fleskes, auf Nordstrand ein vernichtendes Urteil darüber ausgesprochen hat -

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Ingrid Franzen [SPD]: Blödsinn!)

und durch Interessenvertreter, insbesondere des ländlichen Raumes, nicht zu überbieten; die Ablehnung, die von da kommt, ist wirklich nicht zu überbieten.

(Ingrid Franzen [SPD]: Reden Sie doch zum Gesetzentwurf!)

Ich möchte Ihnen nur einige zentrale Kritikpunkte nennen: Die Ablehnung einer ökologischen Modellregion Schleswig-Holstein und des ökologischen Umbaus der Gesellschaft in Schleswig-Holstein;

(Konrad Nabel [SPD]: Was hat das mit dem Gesetzentwurf zu tun, Frau Kollegin?)

überflüssiges und zusätzliches Planungsinstrument, obwohl es bereits ein unüberschaubares Planungsdiktum gibt; überzogene ideologische Zielsetzungen des Naturschutzes und damit verbundene Eingriffe in das private Eigentum - bis hin zu enteignungähnlichen Tatbeständen -;

(Konrad Nabel [SPD]: Reden Sie doch einmal zum Thema, Frau Kollegin!)

- Hören Sie doch einmal zu, Herr Nabel!

(Konrad Nabel [SPD]: Sie reden doch nicht zum Thema! Das ist doch dummes Zeug, was Sie da erzählen! - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Eingriff in die Planungshoheit der Kommunen; Ablehnung der Behördenverbindlichkeit des Landschaftsprogramms; Unklarheit über rechtliche Auswirkungen einzelner Zielbestimmungen und Forderungen; fehlendes Finanzierungskonzept, Herr Nabel, obwohl im Landesnaturschutzgesetz gefordert; Unübersichtlichkeit und Unverständlichkeit des über 300 Seiten Mammutwerks ohne Stichwortverzeichnis; unleserliche Karten, deren Aussagen und Festlegungen weder nachvollziehbar noch überprüfbar sind.

Meine Damen und Herren und Herr Nabel, vielleicht hören Sie einmal zu, weil es jetzt vielleicht auch für Sie noch interessant wird.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Ich habe diesen beispielhaften Kritikkatalog ganz bewußt noch einmal aufgeführt, um daran deutlich zu machen, daß der F.D.P.-Gesetzentwurf zur teilweisen Änderung der §§ 4, 4 a, 5 und 6 des Landesnaturschutzgesetzes leider keineswegs die erforderlichen Antworten auf die vielfältigen Kritikpunkte am Landschaftsprogramm und an dem sonstigen Verfahren der Landschafts- und Landesplanung hier in Schleswig-Holstein gibt.

Verkürzt sage auch ich: Der Gesetzentwurf der F.D.P. bedeutet aus meiner Sicht lediglich eine geringfügige Abschwächung der Verbindlichkeit des Landschaftsprogramms - zum Beispiel für die Aufstellung der Landschaftsrahmenpläne und auch für die Aufstellung der Landschaftspläne durch die Kommunen. Dies erfolgt lediglich durch die Veränderung von Ist-Vorschriften in Soll-Vorschriften. Aber auch Soll-Vorschriften führen leider immer noch zu einer hohen innerbehördlichen Verbindlichkeit. Hier wird dann für meinen Geschmack einmal mehr eigentlich nur an den Symptomen herumgedoktert, ohne die Wurzeln des Übels zu beseitigen.

Mit den Änderungsvorschlägen ist zwar ein Anfang zur Stärkung der Planungshoheit der Kommunen gemacht, aber - wir haben das verschiedentlich auch diskutiert - sie gehen mir und der CDU-Fraktion in der Sache nicht weit genug. Hinzu kommt, daß der Antrag in einem Punkt aus meiner Sicht auch kontraproduktiv zu unserer gemeinsamen Klage von CDU und F.D.P. gegen das **Landesnaturschutzgesetz** vor dem Bundesverfassungsgericht ist. Daher ist der Gesetzentwurf aus meiner Sicht eben auch nicht sorgfältig bis zum Ende durchdacht. Ich will das im folgenden kurz begründen.

Nach Artikel 1 Nr. 2 und 3 des F.D.P.-Gesetzentwurfs wird in § 4 Abs. 3 Satz 1 das Wort „nur“ und in Satz 2 der zweite Halbsatz nach dem Semikolon gestrichen. § 4 Abs. 3 gehört aber zu den in der gemeinsamen Klage von CDU und F.D.P. beklagten Paragraphen des Landesnaturschutzgesetzes. Dabei geht es - ausweislich der Antragsschrift von Prof. Dr. Schmidt-Jortzig vom 1. Juli 1994 - insbesondere um die Abwägungspriorität für den Naturschutz.

Durch die im F.D.P.-Antrag vorgesehene Streichung des Wortes „nur“ wird der vor dem Bundesverfassungsgericht beklagte relative Vorrang des Naturschutzes beim Abwägungsprozeß keineswegs aufgehoben. Das gilt gleichermaßen für die Streichung des letzten Halbsatzes nach dem Semikolon.

(Herlich Marie Todsen)

Das bedeutet, daß die jetzt von der F.D.P. vorgeschlagene Formulierung ebenfalls von unserer gemeinsamen Klage erfaßt würde. Aufgrund dieser Tatsache und nachdem hier nun wiederholt Gesetzesänderungen zu Teilbereichen des Landesnaturschutzgesetzes von seiten der F.D.P. eingebracht worden sind, muß zumindest die Frage erlaubt sein - sie ist heute ja von Frau Franzen auch schon einmal gestellt worden -: Wie sieht es eigentlich aus? Ich bin ja letztlich sicher, daß wir die Klage gemeinsam betreiben, aber ich denke, daß solche Gesetzesentwürfe ein wenig kontraproduktiv sind.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Absolut nicht!)

Nun zu meinem zweiten Kritikpunkt: Die CDU-Landtagsfraktion hat immer klar gesagt, Frau Franzen - dabei bleiben wir weiterhin ohne jedes Problem; Sie brauchen sich darüber gar nicht so zu freuen; ich finde, das ist ein ganz normaler Vorgang -,

(Beifall bei der CDU)

daß sie das **Landschaftsprogramm** grundsätzlich ablehnt, und hat dessen Rücknahme ja auch per Antrag in der Landtagssitzung am 20. Februar 1998 gefordert. Auch vor diesem Hintergrund geht uns der jetzige Gesetzentwurf nicht weit genug.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion bleibt bei ihrer Forderung, im Interesse von weniger Planungsdichte das Landschaftsprogramm grundsätzlich zurückzunehmen. Wir sollten die Chance nutzen, uns im Ausschuß grundsätzlich über die verschiedenen Planungsebenen und Planungsinstrumente der Raumordnung und der Landesplanung einerseits und der Landschaftsplanung andererseits auseinanderzusetzen. Vielleicht machen Sie ja hier auch mit, Herr Nabel.

(Konrad Nabel [SPD]: Das haben wir gerade hinter uns, Frau Kollegin! Haben Sie das nicht gemerkt?)

- Daran kann ich mich nicht erinnern.

(Konrad Nabel [SPD]: Ah ja!)

Ziel einer solchen Diskussion ist für mich, daß wir zu einer deutlichen Verringerung der Planungsebenen und Planungsinstrumente kommen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

um endlich den seit langem und von vielen Seiten geforderten Planungsabbau zu erreichen und damit einen wichtigen Beitrag zur Entbürokratisierung und Arbeitsentlastung - gerade auch für unsere Kommunen einerseits und eine Stärkung der kommunalen Planungshoheit andererseits - zu leisten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich daran nicht beteiligen wollen, liebe Kollegen von der SPD, dann können Sie sich ja gern so verhalten, aber dann können Sie sich auch aus der Diskussion um Planungsvereinfachung und Entbürokratisierung und von der Vorstellung vom „schlanken Staat“ verabschieden; dann können Sie endlich einmal ehrlich sagen, daß Sie dies eigentlich gar nicht wollen, sondern daß Sie weiter dirigistische Planungsinstrumente in der Hand behalten wollen, um dann eben ohne Beteiligung der Bürger letztlich von oben dirigistisch zu bestimmen,

(Ingrid Franzen [SPD]: Lachhaft!)

was in unserem Land passiert. - Das lasse ich so lange stehen, bis Sie sich konstruktiv an einer solchen Diskussion beteiligen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir sollten uns im Ausschuß auch mit dem derzeitigen Verfahren im rot-grünen Hessen beschäftigen. Dort werden bereits heute interessanterweise die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes als solche festgelegt und unter Verzicht auf die Ebene des Landschaftsprogramms für die regionale Ebene Landschaftsrahmenpläne detaillierter ausgestaltet, wie es im übrigen das Bundesnaturschutzgesetz im § 5 den Ländern auch alternativ freistellt.

(Ingrid Franzen [SPD]: Bravo! - Holger Astrup [SPD]: 10 von 16 haben das getan!)

Frau Franzen, es wird nicht richtiger, wenn Sie immer wieder behaupten, alles Übel sei aus Bonn gekommen. Ein Land kann selber entscheiden, was es tut.

Ich habe immer betont, daß es für mich nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern eine Pflicht ist, daß ein Umweltminister die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes festlegt. Es muß deutlich werden, daß diese Ziele und Grundsätze keine Abwägung mit anderen Interessen erfahren haben, damit eine reine Naturschutzfachplanung sind und deshalb keinen verbindlichen Charakter beanspruchen können. Sie dürfen also lediglich empfehlenden Charakter haben, so daß die Kommunen diese Ziele und Grundsätze im Rahmen ihrer Planungshoheit freiwillig berücksichtigen können. Die Teile der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes, die aus fachlicher Sicht rechtsverbindlich werden sollten, sind nach einem gleichrangigen Abwägungsprozeß aller Interessen zunächst im Entwurf eines Landesraumordnungsplanes aufzunehmen.

(Herlich Marie Todsen)

Ich hoffe sehr, daß die Befassung mit diesem Gesetzentwurf

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme sofort zum Schluß - eine konstruktive Diskussion ermöglicht, die über den vorgelegten Gesetzentwurf hinausgeht, sich mit den Instrumentarien der Raumordnungsplanung und der Landschaftsplanung insgesamt auseinandersetzt und im Sinne von Planungsabbau und Verwaltungsvereinfachung sowie Stärkung der kommunalen Ebene eine Neustrukturierung der Planungslandschaft in Schleswig-Holstein anschiebt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay das Wort.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ganz so harmlos wie meine Kollegin Franzen sehe ich die Änderungswünsche der F.D.P. nicht. Lassen Sie mich mit einem Satz von Grillparzer beginnen: „Dem Tüchtigen ist jedes Soll ein Muß.“

Diesen Satz kann man drehen und wenden, wie man will, er gilt nicht für die F.D.P.!

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen [CDU])

Was die vielen „sollen“ sollen, begreift „mensch“ am besten, wenn man sich anschaut, was die F.D.P. ganz wegstreichen will, in § 4 Abs. 3 den Satz: „Dabei ist darzulegen, wie Beeinträchtigungen der Natur vermieden und unvermeidbare Beeinträchtigungen ausgeglichen werden sollen.“

Hier steht nun schon das ansonsten von der F.D.P. so sehr gewünschte „soll“; aber an dieser Stelle ist sogar das „soll“ noch zuviel. Vermeidung und Ausgleich müssen gleich ganz weg.

In der Entwicklungsreihe von „sollen“, „können“ über „können“ bis zum „sollen nicht“ ist die F.D.P. bei der Frage von Vermeidung und Ausgleich schon final beim „sollen nicht“ angekommen.

Interessant ist natürlich auch, was die F.D.P. neu einfügen will. Auf dem direkten Weg zum „sollen nicht“ würde die Berücksichtigung von jeweils übergeordneter Landschaftsplanung praktisch freigegeben: „Abweichungen sind zulässig“, und: „Überörtliche Belange“, die „im Range vorgehen“, werden sich dann schon immer finden lassen. Das heißt im Klartext: Landschaftsrahmenpläne, in denen Naturschutz kaum

noch vorkommt, und Landschaftspläne, die noch weniger das Papier wert sind, als es schon jetzt zum Teil der Fall ist.

Fachleute wie Landschaftsarchitekten beklagen zunehmend, daß sie zu Erfüllungsgehilfen für Ziele mißbraucht werden sollen, die sie mit ihrer fachlichen Überzeugung nicht in Einklang bringen können.

Die Honorarordnung für Architekten tut ein übriges; gezahlt wird erst, wenn der „passende“ Landschaftsplan vorliegt. Nicht ohne Grund preist sich die Dienstleistungsgesellschaft der Landwirtschaftskammer als bequeme Landschaftsplanerin auf Bauernversammlungen wärmstens an.

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Das ist ja nicht zu fassen!)

Am 13. September 1997 ist im „Bauernblatt“ zu lesen, daß „für gutes Geld eine brauchbare Leistung“ erwartet wird - „brauchbar“ heißt, daß gemacht werden muß, „was die Gemeinden verlangen“, nicht etwa, was im Einklang mit Natur- und Landschaftsschutz notwendig und möglich wäre.

Da man sich bei der Dienstleistungsgesellschaft der Landwirtschaftskammer sicher sein kann, daß ein „brauchbares“ Ergebnis herauskommt, wird hier auch in der Regel deutlich früher bezahlt.

Mit der **Dienstleistungsgesellschaft der Landwirtschaftskammer** als Landschaftsplanerstellerin kann auch nichts schiefgehen; schließlich sitzt hier in Personalunion ein Abteilungsleiter der Landwirtschaftskammer. Obwohl von verschiedenen Seiten auf diesen Mißstand hingewiesen wurde, hat sich daran bis heute nichts geändert.

Sie sehen, schon heute gibt es Mittel und Wege, zu Lasten von Natur- und Umweltschutz am Landesnaturschutzgesetz vorbei oder wider die Buchstaben des Gesetzes zu handeln. Wo kein Kläger, da kein Richter, beziehungsweise wo der Richter taub, dort kein Gehör, oder wo der Richter selbst und so weiter - dazu später.

Das alles will die F.D.P. mit ihrem Antrag noch einfacher machen und sozusagen nachträglich sanktionieren - ähnlich wie bei den Stegen. Wer sich rechtswidrig verhält, muß nur lange genug warten, die F.D.P. wird es schon richten.

Daß Landwirte infolge der Hetzkampagnen von CDU und F.D.P.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Wo haben wir eine Hetzkampagne gemacht? - Herlich Marie Todsen [CDU]: Das ist ja unglaublich!)

(Herlich Marie Todsen)

- das haben Sie gerade eben wieder vorgeführt, Frau Happach-Kasan - den Naturschutz inzwischen an einigen Orten fast als Erzfeind betrachten, ist nicht zu übersehen. Um so heuchlerischer ist es, wenn gerade die F.D.P. in ihrer Presseerklärung vom 18. März, die Sie heute erneut verlesen haben, die Polarisierung zwischen Landwirtschaft und Naturschutz beklagt, im selben Text - aber an anderer Stelle - wie gehabt mit „Umweltdirigismus“, „Knebelung“ und „kalter Enteignung“ weitermacht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Frau Happach-Kasan, genau das ist das, was Sie unter dem Stichwort „verbrannter Erde“ vorhin erwähnt haben. So macht man das.

Im Wahlkampf wurden nicht nur Natur- und Umweltschutz, sondern auch die wenigen Menschen, die meist sehr viel Freizeit, Geld und Kraft in den Schutz unserer Natur investieren, diffamiert. Die billigste Hetze gegen Synthesebericht, Landschaftsprogramm und Biosphärenreservat war gerade gut genug.

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Was machen Sie denn die ganze Zeit?)

Aber Kaputtmachen war schon immer leichter als Aufbauen. Das wissen schon Kleinkinder in der Sandkiste.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Herlich Marie Todsen [CDU]: Sie sind Weltmeister im Hetzen!)

Eine sprachlich fixierte Verwässerung und Aushöhlung des **Landesnaturschutzgesetzes** wird es mit uns nicht geben. Schlimm genug, daß der jetzt gültige, konsequenter Text an so vielen Stellen bereits heute - und das nicht nur auf der Ebene der Gemeinden beziehungsweise Kreise und kreisfreien Städte - nicht ernst genug genommen wird, sondern auch an höherer Stelle, Stichwort „Minimierungsgebot“, Landesnaturschutzgesetz § 2 und insbesondere § 7 a, das weder bei der 380 KV-Leitung noch bei der A 20-Planung erfüllt wird. Stichwort „Vorbildfunktion der öffentlichen Hand“, § 3 a, gekoppelt mit § 1: „Wälder sind naturnah zu bewirtschaften“ und so weiter und so fort.

Wenn wir Naturschutz nur noch dort zulassen, wo er nicht stört, werden wir bald nichts mehr haben, was es zu schützen gibt. Ohne klar formulierte Naturschutzziele wird die Natur im wahrsten Sinne des Wortes unter die Räder kommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh Gott!)

So mahnt zum Beispiel der **Rat der Sachverständigen für Umweltfragen** im soeben vorgelegten Umweltgutachten 1998 immer wieder an, die Ziele konsequent und konkret zu benennen, also nicht „sollen“ hier, „sollen“ da.

Der Rat stellt weiter fest, daß es „nicht hinnehmbar ist, daß die nur wenigen schutzwürdigen Biotope in Deutschland dem Streit um Ausgleichszahlungen für die Landwirte zum Opfer fallen“. Und weiter: Der Umweltrat fordert die Bundesregierung erneut auf, dem Naturschutz größeres Gewicht zukommen zu lassen und die überfällige Novellierung nicht an den gegenläufigen Interessen von Landwirtschaft, Verkehr und Industrie scheitern zu lassen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, einen Augenblick bitte. - Ich darf auch die Klönecke dahinten um etwas mehr Ruhe bitten.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bitte darum, daß nicht mehr geklönt wird; das geht von meiner Zeit ab.

Was Sie hier heute mit dem vorgelegten Gesetz zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes versuchen, ist, genau diesen gegenläufigen Interessen die Vorfahrt vor und durch die Natur einzuräumen. Nicht einmal Baden-Württemberg oder Bayern haben in ihren Landesnaturschutzgesetzen zur „Soll“-Krücke gegriffen. Hier heißt es ebenso wie in unserem Naturschutzgesetz „haben zu berücksichtigen“, „sind zu schützen“ und so weiter.

Landschaftsplanung ist eine **Fachplanung** für den Schutz von Natur und Landschaft, keine Wegbereiterin zum Beispiel für Straßenbau.

Hier kann ebensowenig eine vorweggenommene Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen stattfinden, wie ich erwarten würde, daß beispielsweise im Straßen- und Wegegesetz des Landes vorrangig Naturschutzbelaenge Berücksichtigung finden, auch wenn dies wünschenswert wäre.

Natur- und Umweltschutz, die eigentlich als Querschnittsaufgaben grundlegende Selbstverständlichkeit sein sollten - für uns ist dieses Sollen im übrigen ein Muß -, möchte die F.D.P. mit ihrem Antrag weiter an den Rand drängen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

und bis zum faktischen Soll-Nicht aushöhlen. Es ist erstaunlich, daß eine solche Position von einer Biologin vertreten wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Wir sind gespannt auf die Diskussion im Ausschuß.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war der grüne Abgesang!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Gerckens das Wort.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick scheint der Gesetzentwurf der F.D.P. nachvollziehbar und aktuell zu sein, versucht er doch - laut Pressemitteilung von Frau Happach-Kasan -, die kommunale Selbstverwaltung und die Rechte der Kommunen in Verbindung mit der Umsetzung des Landschaftsprogramms durch eine Änderung des Landesnaturschutzgesetzes zu stärken. In der Tat hat nicht zuletzt die rege Diskussion um das Landschaftsprogramm viele Fragen der Umsetzung des Naturschutzes auf kommunaler Ebene aufgeworfen.

Der SSW steht weiterhin zu den Zielen des Landesnaturschutzgesetzes, das wir 1993 gemeinsam mit der SPD beschlossen haben. So müssen wir uns auch hier und heute die Frage stellen, ob wir mit den vorhandenen Instrumentarien diese Ziele wirklich erreichen.

Im Landesnaturschutzgesetz ist das Erstellen eines Landschaftsprogramms für Schleswig-Holstein vorgeschrieben. Das **Landschaftsprogramm** soll als Planungs- und Steuerungsinstrument und somit als umfassende Orientierungsgrundlage für den Naturschutz in Schleswig-Holstein dienen. Der SSW tritt weiterhin für das Instrument des Landschaftsprogramms ein. Wir halten ein solches Programm neben dem Landschaftsrahmenplan und dem Landschaftsplan für einen wichtigen Teil der gesamten Landschaftsplanung im Land. Wir haben deshalb die Rücknahme des Landschaftsprogramms, wie von der CDU in der letzten Sitzung gefordert, abgelehnt. Aus welchen Gründen wir uns trotzdem einen anderen Verlauf für das Landschaftsprogramm Schleswig-Holstein gewünscht hätten, brauche ich nicht detailliert zu wiederholen. Unsere Kritik und unsere Änderungswünsche zum Landschaftsprogramm sind in unserem Änderungsantrag deutlich zum Ausdruck gekommen.

Für uns war der entscheidende Punkt die Sorge der **Landwirte**, die durch die umfassende Ausweisung von Naturschutzgebieten um den Wert ihrer Böden fürchten und die aufgrund einer eventuellen Nutzungsein-

schränkung betriebswirtschaftlich berührt sind. Wir sind weiterhin der Auffassung, meine Damen und Herren, daß den Landwirten angemessene Entschädigungen zugestanden werden müssen.

(Claus Ehlers [CDU]: Sehr richtig!)

Die Anpassung der bestehenden Landschaftsplanung an das Landschaftsprogramm muß flexibel gehandhabt werden, weil das Landschaftsprogramm einfach zu spät gekommen ist und weil viele Kommunen bereits den Landschaftsplan erstellt haben.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Bei diesen Ansichten bleiben wir. Die Frage ist allerdings ob man die berechtigte Kritik am Landschaftsprogramm Schleswig-Holstein jetzt dazu heranziehen sollte, um das Landesnaturschutzgesetz auszuhöhlen. Die F.D.P. schlägt vor, daß bei der Erstellung der **Landschaftsrahmenpläne** und der **Landschaftspläne** diese nicht mehr an das Landschaftsprogramm anzupassen, sondern nur noch zu berücksichtigen sein sollen. In Zukunft sollen Abweichungen zulässig sein, wenn hierdurch die auf Landesebene sowie überörtlich angestrebten Ziele des Naturschutzes nicht oder nicht erheblich beeinträchtigt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch vernünftig!)

Das ist interessant. Wer soll darüber entscheiden, was „nicht erheblich“ ist? Wie wird man dies auslegen wollen, Herr Kubicki?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So steht es in fast allen Gesetzen!)

Sie kennen die gegenwärtige Diskussion um die Errichtung von Windenergieanlagen, über die die Gemeinde autonom zu beschließen hat. Wir kennen beide Fälle, in denen es zu erheblichen Anfeindungen gekommen ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollt ihr die kommunale Selbstverwaltung oder nicht?)

Bei allem Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung, für die der SSW immer voll und ganz eintritt, können wir uns nicht damit einverstanden erklären, daß die Kommunen sozusagen die Qualität der Umweltschutzpolitik selbst bestimmen können. Der Umweltschutz darf nicht zum politischen Spielball

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

auf kommunaler Ebene werden, Herr Kubicki.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber zum politischen Spielball auf Landesebene darf er werden?)

- Herr Kubicki, die F.D.P. hat sich in der Vergangenheit vehement gegen das neue Landesnaturschutzgesetz gewehrt, und sie tut es heute noch. Sie hat sogar eine Verfassungsklage gegen dieses Gesetz eingereicht. Vielleicht hätten Sie erst das Ergebnis abwarten und nicht mit dieser Änderung vorpreschen sollen. Trotzdem sind wir vom SSW natürlich bereit, die angestrebten Gesetzesänderungen im Ausschuß ausführlich zu beraten. Dabei sollte man aber auch die Überlegung mit einbringen, ob nicht eine bessere Verzahnung von Landes- und Regionalplanung erforderlich ist.

(Beifall der Abgeordneten Herlich Marie Todschen [CDU])

Da die Regionalplanung in den kommenden Jahren als Ordnungsinstrument an Bedeutung gewinnen wird, ist zu überlegen, ob die Kreise bei der Regionalplanung nicht nur angehört, sondern aktiv mitarbeiten sollten. Ich meine, daß muß in der Zukunft so sein. Dann wird man auch besser für die Akzeptanz vor Ort sorgen können. Eine solche verstärkte aktive Mitwirkung der Kreise könnte zur besseren Akzeptanz der Landesplanung vor Ort erheblich beitragen. Davon sind wir im SSW überzeugt.

Wir stimmen einer Überweisung an den Fachausschuß zu. Sollte in der Sache abgestimmt werden, können wir angesichts der Konsequenzen nicht mitstimmen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoerendorf [SSW] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das geht bei einem Gesetz nicht!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan, Sie haben das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Todschen, ich möchte mich zunächst einmal bei Ihnen bedanken. Sie sind - wohl als einzige - in der Lage gewesen, einen Gesetzestext differenziert zu lesen und zu bewerten.

(Beifall bei der CDU)

Damit haben Sie natürlich auch bemerkt, daß es uns als F.D.P.-Fraktion um eine sehr moderate Änderung

des Landesnaturschutzgesetzes geht. Eine solche moderate Änderung bedeutet natürlich für Frau Winking-Nikolay sofort den Ausverkauf des Naturschutzes. Das kann nur jemand behaupten, der mit Regenwürmern statt mit den Menschen in seiner Region spricht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie spricht nur mit sich selbst! Sie ist autistisch!)

Die F.D.P. lehnt ein Landschaftsprogramm nicht grundsätzlich ab. Das liegt daran, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland Landschaftsprogramme kennen, die uns davon überzeugt haben, daß diese ein Mittel sind, Landschaftsplanung landesweit zu betreiben. Wir meinen, es wäre gut, Schleswig-Holstein hätte ein ähnlich qualifiziertes und gutes Landschaftsprogramm wie andere Bundesländer.

Ich finde es merkwürdig, daß Sie von uns erwarten, wir sollten, weil wir ein Gesetz in Karlsruhe massiv beklagen, stillhalten und abwarten, wie das Land mit diesem von uns als verfassungswidrig beklagten Gesetz umgeht. Das kann es doch wohl nicht sein. Natürlich müssen wir es an jeder Stelle, die sich uns bietet, ändern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Franzen, machen Sie sich hierüber keine Gedanken. Wir können selbstverständlich auch ein vollkommen neues Naturschutzgesetz vorlegen, wenn Sie das gern haben möchten. Das ist überhaupt kein Problem.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Frau Winking-Nikolay, wenn Sie ab und zu einmal an Veranstaltungen teilnehmen, bei denen man nicht nur auf grüne Klientel trifft, sondern auch auf einfache Bürger, normale Menschen wie Landwirte, aber auch Unternehmer und Hausfrauen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wolltest du sagen, daß es Grüne und normale Menschen gibt?)

würden Sie ein bißchen besser verstehen können, was dieses Landschaftsprogramm in Schleswig-Holstein angerichtet hat.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

(Peter Gerckens)

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Hören Sie sich doch einmal bei Veranstaltungen über Biosphärenreservate, an denen ich als einzige Abgeordnete teilnehme, einen Unternehmer an, der Ihnen darstellt, daß er zwar die meiste Anzahl von Ausbildungsplätzen hat, daß ihm aber, wenn er seine Halle von 2.000 m² um 25 m² erweitern will, dies aus Naturschutzgründen verweigert wird. Es ist kein Wunder, daß im Lande eine solche Abneigung gegen den behördlichen Naturschutz besteht, wenn Behörden in dieser Weise reagieren.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluß.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Wir als Abgeordnete sind gehalten, Gesetz so zu machen, daß die Behörden damit ordentlich umgehen können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen.

Frau Happach-Kasan, ich möchte mich ausdrücklich entschuldigen, daß ich zu dieser Debatte zwei Minuten zu spät gekommen bin.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich auch!)

- Herr Kubicki, Sie sind sehr viel später gekommen als ich. Wenn Sie das im Protokoll auch nachlesen wollen, sage ich das gern. - Das lag daran, daß ich mit dem schleswig-holsteinischen Landesvorstand der Segler in der Mittagspause genau diese Fragen erörtert habe, um die betroffenen Gruppen in die Landschaftsplanung und in das Landschaftsprogramm einzubeziehen und die Sorgen dieser Bevölkerungskreise und Interessengruppen in die Politik, wie wir sie formulieren, aufzunehmen. Das war der Grund, warum ich es nicht so schnell aus dem dritten Stockwerk hierher geschafft habe; es war keine Mißachtung dieses Antrags.

Die zweite Vorbemerkung: Der Deutsche Bundestag hat heute mit überwältigender Mehrheit - meines Wissens gegen drei Stimmen aus der CDU/CSU-Fraktion - das Gesetz zur Umsetzung der europäischen **Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie** beschlossen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Holger Astrup [SPD]: Ach nee! - Ingrid Franzen [SPD]: Gott sei Dank!)

Sie wissen sehr wohl, daß dieser Gesetzentwurf in Schleswig-Holstein formuliert worden ist. Der Bundesrat hat ihn sich zu eigen gemacht, der Bundestag hat ihn sich jetzt mit großer Mehrheit zu eigen gemacht, und das zeigt, welche Wertschätzung an anderen Orten die hier in Schleswig-Holstein formulierte Umweltpolitik genießt und welche Bedeutung sie hat. Das sollten wir uns für die Debatten, die wir gerade heute hier führen, noch einmal in Erinnerung rufen.

Nach meinem Eindruck besteht doch ein breites Einvernehmen darüber, daß der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen mit Hilfe des Vorsorgeprinzips, des Verursacherprinzips und des Kooperationsprinzips gewahrt werden muß. Die **Landschaftsplanung** trägt insbesondere dem Vorsorgeprinzip von Umweltpolitik Rechnung, meine sehr verehrten Damen und Herren; es muß deutlich werden, daß wir als Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker nicht immer nur als Reparaturbetrieb den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterherlaufen dürfen, sondern wir müssen in unserer Politik Vorsorgeprinzipien verankern; vorsorgende, vorausschauende Maßnahmen bedürfen eher einer weiteren Stärkung als einer Schwächung. Deshalb ist es wichtig, sich bei Planungsprozessen, bei der Entwicklung dieser Gesellschaft natürlich auch um Natur und Umwelt Gedanken zu machen.

Diese Auffassung vertritt übrigens auch die Bundesregierung, die ja von F.D.P. und CDU gebildet wird. Ich möchte Ihnen sehr nachdrücklich anraten, sich einmal häufiger das zu Gemüte zu führen, was gerade die CDU und die F.D.P. auf Bundesebene zum Naturschutz formulieren. Wenn Sie sich das zu eigen machen würden, hätten wir hier im Lande sehr viel weniger scharfe Auseinandersetzungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere jetzt einmal - um Ihnen auch das Lesen zu ersparen und die Aufgabe etwas zu vereinfachen - aus der Begründung des Gesetzentwurfs für ein Bundesnaturschutzgesetz, den die Bundesregierung eingebracht hat. In dieser Begründung heißt es:

„Die Aufgaben der Landschaftsplanung haben angesichts der fortschreitenden Naturzerstörung und der immer intensiveren Eingriffe des Menschen in die natürlichen Wirkungszusammenhänge an Bedeutung und Dring-

lichkeit gewonnen.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiter schreiben CDU und F.D.P. auf Bundesebene:

„Die Nutzung und weitere Inanspruchnahme von Natur und Landschaft durch den Menschen werden wesentlich durch die räumliche Gesamtplanung und raumbezogene Fachplanungen bestimmt. Daher ist es erforderlich, die Einflußmöglichkeiten und die Effektivität der Landschaftsplanung durch gesetzliche Maßnahmen zu verbessern.“

Soweit die Bundesregierung dieser Republik!

Ich denke, daß wir uns mit dem, was wir hier in Schleswig-Holstein betreiben, genau auf diesem Kurs befinden. Es bedarf gerade des vorsorgenden Umweltschutzes. Dieser benötigt eben stärkere gesetzliche Maßnahmen, damit wir nicht immer hinterher reparieren müssen, was wir in Unkenntnis oder um des kurzfristigen Profits willen organisiert haben.

Jetzt komme ich zu den Änderungen, Frau Happach-Kasan, die Sie hier dargestellt haben. Man könnte es sich ja leicht machen; Frau Todsen hat die Stichworte bereits gegeben. Man könnte süffisant darauf hinweisen, daß Sie mit den Vorschlägen Ihre eigene Verfassungsklage konterkarieren. So einfach will ich es mir nicht machen; das wäre billige Polemik. Ich weiß selbst, wie schwer es ist, sich aus fundamentaloppositionellen Zusammenhängen in Richtung Realität zu bewegen.

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

Wir werden Ihnen, Frau Happach-Kasan, gern behilflich sein, gerade im Naturschutzrecht den Boden der Realität zu finden, um aus dieser Fundamentalopposition herauszukommen und damit natürlich auch der CDU, die immer noch diesem populistischen Begriff von Naturschutz verhaftet ist, zu entfliehen.

Es gibt für uns natürlich einen ganz wichtigen Grund, aus dem wir zu den Anträgen, die Sie heute vorgelegt haben, nein sagen. Selbst die Bundesregierung will die gesetzliche Verschärfung in diesem Bereich, und wir als Regierung müssen die Effektivität solcher Gesetze, wenn wir sie beschließen, natürlich auch einigermaßen ernst nehmen. Deshalb ist das, was Sie hier als „Weichmacher“ in das Naturschutzrecht einführen, kontraproduktiv zu dem, was sich aus der Verantwortung einer Regierung ergibt. Da ist es eben gerade nicht so, wie Sie, Frau Todsen, es hier darstellten. Sie sagen: Ja, eine Regierung muß **Umweltziele** formulieren - aber ob sie umgesetzt werden, das interessiert uns gar nicht; dafür sollten dann andere auf der kom-

munalen Ebene dafür sorgen, wenn die das wollen oder nicht. Genau diese Unverbindlichkeit haben Sie gerade dargestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Herlich Marie Todsen [CDU]: Das habe ich doch gar nicht gesagt! Da haben Sie nicht zugehört!)

Uns kann es nicht darum gehen, nachdem wir diese Tenside, diese umweltschädlichen Weichmacher aus den Waschmitteln herausbekommen haben, neue Weichmacher in das Naturschutzrecht einzuführen; wir müssen diese Weichmacher vielmehr heraushalten. Deshalb geht es uns darum, gerade für die Landschaftsplanung klare Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Kommunen auf der unteren Ebene die Möglichkeit geben, diesen Rahmen auszufüllen und ihn nach den regionalen Besonderheiten auch zu gestalten.

Ich möchte gern ein weiteres Zitat aus der vorhin schon erwähnten Begründung der Bundesregierung für das Bundesnaturschutzgesetz bringen, das sehr deutlich macht, in welche Richtung die Diskussion gehen muß. Ich zitiere noch einmal:

„Die Effektivität der Landschaftsplanung soll auch dadurch verbessert werden, daß die Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege künftig zusammenhängend dargestellt werden. Landschaftsprogramme, Landschaftsrahmenpläne und Landschaftspläne sind demnach unbeschadet ihrer Aufgabe in die Programme und Pläne der Raumordnung und die Bauleitpläne vorab als eigenständiges, in sich geschlossenes Fachplanungswerk zu den genannten Programmen und Plänen zu erstellen.“

Soweit das Zitat aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung!

Genau dies - eine Verdeutlichung des gesetzlichen Auftrags und in sich geschlossene Fachplanungswerke als Landschaftsprogramme zu entwickeln - ist der Auftrag, den selbst die Bundesregierung den Ländern gibt, und ich meine, daß wir dahinter nicht zurückfallen dürfen. Eines der großen Probleme, die wir hier im Lande Schleswig-Holstein haben, ist, daß wir es als Landesregierung mit einer Opposition zu tun haben, die weit hinter das zurückfällt, was auf Bundesebene oder auch in anderen Ländern als Naturschutzpolitik realisiert wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Minister Rainder Steenblock)

Frau Todsen, Sie haben heute morgen in der Debatte zu einem anderen Thema auf Bayern hingewiesen; das betraf die **Agenda 21**. Ich kann Ihnen nur recht geben: Was in Bayern zur Agenda 21 getan wird, ist vorbildlich. Es gibt wenige Länder, die soviel Engagement gezeigt haben wie Bayern.

(Thorsten Geißler [CDU]: Hört, hört!)

Ich kann mir nur wünschen, daß die CDU hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag von dem Geist beseelt wäre, den Herr Goppel und die CSU in Bayern als Engagement für Naturschutzrecht und für Naturschutz zum Ausdruck bringen; dann wären wir bei der Formulierung von Kompromissen hier auf Landesebene sehr viel weiter. Sie sind immer dabei, rechtspopulistische Kontroversen im Lande zu erzeugen, die der Bedeutung von Naturschutz nicht gerecht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch bei dem, was Frau Happach-Kasan beabsichtigt, geht es ja im Grunde darum, daß die Interessen relativiert werden, daß der Stellenwert von Natur und Umwelt nicht mehr erhalten, sondern „heruntergekocht“ wird. Ich meine, daß wir uns gerade dies im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung nicht leisten können. Wir dürfen uns keinen oberflächlichen Umgang mit den Schutzgütern der Natur leisten, denn das würde sich sehr schnell wieder gegen uns wenden.

Deshalb müssen wir unserer Verantwortung gerecht werden, und deshalb müssen wir auch konsequent zu den **Zielen der Nachhaltigkeit** - über die wir uns ja vorhin in der Debatte relativ einig waren - stehen. Eine Gesellschaft darf diejenigen, die sie in die Verantwortung gewählt hat, nicht aus dieser Verantwortung entlassen. Wir müssen den Rahmen für Naturschutz auch auf gesetzlicher Ebene vorgeben, und diesen Rahmen müssen wir als Regierung auch verantworten. Wir wollen das, wir tun das, und wir würden uns wünschen, eine argumentative Auseinandersetzung über diese Probleme zu erreichen und nicht eine populistische Auseinandersetzung, die nur diese Gesellschaft spalten will, statt sie in den wichtigen Zukunftsfragen zusammenzuführen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben den Gesetzentwurf an den zuständigen Fachausschuß, das ist der Umweltausschuß, zu überweisen. Wird eine Mitberatung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer der Überweisung an den Umweltausschuß zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Weitergabe von Unterlagen

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.

Drucksache 14/1332

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich erteile zur Aussprache dem Herrn Oppositionsführer das Wort.

(Meinhard Füllner [CDU]: Gibt es keinen Bericht? - Holger Astrup [SPD]: Erst der Bericht!)

- Soll der Bericht erfolgen?

(Zurufe: Ja!)

- Dann werden wir den Bericht selbstverständlich als erstes hören müssen. Bitte, die Frau Ministerpräsidentin.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 3. März gab es einen Presseartikel, der sich auf ein privates Schreiben des **Geschäftsführers der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, Herrn Michael Gärtner, an Mitglieder seiner Partei bezog; und dank Ihrer Aktivitäten kommt Herr Gärtner nun auf ewig in die Annalen des Landtages. Das hätte er sich möglicherweise nicht träumen lassen.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Seinen Brief müssen Sie bitte nicht unter „G“ wie Grüne oder Gärtner oder „B“ wie Bündnis, sondern „A“ - wie das entsprechende Wort lautet - heraussuchen; der Brief hat eine entsprechende Titulierung in der Presse gefunden.

Dem Presseartikel zufolge läßt sich aus dem Schreiben schließen, daß aus dem Umfeld der Grünen Unterlagen an Dritte weitergegeben worden seien, die nicht oder noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, und aus dem Brief ist zwischen den Zeilen auch eine gewisse Verbitterung über die Undankbarkeit des Empfängers herauszulesen.

Allerdings hat mich die erste Lektüre des Artikels veranlaßt - so scherhaft das heute auch klingt -, Herrn Minister Steenblock, den stellvertretenden Ministerpräsidenten, zu bitten, zur Aufklärung des Sachverhalts beizutragen, weil ich davon ausgehe,

(Minister Rainder Steenblock)

daß geheime oder noch geheime Unterlagen nicht an die Öffentlichkeit weitergereicht werden.

Herr Steenblock hat mir umgehend geantwortet, daß er keinerlei Kenntnisse über die Weitergabe von Unterlagen hat. Er hat mir außerdem versichert, daß er sich seiner besonderen Vertrauensstellung als Umweltminister und stellvertretender Ministerpräsident bewußt sei.

(Zurufe von der CDU: Oha! Hört, hört!)

Weiter habe ich ein Schreiben von Herrn Michael Gärtner erhalten, der extra deswegen seinen Urlaub für einen Tag unterbrochen hat. Herr Gärtner hat sich dafür entschuldigt - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Klaus Gärtner?)

- Nein, nein, der Gärtner ist zwar immer der Mörder, aber es war zufällig ein anderer Mörder.

(Heiterkeit)

Herr Michael Gärtner hat sich ausdrücklich dafür entschuldigt, daß durch sein Schreiben fälschlicherweise der Eindruck entstanden sei, interne Unterlagen der Landesregierung würden durch ein grün geführtes Ministerium oder die grüne Landtagsfraktion an Außenstehende gelangen.

Ich habe aufgrund beider Briefe keine Veranlassung, in dieser Angelegenheit weitere Schritte zu unternehmen, und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das geht ja auch nicht!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer Kayenburg.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Sternstunde der Opposition naht!)

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weder „Sternstunde“ noch ein „Fall von Landesverrat“, wie eine der Ministerinnen gerade formulierte, sondern der Hinweis darauf, daß hier mit Unterlagen nicht so umgegangen wird, wie es eigentlich üblich sein sollte.

Frau Simonis, Sie haben starke Worte finden lassen, nachdem am 4. März durch einen Bericht in den „Lübecker Nachrichten“ deutlich wurde, daß das sogenannte **Kaule-Gutachten** den Autobahngegnern zugesteckt worden war.

Von einem „gravierenden Verstoß gegen die Geschäftsordnung der Landesregierung“ hat Ihr Regierungssprecher gesprochen. Sie verlangten eine Erklärung, und es hieß dann damals weiter: „... Andernfalls stelle sich die Frage, ob der Koalitionspartner der SPD künftig noch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Regierungschefin und den Kabinettsmitgliedern erwarten kann“.

Ich gestehe: So starke Formulierungen hätten wir Ihnen in Ihrem Dauerkonflikt mit Ihrem Umweltminister eigentlich nicht zugetraut. Ihr heutiger Bericht aber und schon die Reaktion des Umweltministers am 6. März machen jedoch eines überdeutlich. Sie haben wieder einmal nur die Lippen gespitzt, gepfiffen haben Sie nicht. Glauben Sie eigentlich, daß Sie bei diesem Verhalten noch ernst genommen werden? Glauben Sie, daß Sie sich jemals gegenüber Ihrem Koalitionspartner werden durchsetzen können, wenn Sie niemals etwas unternehmen?

(Meinhard Füllner [CDU]: Bis zur nächsten Bundestagswahl geht da nichts!)

Nachdem der **Umweltminister** der Öffentlichkeit am 6. März mitteilte, was er Ihnen geschrieben hatte, hüllten Sie sich jedenfalls bis heute in Schweigen. Dabei war schon das Schreiben des Umweltministers an Sie - jedenfalls nach meiner Einschätzung - damals eine Unverschämtheit, wenn man den „Kieler Nachrichten“ glauben darf. Dort heißt es nämlich am 6. März :

„Der Minister könne die Mutmaßungen nicht aufklären. Er wisse auch nicht, um welche Unterlagen es gehen solle, was für Unterlagen und an wen sie herausgegangen seien.“

In den „Lübecker Nachrichten“ vom 5. März versichert Herr Steenblock sogar: „Aus unserem Haus kommt nichts“.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist richtig!)

Mit der Absolutheit dieser Aussage, Frau Volquartz - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lassen Sie sich doch nicht von Ihrer eigenen Fraktion unterbrechen! Das ist schlecht!)

- Aber gleichwohl, ich kann den Satz neu beginnen, Frau Fröhlich. Mit der Absolutheit dieser Aussage „aus unserem Haus kommt nichts“ hat Herr Steenblock natürlich nicht die Qualität seiner Arbeit ge-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

meint, sie aber gleichwohl richtig eingeschätzt. Aber darum geht es im Augenblick nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh!)

Nach Ihrer Forderung „Simonis verlangt Aufklärung“ - so die „Lübecker Nachrichten“ vom 5. März - hatten wir uns von Ihrem heutigen Bericht mehr erwartet, Frau Simonis. Das gestehe ich offen. Keine klare Aussage, keine Aufklärung, ja nicht einmal rückhaltlose Kritik! Statt dessen lenken Sie ab von dem Kernproblem mit einem Schreiben, das wir nicht kennen. Ich denke, daß Sie hier eigentlich mangelndes Vertrauen, mangelnde Loyalität und mangelnde Disziplin, die Ihren grünen Koalitionspartner kennzeichnen, hätten deutlich machen müssen.

Unlust und fehlende Durchsetzungskraft - so ist meine Diagnose für das, was Sie uns hier heute geboten haben. Mich überrascht nicht, daß Sie bei Ihrer Suche nach einem Verantwortlichen für die Weitergabe des Kaule-Gutachtens nicht fündig geworden sind. Vielleicht wollten Sie das ja auch gar nicht, weil Sie dann wohl um politische oder dienstrechtliche Konsequenzen nicht herumgekommen wären. Wir wollen Ihnen aber dabei helfen, Ihre Aufgabe zu lösen, und diese Aufgabe besteht darin, herauszufinden, wie es zu der Weitergabe von internen Regierungsunterlagen an die Öffentlichkeit kommt.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nehmen Sie jetzt einen Privatdetektiv?)

Für uns jedenfalls ist das ein gravierender Vorgang, Herr Böttcher, weil damit auch das Vertrauen in die Politik immer weiter untergraben wird.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie haben noch nie interne Ministeriumspapiere zugestellt bekommen?)

Deshalb wollen wir im Gegensatz zu Ihnen, Frau Simonis, wirklich versuchen aufzuklären. Ich beantrage für die CDU-Landtagsfraktion nach Artikel 23 Abs. 2 unserer Landesverfassung **Akteneinsicht** in alle Unterlagen der Landesregierung, die mit dem sogenannten **Kaule-Gutachten** im Zusammenhang stehen. Ich glaube, daß wir das der Politik und dem Bürger schuldig sind, um auf diese Weise wieder Vertrauen in eine ordnungsgemäße Politik herzustellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Angesichts der Bedeutung dieses Tagesordnungspunktes habe ich mich bemüht, mich sehr sorgfältig darauf vorzubereiten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Respekt!)

Ich stelle drei Punkte fest.

Erstens! Herr Oppositionsführer, es gibt eine chinesische Weisheit, die da heißt, es gibt Zeiten, wo einem alles gelingt, aber es braucht niemanden zu beunruhigen, denn sie gehen schnell vorüber.

(Heiterkeit der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn ich die Aktuelle Stunde von gestern zugrunde lege und nun diesen Tagesordnungspunkt betrachte, habe ich den Eindruck, daß bei Ihnen diese Zeiten mindestens seit vorgestern eingetreten sind.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Ingrid Franzen [SPD])

Ich kann mich nämlich gut erinnern, daß nicht nur wir zu Oppositionszeiten, sondern auch Sie zu Ihren Oppositionszeiten, die jetzt schon immerhin zehn Jahre währen,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

herzlich gern alles entgegengenommen haben, was uns so aus den einzelnen Häusern „über den Weg lief“, um es einmal so zu formulieren. Das galt früher für uns, und das gilt heute für Sie. Denn der Spruch, in Schleswig-Holstein gilt alles als veröffentlicht, was einmal kopiert wurde, ist ja auch nicht neu.

Nur, von diesem Punkt, über den wir heute reden, habe ich mir eigentlich etwas mehr versprochen, Herr Kayenburg, als das, was Sie heute auf den Tisch gelegt haben.

(Zuruf von der CDU: Wir auch von Ihnen!)

- Ich bin ja noch nicht fertig, Frau Todsen; Sie haben zu wenig Geduld mit mir, das ist doch sonst ganz anders.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist schon ganz schön schwer! - Weitere Zurufe von der CDU)

(Martin Kayenburg)

- Bitte, gedulden Sie sich noch einen Moment!

Zweitens stelle ich fest, Herr Kollege Kayenburg, daß Sie mit dem **Bericht**, den die Ministerpräsidentin gegeben hat, offensichtlich nicht zufrieden sind.

(Ursula Röper [CDU]: Damit kann man auch nicht zufrieden sein!)

Ich frage mich natürlich, warum sollten Sie auch zufrieden sein; denn das, was die Ministerpräsidentin zu berichten hatte, hat sie berichtet.

(Ursula Röper [CDU]: Das war schwach!)

Es gibt eine offizielle Auskunft des zuständigen Ministers, des stellvertretenden Ministerpräsidenten, die da heißt, aus seinem Haus seien keine Unterlagen herausgegangen. Auf die Frage, ob er etwas herausgegeben habe, kam diese Antwort. Das ist ein völlig normaler Vorgang.

(Lachen bei der CDU)

Dann komme ich zu dem Vorgang, der in den „Lübecker Nachrichten“ vom 5. März eine Rolle spielte. Der angebliche oder tatsächliche Empfänger von nicht hinausgegangenen Unterlagen hatte sich darüber beschwert, indem er sagte, es sei eigentlich eine ganz schlimme Geschichte, denn er bekomme die Dinge immer erst ganz zuletzt. Er sagte wörtlich, die Informationsblockade des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten sei so schlimm, daß er dagegen gerichtlich vorgehen werde oder vorgegangen sei, damit er etwas bekomme, worauf er - der Herr mit den ersten Silben des benachbarten Bundeslandes - Anspruch zu haben meint.

Herr Oppositionsführer, unter dem Strich stelle ich für die SPD-Fraktion folgendes fest:

Ersten: Ihre Frage ist beantwortet worden.

Zweitens: Die Frage war es nicht wert, beantwortet worden zu sein.

Drittens: Was unterschwellig - das ärgert mich in der Tat - hier wieder einmal in den Raum zu stellen versucht wird, daß man nämlich ein bißchen Halbwahrheiten ausspricht, ein bißchen diffamiert und ein bißchen behauptet, ohne zu beweisen, geschieht letztlich nach dem Motto: Es bleibt immer etwas hängen.

Ich würde der Ministerpräsidentin empfehlen, die kurze Stellungnahme, die sie hier abgegeben hat und die völlig ausreichend ist, schriftlich auch an die andere Seite zu geben. Denn wie heißt es so schön bei Goethe: Auch was geschrieben ist, erforderst du, Pedant. - Vielleicht paßt das hier bei Ihnen, Herr Kayenburg. Ich finde, diesen Tagesordnungspunkt sollten wir ganz schnell beenden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtagsantrag der CDU dürfte sicherlich unter dem Thema „Kuriositäten“ in die Geschichte des Landes eingehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich finde, das ist ein ganz wichtiger Punkt!)

Man kann sich natürlich denken, worum es geht. Aber in dem Antrag ist völlig unbestimmt, worauf er sich eigentlich bezieht. Wenn er sich auf den Brief meines angestellten **Geschäftsführers** bezieht, dann hätten Sie das sinnvollerweise sagen können. Dann hätte sich aber auch der Antrag erübrigt, da sowohl der Autor als auch der Adressat des Briefes, der sich keineswegs in dem Verdacht befindet, den Grünen nahezustehen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Autor nicht?)

die Mißinterpretationen richtiggestellt haben.

Völlig schleierhaft ist mir allerdings, was nun die Landesregierung zu einem Brief meines Geschäftsführers sagen soll. Ich gebe einen Tip: Wenn Sie weitere Aufklärung über den Brief benötigen, dann hätten Sie sinnvollerweise Herrn Gaertner selbst anrufen sollen, statt im Parlament den Antrag zu stellen, daß die Regierung darüber berichten möge.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte ein paar konkrete Anmerkungen zu dem Thema **Weitergabe von Regierungsunterlagen** machen. Wir werden als Fraktion - ich vermute, anderen Fraktionen geht es nicht anders - ständig von Gremien der Partei, befreundeten Verbänden und anderen Bürgern aufgefordert, sie rasch und unverzüglich zu informieren. Zu diesem Zweck laden wir regelmäßig zu den Arbeitskreisen unserer Fraktion - häufig gemeinsam mit der SPD - die betreffenden Regierungsmitglieder ein und lassen uns berichten. Dieser Weg steht allen Fraktionen gleichermaßen offen.

Meine Erfahrung aus diesen Gesprächen ist, daß die Landesregierung auch gegenüber den Regierungsfraktionen peinlich genau darauf achtet, nach gelten-

(Holger Astrup)

den Vorschriften zu handeln, auch wenn dies manchmal den Ärger einiger Abgeordneten hervorruft, die nicht verstehen, daß sich die **Landesregierung** so pingelig anstellt. Verzeihen Sie bitte dieses Wort! Manchmal vermuten diese Abgeordneten, die Landesregierung wolle auch den Regierungsfraktionen nicht alles sagen.

Wie schwer es aber ist, Papiere vertraulich zu behandeln, hat auch die Opposition erst kürzlich schmerhaft erfahren, als ein Brief von Herrn Kubicki an Herrn Kayenburg zum Liegenschaftsgutachten unbeabsichtigt in die Öffentlichkeit geriet, mit der Folge, daß die Medien im Lande zwei Wochen lang über eine Oppositionskrise berichten konnten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Großen Ärger bereitet es uns auch immer wieder, daß Verbände und Abgeordnete der Opposition umfangreiche Informationen und Papiere vorliegen haben, die wir nicht haben. Häufig beschweren sich bei uns Verbände, daß wir sie schlechter informierten als die Opposition. Oder es wird gesagt, Abgeordnete der Opposition trügen in Ausschüssen Sachverhalte vor, die sie unberechtigterweise aus der Verwaltung bekommen hätten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Den letzten Teil erlebten wir live im Bildungsausschuß, als die Abgeordnete Volquartz, die nicht Mitglied der grünen Fraktion ist, während der Sitzung im Ministerium anrief, um sich unter Umgehung des Dienstweges Informationen zu besorgen.

Ein anderer Fall war der CDU-Antrag zur Cannabisfreigabe, der auf internen Unterlagen aus dem Landwirtschaftsministerium basierte, die die CDU sicher nicht vom zuständigen Ministerium bekommen hatte. Es ist ja auch kein Geheimnis, daß aus der Zeit der vorvorvorigen Landesregierung zahlreiche Parteimitglieder der Opposition in Ministerien arbeiten und manchmal das dringende Bedürfnis haben, ihre Parteimitglieder über das eine oder andere zu informieren.

Da es, wie im Kommentar von Herrn von Mutius zu Artikel 23 der Landesverfassung nachzulesen ist, kein Exklusivrecht geben darf, würden wir uns darüber freuen, wenn in solchen Fällen in Zukunft alle, die wegen **Informationen** anrufen, diese Informationen gleichermaßen bekommen. Ich habe in dem Sachgebiet, für das ich zuständig bin, Erfahrung mit dem Minister, der dies regelmäßig praktiziert. Wenn Informationen erstellt werden, sagt er immer wieder: Ich informiere sowieso alle Fraktionen. Das finde ich ausgezeichnet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, vielleicht können wir daraus Konsequenzen ziehen. Lassen Sie uns doch gemeinsam eine Initiative für mehr Informationen für alle starten und fordern, daß es keine **Exklusivrechte** für wenige gibt!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das gilt nicht nur für Abgeordnete, sondern im weiteren Sinne auch für alle Bürger. Leider haben wir es bei der **Verfassungsänderung** nicht geschafft, hier etwas zu tun, weil es die große Oppositionsfraktion blockiert hatte, obwohl alle anderen Fraktionen dafür waren, in die Landesverfassung einen Artikel über Informationsfreiheit aufzunehmen, was in Skandinavien längst selbstverständlich ist.

Ich zitiere hierzu mit Freude den **Datenschutzbericht** 1998:

„Auf Dauer werden die Bürger ein allgemeines Zugangsrecht zu staatlichen Informationen und womöglich auch zu Informationen großer privater Wirtschaftsunternehmen durchsetzen. Soeben hat die Europäische Union in Artikel 255 des Vertrags von Amsterdam einen Meilenstein auf den Weg dahin gesetzt und den Zugang zu den Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission für jedermann geöffnet. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die Parlamente in Deutschland auf breiter Front den allgemeinen Informationszugang beschließen werden.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich schließe mich dem Datenschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein in dieser Frage voll an.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Redebeitrag des Abgeordneten Hentschel ist mir klargeworden - in Anlehnung an das, was Anke Spoerrendonk gestern gesagt hat -, warum die Grünen Regierung und Opposition zugleich sein

(Karl-Martin Hentschel)

wollen. Weil die Opposition nach Ihrer Auffassung besser informiert ist, machen Sie Opposition gegen die Regierung, damit Sie immer auf dem gleichen Informationsniveau sind. Das erklärt auch, warum sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung weigern, Ihnen die entsprechenden Informationen zu geben.

Aber jetzt im Ernst! Herr Kollege Hentschel, es macht tatsächlich einen Unterschied - unabhängig von dieser konkreten Frage -, ob **Abgeordnete** Informationen erhalten oder ob Informationen der Regierung an **unbeteiligte Dritte** herausgegeben werden. Das sollten wir beachten. Wir dürfen das nicht miteinander vermengen. Der Vorwurf, der hier im Raum stand und den die Ministerpräsidentin im Rahmen ihrer Möglichkeiten aufgeklärt hat, lautete: unberechtigte Weitergabe regierungsinterner Informationen an Dritte.

Ich habe mich trotz Ihrer Bitte, Herr Kollege Astrup, die Sache schnell zu beenden, in aller Eitelkeit noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich denke, daß der schleswig-holsteinischen Bevölkerung der Anlaß dieses Disputs nicht vorenthalten werden darf, und gebe daher etwas zu Protokoll dieses Hohen Hauses.

Der Hintergrund war der Brief eines Herrn Dr. Mecklenburg an die Grünen mit einer großen Beschwerde über die Aktion der Grünen. Aus diesem Brief möchte ich - mit Verlaub, Herr Präsident - eine Passage zitieren:

„Während die Grünen am Abend des Beschlusses die Sektgläser hochhielten und mit ihnen das taten, was sie bei der A 20 am besten können, nämlich nichts, wurde anderorts gearbeitet. Es war Kubicki, der in einer, es muß der Neid ihm lassen, doch recht klugen Analyse des Beschlusses anderntags tatsächlich in der Lage war, dem Landtag zu erklären, worum es in dem Berliner Beschuß ging.“

Ich verstehe nicht, warum der Geschäftsführer Ihrer Fraktion, Herr Kollege Hentschel, in seinem Schreiben, das er, wie er gesagt hat, aus eigenen Mitteln bezahlt hat - die Arbeit hat er sich hinterher durch Freizeit entlohnen lassen -, diesen doch verdienstvollen Mann, der erkannt hat, worum es bei der A-20-Debatte ging - jetzt weiß ich nicht, Herr Präsident, ob ich das zitieren darf; ich muß ja vorher fragen -, so bezeichnet hat. Er hat geschrieben:

„Dr. Wilhelm Mecklenburg ist ein Riesen...“. Den Rest muß ich mir jetzt aus Würde vor dem Hohen Hause ersparen. Ich finde, das hat der Mecklenburg nicht verdient.

(Heiterkeit im ganzen Haus)

Ich denke, Frau Ministerpräsidentin, Sie haben alles gesagt, was zu sagen war. Ich hoffe, daß die Debatte trotzdem für alle lehrreich war und wir uns in dem Schluß einig sind, daß Weitergabe von Informationen an Dritte zur Unzeit und unberechtigt nicht erfolgen soll.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Bemerkung vorweg machen, denn ich finde, man fragt sich, wie eine politisch interessierte Zeitungsleserin auf diesen erwähnten Vorfall reagieren würde oder reagieren könnte. Sie würde natürlich sagen - was ich bereits gestern angesprochen habe -, wenn es zum Selbstverständnis einer Partei gehört, Minderheitsmeinungen zu vertreten - also Opposition zu sein -, dann fällt es schwer, gleichzeitig die Regierung verkörpern zu wollen.

Wenn man aber der Regierung angehört, muß man bestimmte Spielregeln einhalten. Sofern eine Regierung beschließt, daß bestimmte Unterlagen regierungsintern bleiben sollen, dann müssen sich alle Regierungsmitglieder darauf verlassen können. Ansonsten kann man in der Tat von einem Vertrauensbruch sprechen. Das wäre nach meiner Meinung die Reaktion einer politisch interessierten Zeitungsleserin.

Doch worum geht es jetzt konkret? Die Landesregierung hat ein Gutachten über das **Wakenitztal** in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten wurde im Mai 1997 erstellt. Im März 1998 erschien in der Zeitschrift „Gegenwind“ ein Aufsatz eines nicht des Besseren zu belehrenden Gegners der A 20. Er zitierte in diesem Artikel das sogenannte Wakenitz-Gutachten. Daraufhin tauchte ein Schreiben auf, in dem behauptet wird, dem Verfasser sei das **Gutachten** von Regierungsseite zugespielt worden. Dies wurde allerdings sowohl von dem unbelehrbaren Gegner als auch vom Landesumweltminister bestritten, und die Ministerpräsidentin hat es ja auch gerade wieder bestätigt.

Wir haben uns heute mit einem Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. zu befassen, in dem die Fraktionen nach einem Bericht über die Erkenntnisse verlangten, die der Landesregierung über die Weitergabe von regierungsinternen Unterlagen an unberechtigte Dritte vorliegen.

(Wolfgang Kubicki)

Ich möchte daher zunächst die grundsätzliche Position des SSW hervorheben. Gutachten sind - wie wir aufgrund mehrerer Anfragen wissen - in aller Regel mit großen Geldausgaben verbunden. Schon aus diesem Grund sollten solche Gutachten, die für die Bürgerinnen und Bürger hierzulande von Interesse sein könnten, diesen auch zugänglich gemacht werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im vorliegenden Fall meinen wir darüber hinaus allerdings, daß das Gutachten unter die Regelung über den freien **Zugang zu Umweltinformationen** fällt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie Sie wissen, hat der SSW in der letzten Legislaturperiode den Entwurf eines Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt für das Land Schleswig-Holstein vorgelegt. Den Bürgern sollten umfassende Akteneinsichtsrechte gewährt werden. Das Landesumweltinformationsgesetz fand leider keine Mehrheit. Das wissen Sie natürlich. Bundesweit findet aber das **Bundesumweltinformationsgesetz** Anwendung. Danach müßte das Wakenitz-Gutachten zugänglich sein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Infofern können wir eine etwaige Verletzung von Vertraulichkeiten nicht erkennen. Von der Landesregierung wüßten wir deshalb gern, ob sie das anders sieht. Wir sind grundsätzlich der Auffassung, daß das Gutachten, weil es unserer Meinung nach unter das Bundesumweltinformationsgesetz fällt, gar kein vertrauliches Papier hätte sein dürfen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja etwas ganz Neues!)

Falls die Landesregierung eine andere Bewertung zugrunde legt, müßte man nämlich logischerweise fragen - ich sage das hypothetisch -, ob die Landesregierung der Öffentlichkeit den Zugang zu naturschutzfachlichen Gutachten generell verweigert wissen möchte oder ob das jetzt wieder mit der A 20-Geschichte zu tun hat.

Die Europäische Union bringt es mit sich, daß wir Regelungsbereiche aus der Hand geben, die andere dann für uns in die Hand nehmen. Das hat im Fall der A 20 das Bundesverwaltungsgericht mit seinem Urteil unterstrichen. Das wissen Sie ebenfalls.

Das Gericht hat ausgeführt, daß ein Schutzgebiet auch dann europäischen Schutz genießt, wenn es nach der FFH-Richtlinie auszuweisen gewesen wäre, tatsächlich aber nicht von deutscher Seite ausgewiesen wurde. Wäre alles mit rechten Dingen zugegangen, hätte die FFH-Richtlinie bis Juni 1994 in deutsches Recht umgesetzt werden müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Land Schleswig-Holstein hätte die Auswahl der in Frage kommenden Schutzgebiete vornehmen müssen. Diese Auswahl hätte das Land der EU-Kommission bis Juni 1995 zuleiten müssen. Wir haben gerade gehört, daß der Bundestag die FFH-Richtlinie heute beschlossen hat.

Daß die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts und der sich daran anschließende Aufsatz im „Gegenwind“ für einige Aufregung gesorgt haben, ist verständlich. Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts kritisiert in seinem Jahresbericht den schleswig-holsteinischen Verkehrsminister, der gesagt haben soll, daß man vor Gericht und auf hoher See in Gottes Hand sei. Er weist darauf hin, daß der Minister eines Küstenlandes gewiß besser als er hätte wissen müssen, daß man auf hoher See Gottes Güte nicht versuchen dürfe und es daher alter seemännischer Praxis entspreche, sich der Seetüchtigkeit seines Schiffes zu verschern, bevor man sich auf Große Fahrt begibt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Uns allen ist bekannt, daß es Klagen gegen die A 20 gibt und gegeben hat. Andernfalls hätte es auch nicht zu einem Urteil

(Glocke des Präsidenten - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

des Bundesverwaltungsgerichts kommen können. Deshalb möchte ich abschließend fragen - das ist mein Punkt -, ob sich die Dinge nicht ganz anders abgespielt haben können. Könnte das sogenannte Wakenitz-Gutachten nicht durch Überlassung an die Kläger an außenstehende Dritte gelangt sein? Das ist meine Frage. Und, wie gesagt, wir haben ja bereits von der Ministerpräsidentin zu wissen bekommen, daß keine Informationen an Dritte gelangt seien.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Anke Spoerendunk)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. ist durch den Bericht erledigt. Die CDU-Fraktion hat mir gegenüber angekündigt, daß - wie vorgesehen - im Ausschuß der Antrag auf Akteneinsicht mit entsprechender Unterschriftspflicht schriftlich gestellt wird. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich begrüße zunächst auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher vom Institut für Praxis und Theorie der Schule Elmshorn und der Vesterdal-Ungdomsskole aus Middelfart in Dänemark. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Gleichbehandlung der Schularten

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1333

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Volquartz.

(Holger Astrup [SPD]: Schön! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es lohnt sich!)

Angelika Volquartz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vier große Herausforderungen bestimmen kurz vor dem Jahr 2000 die Zukunft unserer Schulen: Der rasche Wandel auf vielen Gebieten, besonders eindrucksvoll sichtbar in der Datenverarbeitung und im Aufbau immer schnellerer Kommunikationsnetze, das Zusammenwachsen Europas mit Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Anforderungen an die Ausbildung, die Frage nach den Wertmaßstäben, die unabhängig von diesen Veränderungen Bestand haben und an denen sich das friedliche Zusammenleben der Menschen orientiert, der Anstieg der Schülerzahlen, für den in Schleswig-Holstein nicht rechtzeitig die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden.

Bei der Suche nach Antworten auf diese Herausforderungen muß die Diskussion über die Weiterentwicklung unserer Schulen von dem unveränderten Auftrag ausgehen, jedem Kind die Chance zu optimaler Entfaltung seiner Fähigkeiten zu geben,

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Sie muß von der Realität und von den Leistungen ausgehen, die Eltern, Schüler und Lehrer in den Prozeß von **Bildung und Erziehung** einbringen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wie sieht aber die Realität an den Schulen unseres Landes aus?

(Holger Astrup [SPD]: Bestimmt schrecklich!)

Wir - Frau Schröder, Frau Fröhlich, Herr Klug und ich - sind gestern abend zu einer gemeinsamen Diskussion auf Einladung einer Elterninitiative gewesen. Das ist nicht die erste Einladung von Eltern und Lehrern gewesen, und es wird auch nicht die letzte sein.

(Meinhard Füllner [CDU]: Da hat Frau Fröhlich so brilliert!)

Wie sieht die Situation dort aus, die das Ministerium und auch die Mehrheitsfraktion einfach nicht begreifen wollen? - Die Situation sieht so aus, daß ein immer stärkerer Unterrichtsausfall an den Schulen unseres Landes stattfindet, daß die Eltern verzweifelt - das können die dabeigewesenen Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen bestätigen - fragen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Fröhlich auch!)

ob von diesem Hohen Haus eigentlich nicht begriffen wird, daß das landesweit ein Thema ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Weiter ist die Frage gestellt worden, warum eigentlich 6.000 Unterschriften von Eltern aus Bergenhusen aus dem Herbst des letzten Jahres nie eine Reaktion aus dem Ministerium gefunden haben, obwohl sie dort hingeschickt worden waren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich! - Meinhard Füllner [CDU]: Weil dort die Klapperstörche sind! - Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Wie viele Einwohner hat Bergenhusen?)

Das sind keine Erfindungen von uns, sondern Äußerungen von besorgten Eltern und Lehrern!

Gleichzeitig werden die Schulen durch Forderungen nach der Aufarbeitung von Themen wie Europa, Umwelt, Wirtschaft, Medien und vielem mehr überfrachtet.

Um Leistung, Teamfähigkeit und Unterstützung schulischer Inhalte in Familie und Gesellschaft zu sichern, muß die Politik die Umsetzung dieser Ziele durch Rahmenbedingungen begleiten, die eine Balance zwischen inhaltlicher Ausgestaltung und einer

soliden Planstellenversorgung herstellt. Auch das ist Thema nicht nur gestern gewesen, sondern auch in zahlreichen anderen Veranstaltungen. Das können viele hier im Saal auch aus der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bestätigen.

Diese solide **Planstellenversorgung** gibt es aber nach wie vor nur an den Gesamtschulen des Landes, und da gleich im Übermaß. Nach einem Bericht der „Landeszeitung“ vom 8. Januar 1998 hat der Landesrechnungshof festgestellt,

(Zurufe von der SPD)

daß die Gesamtschulen 150 Lehrerplanstellen mehr erhalten haben, als ihnen nach dem offiziellen Verteilungsschlüssel zustehen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Kollege Neugebauer, das ist nicht erst eine Erkenntnis dieses Berichtes, der im Ministerium vorliegt,

(Günter Neugebauer [SPD]: Haben Sie ihn? - Ursula Kähler [SPD]: Wie kommen Sie denn daran? Das ist interessant!)

sondern das ist eine Feststellung, die wir seit Jahren aufgrund des Berichts zur Unterrichtssituation, der vom Kultusministerium erstattet wird, treffen. In diesem Bericht ist immer wieder nachzulesen, daß das **Mehr an Planstellen an den Gesamtschulen** ganz offenkundig vorhanden ist.

Der Kollege Rossmann hat in einer der Debatten hier - als er noch dafür zuständig war - deutlich gesagt: Es ist der politische Wille dieser Regierung - damals noch Nur-Rot, jetzt Rot-Grün -, daß die Gesamtschulen so versorgt werden.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Aussage des Kollegen Rossmann dazu gewesen. Wir können nicht mehr nachvollziehen, daß in Zeiten knapper Finanzen, in der die Regierung jegliche Regelung ablehnt, mehr Planstellen in die Schulen zu bringen, in den Gesamtschulen dieses Übermaß weiterhin vorhanden ist und damit eine Schülergruppierung bevorzugt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das sagt nicht nur die Opposition, sondern das sagt auch ein Brief des Landeselternbeirats der schleswig-holsteinischen Gymnasien, der - einstimmig beschlossen - zum Thema der Lage der Schulen an die Ministerin geschickt worden ist:

„Die Lage hat sich nun so zugespitzt, daß wir uns an Sie - an die Ministerin - wenden, um in schärfster Form gegen weitere einseitige Mittelzuweisungen zu protestieren:

Nach den Gesamtschulstandorten in Bad Oldesloe, Bargteheide, Ahrensburg und Glinde ist nun beschlossen worden, eine neue Gesamtschule in Barsbüttel für 24 Millionen DM zu errichten.

Gleichzeitig wird in Bargteheide ein Oberstufenzentrum für 6,5 Millionen DM gebaut, das nur von der Gesamtschule genutzt werden wird, da die Gymnasien eigene Räume zur Verfügung haben. Die im 12. Jahrgang laufende Oberstufe der Gesamtschule“

- Nun hören Sie gut zu! -

„hatte zum Schuljahresbeginn 17 Schüler.“

Das muß man sich einmal vor Augen führen. Und an anderen Stellen platzen die Klassen aus den Nähten, und es ist kein ausreichender Unterricht vorhanden! Ist das Gerechtigkeit? - Nein!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Weiter heißt es in dem Schreiben:

„Wir sehen angesichts der finanziellen Situation des Landes und des Zwangs zum Sparen nicht ein, warum soviel Geld für die Errichtung neuer Standorte und die Einrichtung von kleinen Oberstufen für die Gesamtschulen ausgegeben wird.“

Nach dem Willen des neuen Schulgesetzes soll das flächendeckend stattfinden!

Die finanziellen Abenteuer, die die Landesregierung sich angesichts dieser knappen Mittel im Bereich der Gesamtschulen leistet, sind für niemanden außer für Rot-Grün nachvollziehbar.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Bleiben wir bei dem vom Landeselternbeirat der Gymnasien aufgeführten Beispiel der Einrichtung einer **Oberstufe in Ahrensburg** an der **Gesamtschule** für - man höre und staune - 25 Schülerinnen und Schüler! Für 25 Schülerinnen und Schüler eine eigene Oberstufe! Am gleichen Ort hatten die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums am Heimgarten seit Anfang Februar dieses Jahres nun schon 12 Wochen lang keinen Erdkundeunterricht mehr, weil es keinen Ersatz gab.

Wir können nur feststellen, daß Rot-Grün Hunderte von Schulen im Land vernachlässigt. Wir fragen deshalb noch einmal: Wie ist das eigentlich aus der Sicht

(Angelika Volquartz)

der Regierung und der Sicht der Mehrheitsfraktion noch zu verantworten, auch unter dem Blickwinkel beziehungsweise unter der Feststellung - wieder Bericht zur Unterrichtssituation, keine Oppositionszahlen -, daß die Hauptschulen im Land auf einem jämmerlichen 16. Platz im Bundesvergleich stehen, also schlechter als die Hauptschulen in den neuen Bundesländern versorgt sind? - Das leistet sich diese Regierung.

(Meinhard Füllner [CDU]: Unglaublich!)

Gleichzeitig stellt sie sich hin und bejammert und beklagt, daß diese jungen Menschen nicht ausreichend Ausbildungsplätze erhalten.

Das ist ein Widerspruch im Jammern und Klagen! Wenden Sie sich doch einmal den Realitäten zu und versorgen die Schulen gleichmäßig mit dem, was Sie haben! Nehmen Sie endlich den Antrag der CDU-Opposition auf, **170 weitere Planstellen** in die Schulen zu geben, die zu finanzieren sind! Halten Sie nicht weiter am ideologischen Umbau, der Umwandlung von Beamtenstellen in Angestelltenstellen, fest! Niedersachsen ändert das. Die Stadt Offenbach - unter einem sozialdemokratisch regierten Oberbürgermeister - ändert das ebenfalls. Die haben begriffen, daß man es in Zeiten knapper Finanzen handeln muß.

Ich will Ihnen noch eine Zahl nennen, anhand derer Sie ersehen können, wie es an unseren Schulen aussieht. Mit Beginn des neuen Schuljahres werden 4.203 Kinder, unsere Kleinsten, in die Schulen kommen. Gleichzeitig gibt es neun Planstellen mehr. Das geschieht auf dem Rücken unserer Kleinsten! Nennen Sie das gerecht? - Wir nicht!

Aber - man höre und staune! - 738 Schüler mehr in den Gesamtschulen werden mit 73 Planstellen mehr versorgt. Also 1 : 10 an den Gesamtschulen, 1 : 467 für die Kleinsten, für unsere Grundschüler! Das ist ein Skandal.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Böhrk, Sie haben in einer Antwort auf meine Kleine Anfrage darauf hingewiesen, daß im Zeitraum von 1996 bis 1998 in den Bereich der Gesamtschulen aus den Hauptschulen 50 Planstellen, aus den Realschulen 77 Planstellen und aus den Gymnasien 111 Planstellen, insgesamt also 238 Planstellen, übertragen worden sind - in Kenntnis der Situation! Die Begründung dafür ist, das Haushaltsgesetz lasse es zu, daß Planstellen und Stellen von Lehrkräften aus einem Schulkapitel vorübergehend in ein anderes Schulkapitel verlagert werden können.

Machen Sie doch einmal die Rückwärtsrolle und bringen endlich die 150 Planstellen aus den **übersorg-**

ten Gesamtschulen in die Schulen des gegliederten Schulwesens

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und heben Sie die Unterrichtsverpflichtung der Haupt- und Realschullehrer in den Gesamtschulen auf das Niveau in den Haupt- und Realschulen an. Dann handeln Sie sozial. Machen Sie endlich mit im Interesse der Kinder des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte ernsthaft überlegt, ob ich meine alte Rede vom vorigen Jahr wieder hervorhole,

(Heiterkeit der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn alle Jahre wieder kommt dieselbe Attacke gegen die Gesamtschulen. Das ist das übelste Schulsystem, das die CDU kennt, und man kann die anderen Schulen nur zu Lasten der Gesamtschule sanieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Es geht um Gerechtigkeit, nicht um Schulsysteme! Nun kapieren Sie das endlich einmal!)

Nur: Jetzt kommt eine neue Unseriosität im CDU-Antrag hinzu. Er bezieht sich auf ein Zitat aus der „Landeszeitung“ über einen Bericht des Landesrechnungshofs, der dem Landtag überhaupt noch nicht vorliegt.

(Ursula Kähler [SPD]: Wie ist der aus dem Landesrechnungshof herausgekommen?)

Auch die Stellungnahme des Ministeriums liegt noch nicht vor. Das gehörte auch zum Thema „Weitergabe von Unterlagen“. Wie ernst ist eine Opposition zu nehmen, die nicht Fakten analysiert, die auch nicht die kritische Abwägung der Haushaltsprüfunggruppe ernst nimmt, diese abwartet, sondern die eben einmal 150 Stellen aus dem Gesamtschulkapitel in den Bereich der Grund- und Hauptschulen verlagern will!

(Martin Kayenburg [CDU]: Offenbar haben Sie bei der Haushaltsdebatte gelesen!)

(Angelika Volquartz)

Im übrigen sind die Zahlen jedes Jahr wieder falsch.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja, Ihre Zahlen! - Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Es ist auch unseriös: Wenn ich eine aufwachsende Schule habe, dann muß ich neue Klassen bilden und brauche auch mehr Lehrer. Das ist bei der Realschule in Raisdorf auch so.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Volquartz meint, mich damit packen zu müssen, weil ich die **schlechte Unterrichtsversorgung an Grund-, Haupt- und Schulen für Lernbehinderte** beklagt habe. Zu dieser Kritik stehe ich nach wie vor. Allerdings stehen auch die **Gesamtschulen** im Bundesvergleich nicht rosig da: Platz sieben und elf in den Unterrichtsstunden pro Schüler sind nun auch nicht Spitzenplatz.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Mich freut aber, daß mein Mäkeln erfolgreich war. Die Hälfte der Einsparungen aus der sogenannten 58er Regelung fließen in den Bereich der Benachteiligten. Unbürokratisch soll 80 Referendaren, die keinen Platz bekommen haben, eine halbe Stelle bei den Hauptschulen angeboten werden. Die Unterrichtssituation soll so verbessert werden,

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

der Unterrichtsausfall, den ich ernst nehme, soll gesenkt werden. Ich habe das gestern auch gesagt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann seien Sie doch heute so ehrlich wie gestern!)

Das ist übrigens ein bundesweites Problem, das auch Bayern betrifft. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluß soll gesenkt werden. 80 Praktikumsplätze in Betrieben werden für Schüler ohne Abschluß angeboten, 60 Plätze in der Verbundausbildung sollen entstehen, 80 lernschwachen Jugendlichen wird eine betriebliche Ausbildung ermöglicht. - Ist das nichts?

Ich danke ausdrücklich der Ministerpräsidentin für diesen Akzent und dem Bildungsministerium für die gute Vorarbeit zur Umsetzung dieses Programms.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Ursula Röper [CDU]: Jubelarie!)

Im übrigen ist die schlechte Unterrichtsversorgung im Grund-, Haupt- und Sonderschulbereich nicht Schuld der Gesamtschulen, denn wir haben in Ostholstein und in Plön keine Gesamtschule; dennoch ist die Unterrichtsversorgung in diesen Bereichen auch schlecht.

Beim Jahreskongreß des Schulleiterverbandes habe ich mich auch für eine stärkere **Gleichbehandlung der Schularten** ausgesprochen. Dazu stehe ich. Funktionsstellen und Entlastungsstunden müssen nach der spezifischen Aufgabe und der Anzahl der Schülerinnen und Schüler vergeben werden, unabhängig von der Schularbeit. Das betrifft neben den Gesamtschulen aber auch die Gymnasien, die im Bundesvergleich privilegiert sind - zumindest bis Ende der Sekundarstufe I.

Nun zu den Gesamtschulen! Ich halte die Zahl der sogenannten Überversorgung mit 150 Stellen für spekulativ, zumal uns die Kriterien überhaupt nicht vorliegen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Zumindest ist kritisch zu hinterfragen:

1. Wurde die Besonderheit der 14 **Ganztagschulen** von 22 Gesamtschulen berücksichtigt?

(Ursula Röper [CDU]: Warum gibt es die denn nicht im gegliederten Schulwesen?)

- Die gibt es auch; Ganztagschulen gibt es auch im gymnasialen Bereich. Der Schulträger muß das beantragen.

2. In elf von 22 Gesamtschulen finden **Integrationsmaßnahmen** statt

(Ursula Röper [CDU]: In anderen Schulen auch! - Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

mit der notwendigen zusätzlichen Stellenzuweisung; ein Gymnasium macht es jetzt.

3. Wurde gegengerechnet, daß in der Gesamtschule 2,4 % der Schülerinnen und Schüler freiwillig wiederholen, in den Realschulen zum Beispiel 5,6 % sitzenblieben?

4. Inwiefern wurde die **Aufbauphase** der Gesamtschule berücksichtigt, die auch in CDU-Zeiten wie jede Schule in Aufbauform mit besserer Ausstattung bedacht wurde?

5. Welche pädagogischen Argumente sprechen für Zusammenlegung von Kursen?

(Sabine Schröder)

6. Wird das Schulprofil mit eigener Akzentsetzung zum Beispiel auch im Lateinunterricht berücksichtigt?

7. Welche Einsparungen wurden bereits durch das KLAUS-Konzept bedacht? - Auch das weiß ich nicht.

8. Wurde bei der Kritik am Anteil für das Gymnasium empfohlener Schüler an Gesamtschulen berücksichtigt, daß die **Übergänge an Gymnasien** zwischen 21,7 % im Kreis Schleswig-Flensburg und 52,6 % in Kiel differieren?

9. Wie beurteilen CDU und Landesrechnungshof die Tatsache, daß doppelt soviel Schülerinnen und Schüler an Gesamtschulen die gymnasiale Oberstufe besuchen als nach Klasse 4 für das Gymnasium empfohlen wurden? Sollte das Konzept Förderung statt Auslese doch greifen?

Diese kritischen Fragen sind vermutlich für schlichte Gemüter zu differenziert. Aber ich erwarte - vermutlich vergeblich - auch vom Landesrechnungshof eine ernsthafte Auseinandersetzung.

Zugestehen will ich jedoch, daß sich auch die Gesamtschulen dem **Vergleich der Unterrichtsversorgung** stellen müssen. Ich begrüße daher ausdrücklich, daß die Zusammenarbeit der gymnasialen Oberstufen - sie sind ja nicht gesamtschulspezifisch, sondern eben gymnasiale Oberstufen - verstärkt wurde. Zum Beispiel: 69 Schülerinnen und Schüler im Kopernikus-Gymnasium in Norderstedt besuchen Kurse der Integrierten Gesamtschule Lütjenmoor. Damit ergeben sich höhere Klassenfrequenzen und ein wirtschaftlicherer Einsatz.

In Lübeck bilden zwei Gesamtschulen eine gemeinsame Oberstufe. Das gleiche gilt für Barsbüttel und für Glinde.

Diese Ansätze sind zu verstärken.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Aufnahmearlaß und die Kursfrequenzen müssen überprüft werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Nicht reden lasse ich mir über die **unterschiedlichen Lehrverpflichtungen** an den Gesamtschulen.

(Ursula Röper [CDU]: Warum nicht?)

Ich muß mich hier wiederholen, weil Sie es ja auch jedesmal wieder sagen: Gleiche Arbeit mit unterschiedlicher Besoldung, das ist an sich schon ungerecht. Ein Mißverhältnis draufzusetzen und auch noch

die unterschiedliche Arbeitszeit zu fordern, ist schlicht unverschämt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Gleichheitsforderung der CDU entlarvt sich hier als die Privilegierung der Privilegierten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Es ist schon schlimm genug, daß die Geringstbesoldeten an den Hauptschulen die schwierigsten Schülerinnen und Schüler und die höchste Stundenzahl haben. Wie gesagt, bei der geringsten Bezahlung.

Das ist Ungleichbehandlung. Das unter Gleichbehandlung und Gerechtigkeit zu subsumieren, wird nie in meinen sozialdemokratischen Kopf gehen.

Ich beantrage Überweisung an den Bildungsausschuß, damit wir das zusammen mit dem Hauptschulbericht, den wir noch erwarten, gründlich diskutieren. Hoffentlich haben wir dann auch den Bericht des Landesrechnungshofs vorliegen, so daß wir das noch einmal genau überprüfen können. Aber bitte ein bißchen seriöser!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Fröhlich.

(Meinhard Füllner [CDU]: Jetzt kommt die große bildungspolitische Bilanz von Frau Fröhlich!)

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste!

(Lachen bei der CDU - Meinhard Füllner [CDU]: „Liebe Gäste“!)

- Ja, das ist nun eine ganz neue Variante von christdemokratischer Gesamtschulpolitik. Ich gratuliere. Das ist ein gelungener Coup, Vorbereitung eines Landtagsantrages mittels medienwirksamer Elternversammlung! Das muß einem erst einmal gelingen.

(Ursula Röper [CDU]: Der Antrag liegt schon lange vor!)

Das fand ich soweit beachtenswert. Dementsprechend war ja dann auch fast der gesamte Arbeitskreis der CDU-Fraktion auf dieser Veranstaltung vertreten.

(Zurufe von der CDU)

(Sabine Schröder)

Das war ja auch irgendwie ganz schön und ganz nett. Gleichwohl bin ich der Meinung, Frau Volquartz, daß wir doch lieber einmal versuchen sollten, wirklich eine bildungspolitische Diskussion anzuzetteln

(Meinhard Füllner [CDU]: Ja, dann fangen Sie einmal damit an!)

und nicht immer nur eine nach Zahlen und Löchern; denn das ist das einzige, was sie uns hier regelmäßig bieten. Das ist ermüdend. Das muß ich einfach einmal sagen.

(Zurufe von der CDU)

Insofern konnte natürlich auch gestern abend keine wirkliche bildungspolitische Debatte gelingen. Aber ich will überhaupt nicht verschweigen, daß wir sehen, welche Mißstände hier herrschen, und wir haben auch oft genug gesagt, daß wir glauben, diese Mißstände müssen auch vom Ministerium anders aufgenommen und auch zur Kenntnis genommen werden, als das in der Vergangenheit vielleicht - jedenfalls manchmal - geschehen ist.

Was wir uns gestern abend von besorgten und empörten Eltern anhören mußten, das muß uns nachdenklich machen, und das ist auch eine ganz schwierige Situation. Wenn ich aber darüber hinaus dann auch noch höre, daß es Referendarinnen und Referendare gibt, die keine Stelle bekommen, weil es an Mitteln fehlt - das ist nicht nur in Schleswig-Holstein so; das ist bundesweit so -, dann sollten wir uns vielleicht doch schon einmal Gedanken darüber machen, ob wir - so sage ich einmal - analog zu dem, daß die Rentenbeiträge gesenkt wurden und dafür die Mehrwertsteuer um ein Prozent erhöht wurde, eine deutliche **Aufstockung der Bildungsausgaben** in der Bundesrepublik brauchen und ob dafür nicht ein ähnlicher Weg zu beschreiten wäre.

Wie gesagt, wir haben dieses Problem nicht nur in den rot-grün regierten Ländern. Wir haben eine Rangfolgenliste vor uns liegen. Frau Volquartz, Sie haben offensichtlich wieder neuere Zahlen als ich, aber wir haben das Thema „Weitergabe von Unterlagen“ ja gerade abgehandelt. Aus meiner Rangfolgenliste ergibt sich Platz 14, was auch nicht besonders witzig ist. Sie sagten 16, aber wir wollen uns nicht über Zahlen streiten. Viel lieber würde ich mit Ihnen über die Bildungspolitik sprechen.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Frau Schwarz, so würde ich zum Beispiel gern wissen, was bildungspolitisch, pädagogisch, ja sogar philosophisch eigentlich dafür spricht, **Beamte als Lehrerin-**

nen und Lehrer einzustellen, abgesehen von irgendwelchen Rechenexempeln.

(Caroline Schwarz [CDU]: Nackte Zahlen!)

Lassen Sie uns doch einmal zusammen denken!

(Caroline Schwarz [CDU]: Ja, und rechnen!)

Rechnen will ich auch gern, aber erst, wenn uns die Zahlen zur Unterrichtsversorgung vorliegen. Dann werden wir dies auch in einem vernünftigen Verhältnis zueinander tun. Ich halte nichts davon, die eine Schularbeit gegen die andere auszuspielen.

Es wurde bereits gesagt, daß sich der von der CDU wegen „Überversorgung“ der Gesamtschulen zitierte Bericht auf eine Stellungnahme bezieht, die der Kultusministerin zur Kommentierung vorgelegt und per Indiskretion bekannt wurde. Gut, darüber haben wir gerade gesprochen. Wir wollen das gern in anderer Weise aufarbeiten. Aus meiner Sicht - insofern stehen wir Grüne nicht mit leeren Händen vor dieser mißlichen Situation - sind wir mit der Schulgesetznovelle auf einem guten Weg.

(Ursula Röper [CDU]: Ein Scherz ist das! Die Situation wird dadurch noch schlimmer!)

Frau Röper, hören Sie doch einfach zu, und nehmen Sie das in Ihren Kopf auf! Sie können in Ihrem Kopf allerlei bewegen, das merke ich ja an anderen Stellen durchaus.

(Ursula Röper [CDU]: Vielen Dank, Frau Fröhlich!)

Nehmen Sie es doch einfach einmal auf, und überlegen Sie, ob tatsächlich eine weitere Verstaatlichung, eine weitere Zementierung des Systems, oder vielmehr eine Auflockerung, eine Rückgabe von Rechten, Möglichkeiten wie das **Budgetrecht** und schließlich auch Geld die bestehenden Probleme und Engpässe an den einzelnen Schulen nicht besser und schneller lösen, als das in der Vergangenheit möglich war.

Zum Schluß noch eine Anmerkung: Es gibt offensichtlich schon Regelungen, die aus dem Kultusministerium herausgegeben worden sind, daß in den regionalen Schulämtern die Mittel auch in eigener Verantwortung verteilt werden sollen.

Ich denke, dies müssen wir aufbauen. Solange wir es nicht schaffen, jeder Schule eine **Reserve für Krankheit**, oder sonstige Fälle zur Verfügung zu stellen, müssen wir uns darüber Gedanken machen. Die Personaldecke an den Schulen ist zugestandenermaßen zu dünn.

(Irene Fröhlich)

Wenn wir die Lehrerinnen- und Lehrerarbeitszeit neu bedenken, sollten wir auch darüber nachdenken, die **Fortbildung** für Lehrerinnen und Lehrer in den Ferien stattfinden zu lassen.

(Ursula Kähler [SPD]: Nein, in der unterrichtsfreien Zeit!)

Die Ferien, in ihrer ganzen Länge und Breite, sind für unsere Kinder da, denn die Kinder haben sie bitter nötig. Die Erwachsenen müssen in diesem Leben leider mit 30 Tagen Urlaub auskommen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Fröhlich hat hier gerade eben beispielhaft vorgeführt, was Arroganz der Mächtigen heißt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Kollegin Fröhlich, die Mitglieder der Elterninitiative gegen Unterrichtsausfall hier als eine Hilfsgruppe abzustempeln, die gestern eine Veranstaltung gemacht habe, um Begleitmusik für einen Antrag der Opposition abzuspielen,

(Zurufe von der CDU: Unglaublich!)

ist schlicht und ergreifend unglaublich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat die CDU gemacht, nicht die Elterninitiative!)

Sie hätten gestern zuhören sollen, auch als aus dem Publikum Einzelbeispiele genannt wurden, wie von der Schulelternbeiratsvorsitzenden aus Bergenhusen, die 6.500 Unterschriften gesammelt und dem Ministerium vorgelegt hat. Es kam über Monate keine Reaktion.

Frau Böhrk, Sie betreiben eine Bunkermentalität. Angesichts der wachsenden Probleme an den Schulen handeln Sie - man muß das so sagen - nach dem alten Bundeswehrmotto: Tarnen, täuschen - und dann kommt noch etwas.

(Heiterkeit)

Sie tauchen weg, Sie tauchen ab, Sie verweigern die unmittelbare Aussprache, das Gespräch mit den Betroffenen. Es war für die Elterninitiative bis gestern - die Einladung von Ihnen kam zu einem Gespräch mit der Staatssekretärin - nicht möglich, mit dem Ministerium Kontakt aufzunehmen. Die Art und Weise, wie hier mit den betroffenen Eltern umgegangen wird, ist schlicht und ergreifend ungeheuerlich.

(Beifall bei der F.D.P. - Ursula Röper [CDU]: Skandalös ist das!)

Man kann sich auf den Standpunkt stellen, der von Frau Ministerpräsidentin Simonis Anfang März auf einer SPD-Wahlkampfveranstaltung vertreten worden ist - so die „Barmstedter Zeitung“ vom 5. März 1998 mit der wunderbaren Überschrift: „Schüler lernen heute viel zuviel.“ Wenn man den Standpunkt vertritt, wie es die Regierungschefin macht, ist die Kürzung von Unterrichtsangeboten in diesem Lande geradezu die logische Konsequenz.

Aber, wenn vor zehn Jahren die Schüler an den **Hauptschulen** im Schnitt pro Woche 30 Stunden Unterricht gehabt haben und es heute nur noch 25 sind, fällt doch von fünf Schuljahren Unterrichtskapazität in der Hauptschule real ein Schuljahr weg, obwohl die Kinder natürlich weiter fünf Jahre die Hauptschule besuchen.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist Vorenthalten von Lebenschancen!)

Das ist ein Abbau von Bildungschancen. So erklärt sich natürlich auch, warum die Hauptschulabgänger zunehmend Schwierigkeiten haben, nach dem Verlassen der Schule auf einem anspruchsvollen Ausbildungssplatz zurechtzukommen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Über die Klagen in punkto **Ausbildungsreife** haben wir vor wenigen Monaten hier in einer Landtagsdebatte gesprochen. Es ist auch von Ihrer Seite, sogar von Frau Simonis in ihrem Bericht zugegeben worden, daß es hier Probleme gibt.

Andere Länder gehen andere Wege, schon im Grundschulbereich - ich zitiere den „Nordschleswiger“ vom 11. März -: „Mehr Unterricht für ABC-Schützen, zwei Wochenstunden zusätzlicher Unterricht für Grundschüler an dänischen Schulen.“

Wir sind doch in der Lage, den Schülern über eine vernünftige **Verwendung der vorhandenen Ressourcen** auch bei uns mehr Unterricht zu bieten. Der Weg Aufgabe der Entbeamtungspolitik, Nutzung der vorhandenen Ressourcen für mehr Stellen ist doch von uns mehrfach aufgezeigt worden. Viele Sozialdemokraten in anderen Bundesländern und Kommunen gehen diesen Weg, um finanziell vernünftiger zu Rande zu kommen. Das ist eine Möglichkeit. Die F.D.P.-Fraktion hat zum Haushalt 1998 entsprechende Anträge vorgelegt und 625 zusätzliche Stellen beantragt.

Ein anderer Weg ist die **gerechte Verteilung** innerhalb des Schulsystems. Wenn heute - ich habe die Zahlen des gerade gedruckt vorliegenden Landes-

(Irene Fröhlich)

haushalts und der statistischen Vorlage zugrunde gelegt - an den Grund- und Hauptschulen im Durchschnitt auf eine Lehrerstelle 23,4 Schüler kommen, an den Gesamtschulen des Landes aber auf 12,7 Schüler eine Lehrerstelle kommt, dann sehen Sie doch, wie die ungleiche Zuteilung von Ressourcen abläuft.

Daher unterstützen wir den Antrag der CDU-Fraktion. Wir haben hier im Landtag schon mehrfach über entsprechende Initiativen diskutiert. Das ist kein neues Thema - das ist richtig -, aber es ist nach wie vor ein richtiger Ansatz zu sagen: Wir brauchen einen Ausgleich und keine Überversorgung, die bis zu den Miniaturoberstufen in Bargteheide mit 17 Schülern ausartet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie richten eine Oberstufe an einer Gesamtschule ein, obwohl zwei Gymnasien vor Ort in der Lage wären, die Oberstufenschüler aufzunehmen. Das ist schlicht und ergreifend auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Als Sozialdemokraten müßten Sie bei diesem Stichwort eigentlich einen anderen Zugang finden als den, den Sie in Ihren Redebeiträgen gefunden haben.

Es ist klar, daß auf das Land in den nächsten Jahren weiter die große Aufgabe zukommt, eine **gute Unterrichtsversorgung** zu gewährleisten. Ende der achtziger Jahre hatten wir an den allgemeinbildenden Schulen 265.000 Schüler, jetzt sind es 305.000 Schüler. Im Jahr 2006 werden es 335.000 Schüler sein, also noch einmal 30.000 Schüler mehr. Es ist eine enorme Aufgabe, eine gute Unterrichtsversorgung und damit gute Bildungschancen für die jungen Schleswig-Holsteiner in Zukunft zu sichern. Der CDU-Antrag weist einen Weg, wie man dahin kommen kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt eine zweite Gruppe von Schülerinnen und Schülern der Vesterdal-Ungdomsskole aus Middelfart in Dänemark. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, daß uns allen das **Grundsatzprogramm der Landesschülervertretung** vorliegt. Es wurde am 15. Februar dieses Jahres beschlossen. Die LSV präsentierte darin ihren Forderungskatalog. Im Vordergrund steht eine ausreichende demokratische Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern an der Ge-

staltung des Schullebens. Sie hebt die Rolle der Schule der Zukunft hervor. Ihre Aufgabe liegt nach Auffassung der LSV bei der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, wozu sie Teamarbeit, Gesprächsführung und vernetztes Denken zählt. Die LSV fordert das Mithalten im Umgang mit dem Computer und mit dem Internet. Künftig wäre eine Förderung von Projektunterricht innerhalb der Schule wichtig, heißt es. Das Erlernen einer Fremdsprache in der Grundschule werde mit Blick auf die Internationalisierung der Märkte und auf das Zusammenwachsen der Völker in Europa unerlässlich.

Die LSV will die **Steigerung der Akzeptanz der Institution Schule**. Sie will junge Lehrerinnen und Lehrer und die Absenkung des derzeitigen Klassenteilers von 29 auf 22. Sie verlangt allerdings keine Umlaufteilung der vorhandenen Lehrkräfte innerhalb der bestehenden Schulformen. Vielmehr sieht sie den Unterricht der Zukunft durch ein Lernen miteinander gekennzeichnet.

Ich bin mir sicher, daß die **Gesamtschule**, in welcher Form auch immer, die Schule der Zukunft sein wird.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden uns früher oder später - wahrscheinlich eher später - von dem dreigliedrigen Schulwesen verabschieden. Da bin ich mir ganz sicher. Wir werden es uns langfristig ganz einfach nicht mehr leisten können, mehrere unterschiedliche Schulformen nebeneinander zu haben. Wir werden es uns auch nicht leisten können, Lehrer ausschließlich schulartspezifisch auszubilden und sie später auch nur so einsetzen zu können.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sollten wir uns jedenfalls dann nicht mehr leisten, wenn wir die Schule an sich so verändern wollen, daß sie langfristig in die Lage versetzt wird, der Entwicklung des nächsten Jahrtausends zu folgen.

(Ursula Röper [CDU]: Nehmen Sie einmal die Klagen der dänischen Schulen zur Kenntnis!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, die **Bildungspolitik** in diesem Lande ist der letzte Rest dessen, was uns noch zu regeln übriggeblieben ist. Hier hat das Land Schleswig-Holstein noch eine echte Kompetenz. Wenn Sie die nächsten Landtagswahlen gewinnen wollen - Sie sagen ja, daß Sie das wollen -,

(Dr. Ekkehard Klug)

dann kommen Sie nicht umhin, endlich Ihre Vision von der Schule der Zukunft zu konkretisieren.

(Beifall der Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann müssen Sie damit anfangen, Ihre Bilder dessen zu malen, was einmal werden soll. Statt dessen gibt es immer wieder solche Debatten wie heute, die wir alle - ich sage ausdrücklich: die wir alle - per Knopfdruck abrufen können.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Jacobs [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich muß die Unterrichtsversorgung gewährleistet sein. Das wollen wir alle.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Das heißt, daß wir uns im Ausschuß mit den Zahlen beschäftigen müssen, daß wir sie kritisch hinterfragen müssen. Ich hoffe, es gelingt uns, dies gemeinsam zu tun. Viel zu häufig erlebe ich, daß ich die Arbeit im Bildungsausschuß als Strafe für meine Sünden absolvieren muß.

(Heiterkeit und Beifall - Holger Astrup [SPD]: Das verstehe ich überhaupt nicht!)

Ich kann nur sagen, wie ich die Arbeit dort manchmal empfinde. - Im Ernst: Wir brauchen Visionen, und wir brauchen Vorstellungen und Ideen. Deshalb stellt es für uns keine Alternative dar, wenn Sie meinen, Schularten gegeneinander ausspielen zu müssen. Damit kommen wir nicht weiter.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die Gesamtschule wieder einmal für alles büßen zu lassen, machen wir nicht mit.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir lehnen Ihren Antrag deshalb ab. Das heißt, wir werden zustimmen, daß er im Bildungsausschuß weiterbehandelt wird.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Herr Dr. Klug, es ist in der Tat eine enorme Aufgabe, bei steigenden Schülerzahlen, bei nicht mehr steigenden öffentlichen Einnahmen, bei einer Altersstruktur der Lehrkräfte, die nicht günstig ist, die wachsenden Anforderungen, die an Schule gestellt werden, zu befriedigen. Ich bin mit dieser Aufgabe so umgegangen - Sie erinnern sich daran -, daß ich zunächst in einem sehr kontroversen Verfahren die **quantitative Unterrichtsversorgung** für diese Legislaturperiode gesichert habe, indem wir in einer Größenordnung von 220 Millionen DM Geld und geldwerte Stellenanteile bewegt haben, davon 72 Millionen DM bei den Lehrkräften. 65 Millionen DM haben wir aus dem Landshaushalt zusätzlich zur Verfügung gestellt. Im übrigen haben wir Geld durch sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen erwirtschaftet.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Das oftmals inkriminierte **KLAUS-Konzept** hat sichergestellt, daß die Lasten der Schülerinnen und Schüler gering bleiben, und es hat sichergestellt, daß sich Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht nur nicht zu verstecken braucht, sondern daß es kein anderes Bundesland gibt, das, so deutlich auch in Finanzen ausweisbar, Geld zugunsten von Bildung und zugunsten von neuen Lehrerplanstellen mobilisiert hat.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unterrichtsausfall ist ein ärgerliches Problem. **Unterrichtsausfall** muß mit verschiedenen Maßnahmen bekämpft werden. Nachdem wir die quantitative Problematik in den Griff genommen haben, sind wir nun dabei, auch dieses Problem konkret anzugehen. Das heißt - Frau Schröder hat darauf hingewiesen - daß die Mittel, die wir aus dem **58er-Programm** gewonnen haben, für Referendare eingesetzt werden, die auch und besonders für Vertretungsunterricht in Hauptschulen und für die berufliche Orientierung genutzt werden. Das wird auch bedeuten, daß zusätzliche Ressourcen in den Unterricht hineinfließen, die wir dadurch gewinnen, daß wir genauer und sorgfältiger auf die Unterrichtsstunden achten, die aufgrund verschiedener Tatbestände nicht erteilt werden.

(Glocke des Präsidenten)

- Einen Moment, bitte! Nur einen Satz noch! - Das oberste Gebot ist, den Schülerinnen und Schülern so viel Unterricht wie möglich zugute kommen zu las-

(Anke Spoerrendonk)

sen, sowohl was die normalen Studententafeln anbetrifft, als auch was die Begrenzung von Unterrichtsausfall anbetrifft.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Ministerin, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Röper?

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Gern.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Bitte sehr!

Ursula Röper [CDU]: Frau Ministerin, ist es richtig, daß sich dieses Projekt an den Hauptschulen auf junge Kollegen bezieht, die das erste Staatsexamen und noch kein Referendariat haben, und daß diese in der neunten Klasse Hauptschule eingesetzt werden sollen, dabei gleichzeitig Mentorenstunden brauchen, weil sie noch nicht berufserfahren sind, so daß von daher viele Stunden wieder aufgefressen werden, und wie lange soll dieses Projekt laufen?

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Es handelt sich um ein Projekt, bei dem wir jungen Lehramtsbewerbern, denen wir keinen Referendarplatz haben anbieten können, die Möglichkeit geben, Vertretungsunterricht an Grund- und Hauptschulen zu geben. Dabei überlassen wir es den Grund- und Hauptschulen, wie sie es so organisieren, daß der Effekt diesen Schulen zugute kommt. Das heißt nicht etwa, daß diese jungen Kollegen in den neunten Hauptschulklassen berufliche Orientierung machen müssen - das werden sie nicht können -, sondern das bedeutet, daß die Schulen, wenn sie es wünschen, diese jungen Referendare in eigener Verantwortung so einsetzen, daß Lehrkräfte für die berufliche Orientierung und für andere Dinge frei werden. So kann beispielsweise Vertretungsunterricht im Referendariat möglich sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, daß es in Anbetracht unserer knappen Finanzlage ein gutes Projekt ist, Mittel, die bei der 58er-Regelung frei wurden und die wir ja nicht beliebig in Planstellen umsetzen können, dennoch den Schulen und damit den Schülerinnen und Schülern zugute kommen zu lassen, und zwar insbesondere den Hauptschulen, die dies besonders brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Was nun das Ziel anbetrifft, die knappen Ressourcen, die wir haben, so genau wie möglich einzusetzen, so beobachten wir natürlich sowohl die Monita des Rechnungshofes als auch unsere eigenen Statistiken sehr genau und sehen jeweils nach: Was können beziehungsweise müssen wir verändern, um die Situation zu verbessern? Deswegen schlage ich vor, daß wir, wie dies ordnungsgemäß ist, den Bericht des Landesrechnungshofes erst diskutieren, wenn er auf dem Tisch liegt und wenn der Landesrechnungshof Gelegenheit gehabt hat, unsere Stellungnahmen in seine abschließende Stellungnahme einzubeziehen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Helmut Jacobs [SPD])

Lassen Sie mich nur vorweg schon sagen, daß aus einer kritischen Betrachtung, wie wir **Ressourcen** besser einsetzen können, auch **Gesamtschulen** nicht ausgeschlossen sind. Dies hat bereits in den jetzt den Schulen zugegangenen Planstellenbemessungen Auswirkungen, in denen wir aufgrund von Veränderungen von Kursbildungen und Klassenfrequenzen aus dem Gesamtschulbereich 20 Stellen herausnehmen.

Was diese 150 Stellen angeht, die Zahl, die Sie immer in die Welt setzen, so will ich mich mit dieser Argumentation nicht mehr auseinandersetzen. Damit werden Zahlen immer wiederholt, die nicht bewiesen und nicht begründet sind. Ich halte es statt dessen für sinnvoll, an der Sache zu arbeiten. Wir haben genügend gemeinsame Probleme zu bewältigen. Diese Ressourcen so einzusetzen, daß sie bei den Schülern ankommen, ist das Hauptziel.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Hauptziel ist - das möchte ich an dieser Stelle auch sehr deutlich sagen -, daß wir uns von der quantitativen Betrachtung, die wichtig ist, weil wir uns ohne eine quantitative Grundversorgung eine **Qualitätsdebatte** gar nicht leisten können, natürlich auch einer verstärkten Qualitätsdebatte zuwenden müssen und dies auch bereits getan haben. Ich nenne das Thema der Leistungsvergleiche und der Leistungsbemessung, die Entwicklung eines neuen, modernen Leistungsbegriffs; ich nenne vor allen Dingen das Thema „mehr Eigenverantwortung von Schulen vor Ort“, das Thema der Erstellung von Schulprogrammen als erster Schritt für die Evaluation von Schulen - alles Punkte, die die Qualität von Schulen verbessern, obwohl wir nicht Geld drucken können und obwohl wir nicht beliebig viele Stellen mobilisieren können, wie wir es uns alle gemeinsam wünschen.

(Ministerin Gisela Böhrk)

Weil ich kein Interesse daran habe, auf ständig wiederholte falsche Tatsachenbehauptungen - nein, nur falsche Behauptungen; es sind ja keine Tatsachen - einzugehen, möchte ich an dieser Stelle nur folgendes sagen. Ich bin gern bereit, in eine seriöse Debatte - wie heißt es immer? -, eine zielorientierte Debatte über die Frage einzutreten: Was können wir tun, um unser differenziertes Schulsystem so auszustatten, daß es die Anforderungen, die an dieses Schulsystem gerichtet werden, auch wirklich erfüllen kann? Was aber nicht passieren wird - mit mir nicht, mit der SPD nicht, mit den Grünen nicht und auch mit dieser Landesregierung nicht -, ist folgendes: Wir werden keine Schlechterstellung der Gesamtschulen zulassen, wir werden auch keine Schlechterstellung der Hauptschulen und anderer Schulen auf Dauer zulassen, sondern wir arbeiten an diesen Problemen so, daß wir eine quantitativ und qualitativ gute Schulversorgung erreichen.

(Ursula Röper [CDU]: Das wollen Sie schon seit Jahren!)

- Ja, das ist in Anbetracht der Rahmenbedingungen in der Tat eine schwierige Aufgabe. Ich hätte gern schon zu Zeiten von Herrn Bendixen Schulpolitik gemacht; da hätte ich aber modernisiert. Darauf können Sie Gift nehmen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dies bei sinkenden Schülerzahlen und Haushalten, die noch einigermaßen gemütlich waren! Das ist so mein „Kuchentraum“, Frau Röper! Aber man kann sich die Welt nicht so backen, wie man sie haben möchte. Man steht in den Aufgaben, die man sich selbst ausgesucht hat. Ich tue das gern und nehme auch die Probleme gern an, aber ich möchte doch gern wirklich alle Seiten dieses Hohen Hauses darum bitten, an den Problemen zu arbeiten und mit der Schaumschlägerei aufzuhören.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich zunächst Frau Abgeordneter Volquartz das Wort.

Angelika Volquartz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Böhrk, ich habe in Ihren Ausführungen erste Signale dafür gesehen - zum erstenmal in den letzten Jahren -, daß wir ernsthaft über die Situation diskutieren können. Es geht uns nicht darum, eine Schulart schlechterzustellen, sondern uns geht es um **Chancengerechtigkeit** aller Schularten, um nichts anderes!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber ich habe die zarten Signale vernommen und denke, dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Die Qualitätsdebatte ist auch durch uns hier angeschoben worden, Frau Fröhlich! Ich weiß nicht, ob Sie das nicht mitbekommen haben. Wir haben auch die inhaltliche Debatte in der letzten Legislaturperiode mehrfach geführt.

An dieser Stelle muß ich eines ganz deutlich sagen, Frau Fröhlich: Es war unglaublich, was Sie vorhin den Eltern unterstellt haben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe den Eltern gar nichts unterstellt!)

- Daß Sie ihnen unterstellt haben, daß sie sich von der CDU hätten instrumentalisieren lassen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Diese Eltern, deren Hauptinitiatorin bis heute morgen noch ein SPD-Buch hatte, lassen sich nicht von einer CDU instrumentalisieren; diese Eltern sind eigenständige Persönlichkeiten, denen es nicht um Parteipolitik geht - wenn Sie gestern abend aufgepaßt hätten, hätten Sie das merken müssen -, sondern denen es einzig und allein um die Sicherheit und die Sicherung der Zukunft ihrer Kinder geht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nehmen Sie also zurück, was Sie hier den Eltern unterstellt haben!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Weiter möchte ich Ihnen noch eines mit auf den Weg geben: Allein mehr „Vision“, wie es auch Frau Spoorendonk immer ausdrückt, bedeutet noch nicht mehr **Qualität!** Wir müssen in den Schulen endlich wieder mehr Unterricht haben; dann haben wir auch wieder Visionen. Aber ohne mehr Unterricht haben wir sie nicht.

Schließlich möchte ich noch mit einer Fehlinformation aufräumen, die dahin geht, daß wir hier keine Anträge zur **Fortbildung** in der Ferienzeit gestellt hätten. Zum Haushaltsgesetz, Herr Rossman, haben wir - ich lasse dies gerade durch die Mitarbeiterin prüfen; sie ist leider noch nicht so weit, weil wir keinen großen Apparat zur Verfügung haben - Anträge gestellt, die dann abgelehnt worden sind, in der Ferienzeit Fortbildungen durchzuführen.

(Ministerin Gisela Böhrk)

Weiter möchte ich an dieser Stelle mit einer zweiten Fehlinformation aufräumen, nämlich der Behauptung, daß dieses Land das einzige Land sei, das diese jetzt zur Verfügung gestellten **Planstellen** zusätzlich geschaffen habe. Passen Sie gut auf!

Im Zeitraum von 1998 bis 2002 werden in Bayern zusätzlich 2000 junge Lehrkräfte angestellt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Bereits für das Jahr 1998 ist mit dem Nachtragshaushalt über 500 zusätzliche Lehrkräfte entschieden worden. Insgesamt stellt der Freistaat Bayern von 1998 bis 2002 damit 2500 junge Lehrkräfte zusätzlich ein. Ab 1998 werden jedes Jahr für jeweils 500 junge Lehrer zusätzlich Beschäftigungsmöglichkeiten auf der Basis von Zweidrittel-Angestelltenverträgen geschaffen; nach spätestens zwei Schuljahren werden die jungen Lehrer in ein Vollzeitbeamtenverhältnis übernommen. So sieht es in Bayern aus. Das muß hier einmal richtiggestellt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als nächster Redner hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Neugebauer das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Volquartz, ich muß Sie korrigieren: So sieht es nicht in Bayern aus, sondern so soll es in Bayern aussehen! Das kann man vielleicht dann objektiv bewerten, wenn man weiß, daß in Bayern der Landtagswahlkampf stattfindet.

(Ursula Röper [CDU]: Ach, schon wieder die alte Platte!)

Warten wir also einmal ab, wie es im nächsten Jahr mit der Umsetzung tatsächlich aussehen wird.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist vom Landtag bereits beschlossen!)

Über die Jahre hinweg habe ich die sich fast monatlich wiederholenden Diskussionen über die verschiedenen Schulformen und die Lehrerversorgung verfolgt. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, Frau Volquartz: Ihnen geht es nicht um mehr Gerechtigkeit bei der Unterrichtsversorgung, sondern Ihnen geht es ausschließlich um die Diskreditierung einer Schulform, die sich in Schleswig-Holstein zunehmend durchgesetzt hat.

(Meinhard Füllner [CDU]: Die durchgesetzt wird!)

Die Abstimmung findet doch von Jahr zu Jahr mit den Füßen statt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Ja, wegen der besseren Versorgung!)

Ich habe mich gefragt: Wie fassungslos müssen die Bürger aus Dänemark, die sich jetzt gerade eben entfernt haben,

(Zuruf von der CDU: Die sind vor Schreck gegangen!)

die Diskussion verfolgt haben; wie fassungslos müssen die über Ihre Kritik an der **Gesamtschule** gewesen sein!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage Sie, Frau Volquartz - Sie sind in dieser Frage ja ziemlich isoliert, auch in Ihrer Fraktion, wie man weiß -:

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist absolut daneben!)

Wann kommen Sie endlich aus dem Schützengraben des Kampfes gegen die Gesamtschule heraus?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mich als Mitglied der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ zu Wort gemeldet.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Für diese Gruppe kann ich sagen - der Kollege Hay, der dort hinten in der letzten Reihe sitzt, wird das bestätigen können -,

(Zuruf von der CDU: In der vorletzten!)

daß wir es bisher fertiggebracht haben, in sehr verantwortungsvoller Weise mit den **Bemerkungen des Landesrechnungshofs** umzugehen. Wir haben uns gemeinsam - parteiübergreifend - verantwortungsbewußt darum bemüht, die Bewertungen des Landesrechnungshofs zu prüfen, und sind dann zumeist übereinstimmend zu unseren Voten gelangt. Wir werden Ihnen vermutlich in der nächsten Sitzung die Voten zu den Bemerkungen des Jahres 1997 vorlegen.

Aber heute müssen wir feststellen, daß die CDU einen ganz neuen Stil in die parlamentarische Beratung eingeführt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welchen denn?)

(Angelika Volquartz)

Sie beruft sich auf einen Bericht, den wir nicht kennen, den es offiziell nicht gibt und den wir insofern auch nicht darauf überprüfen können, ob er gerechtfertigt ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Geheimnisverrat?)

Nun wissen wir aus den Bewertungen der Bemerkungen des Landesrechnungshofs, daß diese Bemerkungen teilweise sehr konstruktiv und berechtigt sind. Wir begrüßen, daß es den Landesrechnungshof als ein uns beratendes Organ gibt. Aber wir wissen auch, daß er sich hin und wieder dazu verleiten läßt - oder soll ich sagen, hinreißen läßt? -, sich in die Politik einzumischen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer denn? - Glocke des Präsidenten)

und dann ist die Bewertung nicht objektiv, sondern subjektiv.

(Ursula Röper [CDU]: Ja, wenn es Ihnen nicht paßt!)

Aber wir können doch die Bewertung von Bemerkungen des Landesrechnungshofs wirklich sachgerecht erst dann vornehmen, wenn der Bericht des Landesrechnungshofs vorliegt.

(Beifall bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Beifall bei der CDU)

Günter Neugebauer [SPD]:

Danke schön! Ich komme deswegen jetzt zum Schluß und stelle fest, daß es Ihnen, Frau Kollegin Volquartz, heute nicht um eine sachgerechte Bewertung der Unterrichtsversorgung im Lande geht, sondern es geht Ihnen um Wahlkampf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der ist doch längst vorbei! - Weitere Zurufe von der CDU: Der ist schon vorbei! - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

Günter Neugebauer [SPD]:

Sie haben es doch vor dem Wahltag gesagt, und Sie sind gescheitert. Hören Sie also endlich auf mit dieser Diskreditierung der Gesamtschule.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Meinhard Füllner [CDU]: Ganz wichtige Rede!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Drei kleine Bemerkungen.

1. Die CDU schreit immer auf, daß so viele **Gesamtschulen** Ganztagschulen seien. Da sage ich Ihnen ganz leise zurück: Bemühen Sie sich um eine absolute Mehrheit für die CDU in einer Kommune Schleswig-Holsteins und beantragen Sie für eine Realschule oder ein Gymnasium Ganztagsqualität, was Sie aus eigener Vollkommenheit als Schulträger dann tun könnten,

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist in Neumünster gescheitert!)

und es gäbe keinerlei Problem, daß dieses auch vom Land entsprechend finanziert würde. Das Problem ist nur: Sie tun es nicht, und Sie haben nirgendwo die absolute Mehrheit.

(Beifall bei der SPD)

2. Wir lesen die Anträge der CDU so genau, daß wir natürlich wissen, daß Sie immer beantragt haben, aus dem Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz das Lehrpersonal an Schulen und Hochschulen herauszunehmen und das Gesetz auf diesen Kreis nicht mehr anzuwenden.

(Zurufe von der CDU)

- Mit Verlaub, wir lesen sehr genau, was Sie beantragen, aber das hier ist etwas anderes, als die **Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern** in die unterrichtsfreie Zeit zu legen. Solche Anträge haben Sie nicht gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Meinhard Füllner [CDU]: Natürlich!)

Sie haben sie nicht gestellt; Sie haben sie einmal angekündigt, aber Sie haben sich nicht getraut, sie zu stellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Natürlich haben wir einen solchen Antrag gestellt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir bieten Ihnen gern an: Stellen Sie solche Anträge.

(Anhaltende Zurufe der CDU)

(Günter Neugebauer)

- Ich glaube, Sie haben keinen Antrag gestellt, daß die Fortbildung der Lehrer und Lehrerinnen grundsätzlich nur noch in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden soll.

(Ursula Röper [CDU]: Eine Ferienwoche!)

Ich bitte, daß Sie solche Anträge dann so dokumentieren, daß wir dazu im Parlament gegebenenfalls auch zustimmen können.

3. Es freut uns, wenn sich hier ein Finanzpolitiker so für die Angelegenheiten der Bildung engagiert.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welcher denn?)

Denn nur aus diesem gemeinsamen Engagement ist es in Schleswig-Holstein zu schaffen, 450 zusätzliche Planstellen als volle zusätzliche Planstellen zu finanzieren und auch abzuarbeiten. 250 davon sind bereits etatisiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist etwas, was in der unterschiedlichen Bevölkerungsrelation zwischen Bayern und Schleswig-Holstein eine Rolle spielt, denn das sollten die Bayern nicht nur ankündigen, sondern sie sollten es gefälligst auch machen.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Sie tun es eben bisher noch nicht, obwohl sie seit langem regieren. Sie kündigen es vor einer Wahl an, und insoweit ist die Aussage der Ministerin zutreffend. Nennen Sie ein anderes Bundesland, das pro Kopf der Bevölkerung derart viele zusätzliche **Planstellen** finanziert, wie es Schleswig-Holstein schon mit den 250 Stellen realisiert hat.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Beifall bei der SPD)

Ich komme zu meiner Schlußbemerkung. Im letzten Landtagswahlkampf, als noch der so realistisch denkende Kollege Hennig bei Ihnen das Zepter führte, war im Wahlprogramm der CDU von 400 zusätzlichen Planstellen die Rede, und nicht mehr.

(Holger Astrup [SPD]: In vier Jahren! -

Günter Neugebauer [SPD]: Sechs Jahre! -

Martin Kayenburg [CDU]: Wir haben mehr!

Ich weiß gar nicht, was Sie wollen!)

- Jetzt haben Sie 500; Sie hatten einmal 600. Und da gab es dann einen besonderen Realismus, und dann wurden die 600 reduziert. Das haben wir genau verfolgt, Herr Kollege Füllner! Sie haben doch damals die legendäre Presseerklärung abgegeben, in der es hieß: „Polizei statt Lehrer“. Das hat doch viel Zoff bei Ihnen gegeben.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Ach, das haben Sie nicht gesagt? Sie haben überhaupt alles gar nicht gesagt. Aber wir wissen, daß Sie vor den Wählerinnen und Wählern 400 gesagt haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und kaum war die Wahl vorbei, mußten Sie natürlich auf Wolke sieben davonschweben, um jetzt wieder mit entsprechend haltlosen Versprechungen auf Kosten von Angestelltenversorgungsbezügen von 700, 800 oder 900 zusätzlichen Planstellen zu reden.

(Holger Astrup [SPD]: Zahlen spielen da keine Rolle!)

Wissen Sie, was man davon hält? - Wiedervorlage bis zur nächsten Wahl, und dann werden Sie wieder realistisch, und dann sind Sie wieder bei weniger Stellen, als SPD und Grüne zusammen finanzieren!

(Beifall bei der SPD - Ursula Röper [CDU]: Der Antrag war sehr klar!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Volquartz, es wäre gut, bevor man irgendwelche Dinge im Landtag vorstellt, zunächst zu rechnen. Dann müssen Sie die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer, die die Bayern ankündigen, auf die Bevölkerungszahl umrechnen und sagen, wieviel Schulen und Lehrer die Bayern haben, und Sie müssen diese Zahlen im Verhältnis zu den Schülern sehen. Dann kommen Sie zu erstaunlichen Ergebnissen.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

In Bayern ist bekanntlich der Klassenteiler 33; in Schleswig-Holstein liegt er bei 29.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nur theoretisch!)

Wir haben diesen Klassenteiler erhalten und darüber hinaus noch zusätzliche Stellen in der Realität geschaffen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

während in Bayern lediglich die übliche Wahlkampfblase vorhanden war.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die haben weit aus jüngere Lehrer als wir! - Zurufe von der CDU)

In **Bayern** liegt die Zahl der **Schüler**, die auf Gymnasien oder Gesamtschulen gehen, im Verhältnis zu **Schleswig-Holstein** um ein Drittel niedriger. Außerdem haben die Bayern auch im Verhältnis zur Bevölkerungszahl weniger Schulen. Das muß man auch zur Kenntnis nehmen. Das schlägt sich dann ebenfalls in der Statistik nieder. Wenn Sie es zusammenzählen, haben Sie in Bayern einen deutlichen Abstand zu Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dort haben die Schüler aber auch bessere Ergebnisse!)

Und da nützen Ihnen auch die neu einzustellenden Lehrer nichts, die noch „in der Luft“ schweben, sondern es kommt darauf an, daß sie Realität werden. Wenn Sie die Zahlen umrechnen, werden Sie feststellen, es sind genauso viele wie jetzt in Schleswig-Holstein eingestellt werden und wie wir es zu meinem Stolz zu Beginn dieser Koalition im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben. Ich denke, das war genau das, was gemacht worden ist. Daß Sie letztlich weniger gefordert haben mit Ihren 600 Lehrern in sechs Jahren, hat Herr Rossmann bereits deutlich gemacht. Bevor Sie also, liebe Frau Volquartz, sich an das Podium begeben, würden ich Sie bitten, begeben Sie sich zunächst in den Mathematikunterricht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort nach § 56 Abs. 4 hat nun Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Offenbar gibt es, wenn es um die Bildungspolitik geht, hier im Hohen Hause nur noch Polemik. Ich versteh die Angriffe von Herrn Neugebauer überhaupt nicht und auch nicht die Auslegungen von Herrn Dr. Rossmann.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

- Entschuldigung! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aber man kann schon ärgerlich werden, wenn man diese Argumentation hört.

1. Zu dem, was Sie hinsichtlich der **Lehrerstellen** gesagt haben, Herr Dr. Rossmann, und dem, was wir

früher beantragt hätten, folgendes: Wir sind konsequent auf unserer Linie geblieben. Das, was Dr. Hennig damals mit vertreten hat und was wir beantragt haben, wurde von uns konsequent fortgeführt.

Und wenn Sie sich unsere Haushaltsanträge richtig durchgelesen hätten, hätten Sie gemerkt, daß dieses Jahr 170 Stellen im Haushalt gefordert wurden, und daß wir insgesamt für die Legislaturperiode 500 Stellen vorgesehen haben.

2. Ihre Behauptungen zu Bayern, die Herr Neugebauer und Sie, Herr Rossmann, losgelassen haben, entbehren jeder Grundlage. Aber hilflos, wie man nun einmal ist, muß man solche Falschmeldungen natürlich möglichst verbreiten. Die Bayern haben das, was Frau Volquartz vorgetragen hat, im Nachtragshaushalt drin. Damit hat es Gesetzeskraft. Punkt, aus und erledigt.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Insofern können Sie nicht sagen, es würde nach der Wahl nichts realisiert, Herr Neugebauer! Da müsse Sie schon etwas konsequenter herangehen.

3. Polizei statt Lehrer. Mit so platten Vorwürfen, Herr Dr. Rossmann, werden Sie uns nicht aus dem Konzept bringen. Frau Volquartz hat hier vorgetragen, wo die Probleme liegen. Es geht nicht darum, irgendeine Gesamtschule zu diskreditieren, wie Herr Neugebauer das meint, sondern es geht hier darum, **Chancengleichheit** und Gerechtigkeit herzustellen. Sie werden, wenn Sie vom Wahlkampf sprechen, von mir überall gehört haben, daß es überhaupt nicht um eine Hexenjagd gegen die **Gesamtschulen** geht, sondern darum, den Kindern anderer Schulen die gleichen Chancen zu bieten wie den Kindern an den Gesamtschulen.

(Beifall bei der CDU)

Hier müssen Sie Chancengleichheit herstellen; das ist der Punkt.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Der Hauptgrund aber, warum ich mich meldet habe - -

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

- Herr Neugebauer, das kennen wir von Ihnen ja schon; aber vielleicht sollte ein brückenpolitischer Sprecher doch nicht zur Bildungspolitik reden.

(Beifall bei der CDU - Lachen und Zurufe von der SPD)

(Karl-Martin Hentschel)

In der Form, wie Sie, Herr Neugebauer, hier wieder einmal Vorwürfe gegen den Landesrechnungshof erhoben haben, ist das unfair, weil sich die Betroffenen nicht äußern können. Sie sollten sich überlegen, ob ein Mitglied der Haushaltsprüfgruppe nicht seine Kompetenzen und seine Verpflichtung mit solchen unmöglichen Vorwürfen bei weitem überschreitet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile nun das Wort nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Frau Abgeordneten Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte gern noch einiges ergänzen, weil in der Diskussion etwas schief dargestellt wurde.

Wenn man sich die **Lehrerversorgung** ansieht, muß man feststellen, daß in den letzten Jahren durch die Herunterrechnung auch der Zuweisungsschlüssel so viele Lehrerstellen eingespart worden sind, daß man sich jetzt nicht damit brüsten kann, wir seien das einzige Bundesland, das zusätzlich einstellt. Denn das Defizit ist im Vergleich zu den anderen Ländern immer noch gravierend. Sonst hätten wir ja nicht den 14., 15. oder 16. Platz in der Unterrichtsversorgung.

Auch muß man sehen, daß allein in den Grundschulen Bayerns im Vergleich zu Schleswig-Holstein die Schüler fast ein Jahr mehr Unterricht haben. Das setzt sich in den weiterführenden Schulen fort. Da kann man doch nicht in Jubelschreie ausbrechen und sagen, wir hätten eine fabelhafte Unterrichtsversorgung.

Wir vermissen gleichzeitig - das steht demnächst an - ein **Konzept** für die auslaufende **Mehrarbeit der Lehrer**. Wenn man schon längerfristige Planungen macht und die hohen Schülerzahlen bewältigen will, muß man sich rechtzeitig Gedanken darüber machen, wie die Lehrerversorgung ist. Wir haben für diesen Bereich, Frau Böhrk, bis heute keine Personalplanung. Hier würde es im Grunde wieder um ein Minus von Hunderten von Lehrerstellen gehen, wenn Sie nicht ein anderes Konzept vorlegen; auch hierauf warten wir noch.

Ich denke also, wir sollten alle gemeinsam zusehen, daß die Unterrichtsversorgung besser wird. Der Unterrichtsausfall muß dezimiert werden. Wir dürfen nicht so tun, als wäre die Schulwelt in Schleswig-Holstein in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist nur Ausschußüberweisung des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1333, beantragt worden. Wer der Überweisung an den Bildungsausschuß zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Bericht zur politischen Bildung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1334

Änderungsantrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1390

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Volquartz.

Angelika Volquartz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor zehn Monaten, im Mai 1997, haben die Bundeszentrale und die Landeszentralen für Politische Bildung ein Münchener Manifest beschlossen. Es steht unter einer ebenso einfachen wie richtigen Überschrift: „Demokratie braucht politische Bildung“. Darüber müssen wir in diesem Hause nicht streiten. Hier geht es um eine dauernde Aufgabe, mit der wir nie am Ende sind.

Wir alle wissen aber auch, daß die **Anforderungen an die politische Bildung** in den letzten Jahren durch neue Entwicklungen erheblich gewachsen sind. Ich nenne die deutsche Einheit und das Zusammenwachsen Europas. Ich nenne als Stichwort nur die Fragen der Wertorientierung und die Probleme des politischen Extremismus. Veränderte soziale Bedingungen, Globalisierung und neue Medien gehören ebenso dazu wie der Schutz der Umwelt und die Standortdebatte. Ange-sichts dieser Herausforderungen - der Katalog ließe sich rasch erweitern - ist es nicht übertrieben, festzu-stellen: Politische Bildung ist wichtiger denn je.

Das sah diese Landesregierung und insbesondere die für Bildung verantwortliche Ministerin offenbar völlig anders, als sie zunächst die Auflösung der Landeszentrale betrieb. Hier muß, weil es sich um eine Frage der politischen Kultur handelt, auch angemerkt wer-

(Martin Kayenburg)

den, daß es die Ministerin nicht für erforderlich gehalten hat, das Kuratorium für politische Bildungsarbeit in Schleswig-Holstein auch nur über die seinerzeitigen Kürzungspläne rechtzeitig zu informieren.

In gemeinsamen Anstrengungen der Fraktionen ist es gelungen, die Pläne der Regierung zur Schließung der Landeszentrale zu vereiteln. Wir hatten damals als CDU angeregt, die **Landeszentrale für Politische Bildung** - ähnlich der Dienststelle des Datenschutzbeauftragten - nicht bei der Bildungsministerin, sondern beim Landtag anzusiedeln, um die Unabhängigkeit dieser wichtigen Einrichtung zu unterstreichen und um mehr Verständnis für ihre Arbeit zu gewährleisten. Daraus ist nichts geworden.

Aber wir halten es angesichts des von der Ministerin demonstrierten Desinteresses für dringend geboten, daß der Landtag der politischen Bildung ein verstärktes Augenmerk widmet. Dem sollte eigentlich das Kuratorium dienen. Aber das von mir genannte Beispiel zeigt, daß es jedenfalls damit allein nicht getan ist. Seit der gestrigen Kuratoriumssitzung, Frau Ministerin, habe ich den Eindruck, daß wir uns vielleicht doch wieder annähern.

Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag, mit dem wir zwei Ziele verfolgen. Wir meinen, es ist angesichts der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, angesichts der aktuellen Situation und nicht zuletzt angesichts unserer Geschichte wichtig, daß sich der Landtag in angemessenen Abständen zu Grundfragen der politischen Bildung äußert.

Für nicht weniger wichtig halten wir es, daß das Parlament auch bei diesem Thema seiner Kontrollfunktion gegenüber der Landesregierung nachkommt. Dies um so mehr, als die Pläne der Landesregierung aus dem Jahr 1996, die Landeszentrale aufzulösen, deutlich gemacht haben, wie sehr es an Verständnis für die Erfordernisse politischer Bildungsarbeit fehlt.

Wenn wir in unserer Gesellschaft von der Gewalt über den politischen Extremismus bis hin zu Passivität, Desinteresse, sogar Politikverdrossenheit Fehlentwicklungen erkennen, dann ist es nicht damit getan, daß wir dem immer wieder kritisierten Betroffenheitskult frönen. Unser Amt ist es, Regierungen zu Entscheidungen zu veranlassen, selber Entscheidungen zu treffen und Kontrolle auszuüben. Dem dient unser Antrag, für den wir auf breite Zustimmung hoffen.

Den Antrag der Sozialdemokraten und der Grünen kann ich nicht ganz nachvollziehen. Man hätte sich diesem Antrag anschließen können und sich nicht auf eine unendliche Ausdehnung des Berichtszeitraums auf einen Zeitpunkt innerhalb des Jahres 1998 einlassen

sollten. Ich bitte darum, daß wir spätestens im September eine Antwort auf unseren Berichtsantrag erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Politische Bildung ist eine dauernde Aufgabe der Demokratie und muß ein gemeinsames Anliegen sein. Je konkreter wir auch in unserem Ansinnen werden, was die Fortführung der **Berichterstattung** über den Zustand der **politischen Bildung** in Schleswig-Holstein angeht, um so fruchtbarer ist es. Deshalb möchte ich Ihnen sieben Punkte vortragen, die die SPD in einer wünschenswerten Fortschreibung in dieser Legislaturperiode, aber auch in den nächsten Legislaturperioden beachtet sehen möchte.

1. Wir finden, daß diese Regierung - das ist ein ausdrückliches Lob an die Jugendministerin - einiges auf den Weg gebracht hat, was die Umsetzung des **Kinder- und Jugendhilferechts** vom Februar 1992 angeht. Dabei denke ich an das Gebot der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungen. Hier handelt es sich um einen konkreten Erfahrungsbereich für politische Bewußtseinsbildung und Mitgestaltung. Wir möchten dies in dem Bericht dokumentiert sehen.

2. Die Einführung des **komunalen Wahlrechts** auch für **Jugendliche** ab 16 Jahren in Schleswig-Holstein hat einen großen Beitrag zur politischen Bewußtseinsbildung und zur Wahlbeteiligung beigetragen, die nicht so schlecht gewesen ist, wie man es befürchtet hatte. Sie hat auch zur Mobilisierung aktiver Mitarbeit junger Menschen an kommunalen Aufgaben beigetragen. „Frei ab 16“ war eine gute gemeinsame Aktion, für die wir dem Landesjugendring ausdrücklich danken wollen. Wir finden, daß auch dieses Handlungsfeld der politischen Bildung in einer Fortschreibung des Berichts angesprochen werden muß.

3. Wie wird eigentlich in Schleswig-Holstein politische Bildung in den Gruppen der Bevölkerung, insbesondere bei den Heranwachsenden, gefördert, die nach Schleswig-Holstein einwandern und weiter einwandern werden, sei es als Aussiedler oder als Einwanderer mit einem ausländischen Paß? Wir glauben, daß wir hier eine große **politische Bildungsaufgabe**

(Angelika Volquartz)

haben, um über politische Bildung zur kulturell-politischen Integration beizutragen.

Leider wird nicht viel Wirbel hierum gemacht. Aber auf Bundesebene werden Garantiefondsmittel schnell gestrichen. Das betrifft die Sprachenförderung und die Integrationsförderung auch für Aussiedlerfamilien. Das muß uns eigentlich gemeinsam bedrücken.

Es muß uns noch etwas anderes genauso bedrücken. Das ist aber mehr eine Frage an die F.D.P. Wäre es nicht der größte Beitrag zur politischen Bildung und zur **Integration ausländischer Staatsangehöriger** - wenn sie denn auch wirklich Staatsangehörige sein könnten, auch nach dem Recht -, wenn wir auf diesem Gebiet etwas täten? Manchmal reden wir über Dinge, wo mit einer mutigen politischen Entscheidung - jetzt auch im Bundestag - viel für junge Menschen, die bei uns aufgewachsen sind, in Richtung auf Akzeptierung dieses Staates und auch bezüglich des aktiven Sich-Einbringens in den Staat über ein neues Staatsbürgerrecht bewirkt werden könnte.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Leider hat da die Koalitionsräson Vorrang vor der Verpflichtung zur politischen Bildung.

4. Die Beiträge, die das neue Konzept von Schulprogrammen zur Intensivierung von politischer Bildung beibringen können, interessieren uns sehr. Konkret möchten wir zwei Dinge ansprechen. Wir regen ein Programm an, nämlich eine neue Partnerschaft, eine Initiative „Schule und Politik“ zu begründen oder - man es noch einfacher formulieren -: Mehr **Politiker** an die **Schulen**.

Ich hatte gerade vorhin eine Diskussion, an der auch Herr Kollege Steincke und andere teilgenommen haben. Da wurde gefragt: Weshalb wird eigentlich an schleswig-holsteinischen Schulen so wenig das Angebot angenommen, daß dort Kommunalpolitiker im Unterricht präsent sind - mit dem ganzen Engagement, das sie ehrenamtlich neben ihrer hauptamtlichen Arbeit für Gemeinschaft leisten? Wieso werden dort zuwenig die Möglichkeiten genutzt, konkrete Vorbilder in Schulen einzusetzen?

Ich möchte gern eine Zielvorstellung äußern. Im nächsten Bericht zu lesen, 2.000 Politiker hätten in einem Jahr, etwa 1999, die Gelegenheit gehabt, an den 500 weiterführenden Schulen an der Sekundarstufe I in Schleswig-Holstein präsent zu sein, wäre doch ein großartiger Erfolg politischer Bildung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Kommunalpolitiker?)

Im Rahmen von Partnerschaften müßten wir es auch erreichen können, daß Arbeitgeber für diesen Teil politischer Bildung Verständnis haben und freistellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das auch noch bezahlt?)

Wehren Sie das doch nicht gleich ab, sondern sagen Sie, das könnte eine gemeinsame Idee sein. Auch die wenigen F.D.P.-Kommunalpolitiker wären hervorragende Persönlichkeiten, die in Schulen etwas darstellen könnten.

5. Die **Umsetzung** und Wirkungen der neuen **Oberstufenvorordnung**, auch der neuen Lehrpläne an den Schulen wollen wir in bezug auf politische Bildung in einem solchen Bericht dokumentiert wissen.

6. Wir meinen, daß das politische Bildungsangebot der verschiedenen **Weiterbildungsträger** und -einrichtungen in Schleswig-Holstein profillerter und transparenter kooperativer gestaltet werden muß.

Ich erinnere an dieser Stelle daran, daß der Landtag beschlossen hat, 25 % der Mittel im Haushalt zu sperren und daß dem Finanzausschuß und dem Bildungsausschuß bis zum 30. Juni ein Konzept über eine profilierte politische Bildungslandschaft von **Weiterbildungsträgern** vorgestellt werden muß. Die Zeit rinnt dahin. Wir würden gern Ergebnisse in einem Bericht, der in diesem Jahr noch gegeben werden sollte - er muß aber nicht gleich im September gegeben werden - vorfinden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

7. Bei der Landeszentrale für Politische Bildung, die viel Gutes leistet, fällt uns auf, daß der wesentliche Punkt, nämlich zur Verbesserung der didaktisch-methodischen Kompetenz von **Multiplikatoren** und Weiterbildnern beizutragen, dort immer noch ungenügend aufgegriffen wird. Wir brauchen eine Gemeinschaftsarbeit von Hochschulen, IPTS, Trägern der Erwachsenenbildung und Landeszentrale, um politisch-didaktisch-methodische Kompetenz in diesem schwierigen Feld zu stützen.

Das sind die sieben konkreten Anliegen, die wir an einen solchen Bericht richten. Wir möchten der Regierung Zeit lassen, ihn umfassend und gut zu erarbeiten, in diesem Jahr und dann einmal in dieser Legislaturperiode vorzulegen. Stimmen Sie deshalb bitte unserem präziseren Antrag in der alternativen Abstimmung zu.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es hat 1993 ein Jahr lang gedauert, den **Bericht** der Landesregierung zur **politischen Bildung** in Schleswig-Holstein zu erstellen. Der Bericht umfaßt 101 Seiten plus zirka 50 Seiten Anhang.

Mit so einem Bericht kann man sowohl die Arbeit der Verwaltung als auch der beteiligten Institutionen und Verbände kräftig beschäftigen und hat am Ende nur eine Bilanz des Zurückliegenden. Es ist sinnvoll, einmal in der Legislaturperiode über den Stand informiert zu werden. Den Umfang des Urberichts aber muß der neue Bericht meines Erachtens nicht wieder haben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Reicht es nicht, Abweichungen dazu zu berichten? Zugespitzt formuliert: Warum nicht eine Loseblattsammlung mit aktualisierten Einlegeblättern erstellen?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wir sollten nicht zuviel Kraft in Bilanzen stecken lassen, sondern mehr darauf verwenden, zu weitergehenden Konzepten zu kommen.

In Gesprächen etwa mit der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung wurde uns deutlich gemacht, daß es dringenden Bedarf nach besserer Verankerung der **politischen Bildung** in den **Schulen** gibt. Als Finanzpolitikerin weiß ich sehr wohl, daß dies mehr mit dem fehlenden Geld als mit dem fehlenden Willen zu tun hat. Es darf dennoch nicht zum Dauerzustand werden, daß das Unterrichtsfach Wirtschaft/Politik, WiPo, an den Hauptschulen ab Klasse 8 und an den Realschulen erst ab Klasse 9 erteilt wird, während andere Bundesländer damit zu Recht bereits in der 7. Klassenstufe beginnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

In den Abschlußjahrgängen steht die Berufsorientierung so stark im Vordergrund, daß die Erörterung von Fragen des politischen Systems dann zu kurz kommen. In den Gymnasien fehlt die Verankerung des Fachs in der Sekundarstufe I völlig, wie sie etwa in Nordrhein-Westfalen besteht.

Sicherlich gleichen die Lehrkräfte für Geographie und Geschichte hier manches Defizit aus. Politische Bildung in notwendigem Umfang ist dies aber nicht. Bes-

ser ist da die Regelung an den Gesamtschulen, wo von Klasse 5 bis 10 das Integrationsfach Weltkunde unterrichtet wird, das politische Bildung, Erdkunde und Geschichte zum Inhalt hat.

Ein wichtiges Feld ist die **Lehrplanarbeit**. Der Lehrplan für WiPo an Fachgymnasien und Fachoberschulen stammt aus dem Jahr 1983. Deshalb: Die Wiedervereinigung kommt noch gar nicht vor. Der Lehrplan für Geschichte endet 1972 bei den Ost-Verträgen. Aber hier wird zum Glück bald für Weiterentwicklung gesorgt werden, denn der Lehrplan ist in Arbeit.

Angemahnt wird außerdem eine bessere **Verzahnung der Lehreraus- und -fortbildung**. Auch hier werden erste Fortschritte gemacht. Am IPTS wird es bald einen Studienleiter beziehungsweise eine Studienleiterin für das Fach WiPo geben. Ausgeschrieben ist die Stelle bereits.

Darüber hinaus sollten die vorhandenen Ressourcen besser genutzt werden, um wirksamer arbeiten zu können. Es gibt dazu Überlegungen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, ein Institut mit dem Namen „Zentrum für Politische Bildung“ an der Christian-Albrechts-Universität zu gründen. Dieses Zentrum hätte das Ziel, die Kooperation zwischen der Landeszentrale für Politische Bildung, den sozialwissenschaftlichen Instituten der CAU, den entsprechenden Lehramtsstudiengängen und dem IPTS herzustellen. Wir glauben, ein solche Zentrum würde der Landeshauptstadt Kiel gut zu Gesicht stehen und würde zur Bündelung von zugestandenermaßen knappen Ressourcen beitragen.

Auch in der außerschulischen **Erwachsenenbildung** sind Defizite zu benennen. Die Volkshochschulen und die Tagungsstätten leisten wichtige und gute Arbeit. Diese Institutionen erwarten zu Recht die Sicherstellung ihrer Finanzierung.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland ohne ein Weiterbildungsgesetz. Das Wirtschaftsministerium hat jetzt ein Weiterbildungskonzept vorgelegt. Hierin aber stehen eindeutig berufliche Qualifizierungsbelange im Vordergrund. Die Absicherung der politischen Erwachsenenbildung

(Ursula Röper [CDU]: Und Jugendbildung!)

steht also noch aus. Die Bedarfe von Schulen und Hochschulen schlagen momentan stärker zu Buche

als die bislang noch freiwilligen Leistungen im Bereich der Erwachsenenbildung.

(Ursula Röper [CDU]: Und Jugendbildung!)

Hier ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen, sobald wir mehr Beweglichkeit in die Landesfinanzen gebracht haben, oder - wie der Bundespräsident es vor kurzem in bezug auf die Goethe-Institute und die Kulturarbeit im Ausland formulierte -: „Hier müssen wir ein Brikett nachlegen, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen sich bessern.“

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern plädiere ich dafür, bilanzierende Berichte auf das Notwendigste zu beschränken und sich auf die gestalterischen Aufgaben in diesem Feld zu konzentrieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nach meinem Eindruck ist da noch einiges zu tun, um den Stellenwert der politischen Bildung in der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft dem Stellenwert in Sonntagsreden anzunähern. Die drastische Wahlenthaltung bei den Kommunalwahlen ist zweifellos ein Zeichen für die Dringlichkeit von überparteilicher unabhängiger politischer Bildung.

Von daher begrüße ich sehr die Ausführungen, die Präzisierungen, die Herr Dr. Rossmann für die SPD eingebracht hat. Er hat deutlich gemacht, wo der Bericht nachhaken und schwerpunktmaßig berichten muß.

Wir haben einen Alternativantrag eingebracht. Ich denke aber, es ist unproblematisch, sich auf diesen zu verständigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich unterstütze die Initiative, einen **Bericht** zur Situation zur **politischen Bildung** im Land in aktualisierter Form vorzulegen. Nach vier Jahren ist es auch an der Zeit, eine Bestandsaufnahme zu machen, zu sehen, was in dieser Zeit getan worden ist, was von den Vorhaben, die wir in der Landtagsdebatte in der vergangenen

Wahlperiode andiskutiert haben, wirklich realisiert worden ist.

Es gibt in der Tat Fortschritte im Bereich des Faches WiPo an Schulen. Es ist zu einer Weiterqualifizierung von Lehrkräften gekommen, die dieses Fach nun in verstärktem Umfang an Gymnasien unterrichten.

Was wir noch nicht erreicht haben, ist eine stärkere Verankerung des Unterrichts in politischer Bildung in den etwas jüngeren Schülerjahrgängen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das hängt nicht nur mit dem Wahlalter 16 bei den Kommunalwahlen zusammen. Wir müssen Ansätze zur Vermittlung politischer Bildung schon in den Schulen, in den einzelnen Schularten früher finden, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Ich will nur ein Beispiel aufgreifen, um zu zeigen, wo es hier auch noch **Defizite** in den **Schulen** gibt. Am vergangenen Samstag habe ich - ich glaube, als einziger Abgeordneter des Landtages - am Europaaktionsstag teilgenommen, der am Städtischen Gymnasium in Bad Segeberg stattgefunden hat. Es sind dort Schüler aus dem ganzen Land versammelt gewesen. In dem Forum, in dem ich mit einer Gruppe diskutiert habe, wurde wirklich in großer Breite bemängelt, daß man über das Thema Wirtschafts- und Währungsunion, das ja nun auf der aktuellen politischen Tagesordnung steht, im Unterricht überhaupt nichts höre.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich kann mich gut erinnern, daß zu meiner Schulzeit, in den früheren siebziger Jahren, als Themen wie Ostpolitik anstanden, die Ostverträge diskutiert wurden, daß es ganz selbstverständlich war, daß man über solche aktuellen Dinge auch einmal außerhalb des laufenden Lehrplans in einer Unterrichtseinheit diskutiert hat.

(Holger Astrup [SPD]: Klar!)

Ich halte es auch für dringend nötig, daß in diesem Sinne auch aktuelle Dinge, die alle bewegen, dann auch mit den Schülern besprochen werden, daß das eben auch im Unterricht ein Thema ist.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muß so sein.

Das, was der Kollege Rossmann gesagt hat, stärkere **Kontakte** zwischen **Schulen** und **Politikern** - Kommunalpolitiker, Landespolitiker; das gilt für alle Ebenen - das Gespräch suchen, ist absolut zu unterstreichen.

(Monika Heinold)

chen. Wir sollten die Schulen auch dazu ermuntern, den Schülern, aber natürlich auch uns die Gelegenheit zu diesem Dialog zu ermöglichen. Ich finde das sehr wichtig. Das kann ich für meine Fraktion voll unterstreichen. Wir werden dieses Thema nach Vorlage des Berichts inhaltlich noch eingehender diskutieren.

Ich kann verstehen, daß Sie etwas mehr Zeit für die Formulierung eines Berichts wünschen, als Frau Kollegin Volquartz vorgegeben hat. Ein Bericht in diesem Jahr ist immerhin eine Grundlage für die Diskussion.

(Beifall bei F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Legislaturperiode gab es in diesem Haus eine große Debatte zum Thema **politische Bildung**. Im Sommer 1996 debattierten wir dann die Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung. Als ich den Antrag der CDU-Fraktion sah, dachte ich, jetzt wird es eine Wiederholung dieser Debatte werden. Zum Glück ist es anders gekommen.

Ich möchte aber noch einmal hinzufügen, daß ich damals für den SSW sagte, daß wir schon immer Schwierigkeiten gehabt hätten, uns mit dieser institutionalisierten Form der politischen Bildung zu identifizieren, daß wir aber natürlich wissen, daß es historische Gründe für die Einrichtung solcher Landes- und Bundeszentralen für Politische Bildung gibt.

Dennoch bin ich froh darüber, daß die Debatte heute breit gefächert gewesen ist. Ich denke, daß auch der Bericht, den wir jetzt anfordern werden, auf diese Punkte eingehen wird und auch eingehen muß. Wie gesagt: Nicht nur Landeszentrale für Politische Bildung, sondern insgesamt die Situation der politischen Bildung hier im Land - das ist ein wichtiger Ansatz.

Zur Wichtigkeit der politischen Bildung will ich nichts mehr ausführen. Auch das ist schon gesagt worden. Der Verfassungsschutzbericht macht ja deutlich, warum wir immer noch damit arbeiten müssen; das neue kommunale Wahlrecht ab 16 tut es auch.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ganz wichtig ist aus unserer Sicht der Grundsatz, daß **politische Bildung** nicht stellvertretend für gelebte Demokratie sein kann. Politische Bildung kann informieren, kann aufklären, aber ansonsten muß **Demokratie** ausgeführt, gelebt werden, müssen Vorbilder da sein für gelebte Demokratie.

Die Debatte über die Unterrichtsversorgung, die wir vorhin hatten, machte ja auch irgendwie deutlich, daß wir alle so unsere Steckenpferde haben. Zu meinen Steckenpferden gehört die **Weiterbildung**. Unser Ziel vom SSW ist immer noch ein Weiterbildungsgesetz. Wir können uns nur schlecht damit abfinden, daß wir in den letzten Jahren bei dem Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz stehengeblieben sind. Wir meinen, wir müssen uns mit diesem großen Thema befassen, daß uns die Zeit davonläuft und daß wir eigentlich nicht abwarten können, bis mehr Geld in der Kasse ist.

Wir meinen, wir müssen ein Weiterbildungsgesetz haben unter dem Motto „Lernen fürs Leben und nicht nur fürs Berufsleben“. Dazu gehört natürlich auch die politische Bildung.

Jetzt zu den beiden Anträgen! Ich habe mir die Anträge angeguckt; ich sehe zwei Unterschiede. Wenn ich mit dem geringsten Unterschied beginne, dann muß ich sagen: Im Punkt 2 steht in dem CDU-Antrag „alle vier Jahre“, in dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heißt es „jede Legislaturperiode“. Wir haben ja jetzt - wenn auch nicht mit unserem guten Willen - eine fünfjährige Legislaturperiode, und deshalb sollte man diese Formulierung wählen.

Dann steht in dem CDU-Antrag, daß ein Bericht bis zur 23. Tagung gegeben werden soll, in dem anderen Antrag steht, daß der Bericht noch in diesem Jahr gegeben werden soll. Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß wir uns mit einem Antrag begnügen können. Wenn wir sagen - wir wollen flexibel sein -, in diesem Jahr einen Bericht, dann müßten wir es doch hinkriegen.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk. - Die CDU hat übrigens mitgeteilt, daß sie den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen wird. Insofern haben wir nur einen Antrag.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist die neue Volksfront!)

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wir wollen gern den **Bericht zur politischen Bildung** aus

(Dr. Ekkehard Klug)

dem Jahr 1994 fortschreiben. Wir wollen dies auch gern mit den Schwerpunkten tun, die Herr Dr. Rossmann genannt hat. Wir wären sehr dankbar, wenn wir über das, was Frau Heinold hier angesprochen hat, nämlich daß wir uns dabei auf neuere Entwicklungen konzentrieren, Einvernehmen herstellen könnten,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

daß wir wirklich die Dinge, die uns besonders interessieren, herausarbeiten. Wenn Sie jetzt alle nicken, dann bitte ich darum, das sozusagen hier auch für das Protokoll festzustellen, damit wir anschließend nicht verprügelt werden, daß das und das vielleicht doch fehlt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, wir sind uns alle einig, daß die politische Bildung insbesondere in einer Zeit, in der Menschen verunsichert sind, in diesem Wandel, dem wir ausgesetzt sind, von der Industrie- zur Informationsgesellschaft, was ja nicht nur eine wirtschaftliche Veränderung ist, sondern eine soziale, eine kulturelle, von ganz besonderer Bedeutung ist und daß wir von dem Image, das politische Bildung mitunter noch hat, daß es nämlich etwa langweilige Institutionenkunde wäre, die mit dem realen, praktischen Leben nichts zu tun hätte, daß wir von diesem Zerrbild allesamt wegkommen müssen. Ich möchte deswegen hervorheben und begrüßen, daß die Bildungsträger, die Bildungsstätten, die Volkshochschulen gerade neue Formen von Veranstaltungen aufgegriffen haben, um auch die politische Bildung aus dem Ghetto herauszuführen, in dem sie ist,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

daß nämlich immer wieder dieselben Menschen Angebote politischer Bildung wahrnehmen und andere Menschen sie immer wieder nicht wahrnehmen. Das heißt, es ist eine der Hauptaufgaben, daß politische Bildung an Menschen herangeführt wird, die sie wirklich nötig haben, und nicht immer an solche, die einiges schon genau wissen.

Ich denke, daß wir im Zuge dieser Überlegungen auch gemeinsam mit den **Bildungsträgern** - das ist eben nicht nur eine Aufgabe von Politik, sondern auch eine eigenständige Aufgabe der Bildungsträger - ganz besonders darüber nachdenken sollten, wie wir und mit welchen Medien wir junge Menschen erreichen.

Mir wird mitunter angst und bange, wenn ich sehe, wie sich die rechte braune faschistische Szene im Internet tummelt und daß es eigentlich seriöse Politik- und spannende **Politikangebote** für junge Leute im Netz

derzeit kaum gibt. Das ist ein Medium, das erschlossen werden muß und dem wir uns - wir haben das vorgestern auch im Kuratorium der Landeszentrale angeprochen - widmen müssen.

Wir müssen die Wege der jungen Menschen gezielt suchen und neue Veranstaltungen und neue Multiplikationsformen entwickeln. Das kann die Landesregierung nicht allein. Sie ist darauf angewiesen, daß die Bildungsträger dies aufnehmen. Dabei möchte ich besonders hervorheben, daß ich mich darüber freue, daß der Landesverband der Volkshochschulen eine Initiative „politische Bildung“ ins Leben gerufen hat und sagt: Wir rufen nicht nach mehr Geld, denn wir wissen, daß es knapp ist. Wir wollen die Angebote, die wir haben, transparent machen und sie bündeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen auch versuchen, ein Stück Arbeitsteilung zu erreichen. Das ist genau das, was wir in der zunächst sehr umstrittenen Dienstvereinbarung mit der Landeszentrale für Politische Bildung festgehalten haben. Konzentration, Bündelung, Vernetzung sind die Stichworte. Dabei wollen wir der Landeszentrale einen Rang einräumen, der ihr zusteht, sie nämlich ganz gezielt als **Multiplikator** politischer Weiterbildung anzusprechen.

Ein letzter Punkt! Ich bedanke mich dafür, daß die Fraktionen anerkannt haben, daß wir im schulischen Bereich vorankommen. Das Stichwort WiPo ist genannt worden.

Ich möchte auch unsere neuen Lehrpläne erwähnen, in denen wir das Prinzip der politischen Bildung als fächerübergreifende Veranstaltung festgeschrieben haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, daß wir auf einem guten Weg sind. Wir werden diesen guten Weg auch bei den in Arbeit befindlichen Lehrplänen für die Sekundarstufe II fortsetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Herr Dr. Klug.

(Ministerin Gisela Böhrk)

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen der Ministerin zum Thema „neue Informationsmedien“ geben mir Anlaß, ganz kurz einen Punkt aufzugreifen, und zwar nicht in Richtung Regierung, sondern in Richtung auf das Hohe Haus insgesamt.

Der Europaausschuß hatte geplant, am Europatag im Mai den Schulen einen „Euro-chat“ anzubieten, die über „Schule ans Netz“ Anbindung an das **Internet** haben. Hier sollten Schülerzeitungsredakteure angeprochen werden.

Wir haben in der letzten Ausschußsitzung gehört, daß die technischen Möglichkeiten hier im Haus dafür leider noch nicht ausreichen. Wir rüsten da nach - ich denke, das ist der Wunsch aller Fraktionen -, um jungen Leuten in Zukunft solche Informations- und Beteiligungsangebote auch vom Landtag aus anzubieten.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Nachdem der CDU-Antrag zurückgezogen wurde, lasse ich jetzt über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1390, abstimmen. Wer dem zustimmen will, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, wir treten damit in den heutigen Abend ein. Morgen früh um 10:00 Uhr wird die Sitzung wiedereröffnet.

Ich schließe die Sitzung und wünsche einen guten Heimweg.

Schluß: 18:04 Uhr